Tagungsvorbereitungsgruppe (Hg.)

Die IL läuft Gefahr, Geschichte geworden zu sein

Dokumentation der Tagung
über die Krise der IL
und der radikalen Linken
vom 2. bis 4. Juli 2021 in Berlin

Tagungsvorbereitungsgruppe (Hg.)

Die IL läuft Gefahr, Geschichte geworden zu sein

Tagungsvorbereitungsgruppe (Hg.)

Die IL läuft Gefahr, Geschichte geworden zu sein

Dokumentation der Tagung über die Krise der IL und der radikalen Linken vom 2. bis 4. Juli 2021 in Berlin.

Eigendruck im Selbstverlag.

Fotos: Archiv der Herausgeber*innen

Kontakt: tagung_punkt@riseup.net

Berlin/Bielefeld/Düsseldorf/
Göttingen/Münster, 2022

Tagungsvorbereitungsgruppe (Hg.)

Die IL läuft Gefahr, Geschichte geworden zu sein

Dokumentation der Tagung über die Krise der IL und der radikalen Linken vom 2. bis 4. Juli 2021 in Berlin

Inhalt

Einführung

Für Sommer 2021 haben einige Ortsgruppen und Einzelpersonen aus der iL, die im Jahr 2020 angefangen hatten sich zu treffen, zu einer Tagung unter dem Titel »Wir sind mittendrin ... und wissen nicht, wo es lang geht« nach Berlin-Friedrichshain eingeladen: Dabei ging es uns zunächst um einen Klärungsprozess über die Fragen des Zustands und der Perspektiven einer radikalen Linken, den wir in der Interventionistischen Linken vermissten. Konflikte, Unzufriedenheiten und auch Frust in der iL wurden eher unter dem Deckel gehalten: entweder, weil es gar kein Problembewusstsein für die kritische Situation der radikalen Linken gab, oder aus Angst, die eigene Situation in Frage stellen zu müssen.

Natürlich hing das auch mit der gegenwärtigen Situation unter den Pandemiebedingungen zusammen: Es gab keine realen Zusammenkünfte, keine gemeinsame Praxis auf der Straße. Faktisch war die iL aber schon länger nicht mehr in der Lage, einen eigenen praktischen (und theoretischen) Vorschlag in den gesellschaftlichen Verhältnissen zu machen; sie hatte schon gar keine eigene Antwort auf die Pandemie, auf die Formen des neuen Empire, die ökologischen Verwüstungen, den Wahnsinn des ganz normalen Ausnahmezustandes, der neuen Kriege, der Aufstände oder der Migrationsbewegungen. Diese Sprach- und Handlungslosigkeit war natürlich nicht einfach nur Effekt einer falschen Organisationsentwicklung, sondern eben Ergebnis und Folge gesellschaftlicher Kontexte, neoliberal-kapitalistischer Figurationen und Veränderungen. Die iL wollte das alles nicht wahrhaben und gefiel sich zugleich in der Rolle der erfolgreichen, tonangebenden bundesweiten Organisation.

Darum ging es in dieser Tagung: Wir wollten einen Impuls setzen, einen Anstoß geben, an dem man sich reiben konnte, eine intensive Debatte in Gang setzen, für die wir uns Zeit nehmen wollten. Wir wollten einen Ort schaffen, der kein Gesamttreffen der iL sein konnte. Wir wollten einen Ort schaffen, auf dem es aber trotzdem um die iL, wenn auch nicht nur um sie gehen sollte, sondern exemplarisch auch um Fragen einer radikalen Linken überhaupt. Unser Treffen setzte zugleich den Punkt einer Selbstkritik, denn viele von uns waren von Anfang an dabei, waren in den Prozess der iL bis zu ihrer gegenwärtigen Situation mit verwickelt. Wir waren Teil der überregionalen Strukturen, und wir waren bei den großen Projekten von Heiligendamm über Blockupy, Dresden nazifrei, Castor schottern, dem G20 in Hamburg und bei Ende Gelände mit dabei. Die Kritik unseres Einladungspapiers trifft aber durchaus auch auf aktuelle Projekte wie Rheinmetall Entwaffnen oder Deutsche Wohnen Enteignen zu.

Viele von uns glauben, dass die Strukturen und ihre (un)gewollte politische Bestimmung, die wir selbst mit aufgebaut haben, heute zu einem Problem für die notwendige Neubestimmung linksradikaler Politik, für die Neubestimmung unversöhnlicher, antagonistischer Existenz in dieser Welt geworden sind. Wie weit diese Selbstbeharrung inzwischen reicht, war auch unter uns umstritten, auch die Beiträge in den Diskussionen sind da unterschiedlich in ihrem Pessimismus über die Zukunftsfähigkeit der iL. Als Vorbereitende waren wir uns allerdings einig darin, dass die oben angesprochenen Problematiken nicht nur die iL angehen, sondern die radikale Linke insgesamt. Deshalb war auch nicht nur die iL eingeladen, sondern auch Genoss*innen aus anderen Zusammenhängen. Denn die Kritik unseres Organisierungsprozesses, so unsere Überzeugung, trifft auch andere radikale Linke, hat andere Organisierungsprozesse schon lange vorher getroffen. Dafür sollte dieses Wochenende im Juli 2021 da sein, sollte ein Anfang sein.

Das alles war keine akademische Auseinandersetzung, denn einige stellten sich ernsthaft die Frage, ob die iL noch ihr Laden ist. Die meisten von uns waren in den vorhandenen iL-Strukturen aktiv, im ersten Zwischenstandspapierprozess, dessen Ergebnis wir nicht richtig fanden; wir waren im KoGre, haben virtuelle Diskussionen initiiert, haben unsere Kritik vielfältig formuliert. Und wir mussten feststellen, dass all das nicht reichte. Deswegen haben wir dieses Treffen unabhängig von unseren Strukturen vorbereitet.

Wir haben diese Tagung konzipiert, weil uns an der iL etwas liegt, weil die iL unser Leben war und ist. Und weil die iL das beste ist, was wir zu haben glaubten. Auch deshalb haben wir deutliche Worte der Kritik in unserer Einladung gefunden. Wir waren der Meinung, dass Konsensgewäsch langweilt und niemanden

weiterbringt, sondern dass Streit, deutliche Worte und scharfe Analysen etwas auslösen können! Wir wollten ins Streiten kommen und unsere Kritik auch als Wertschätzung verstehen. Wir nahmen die Sache ernst, wollten streiten, und unsere Genoss*innen für die eigenen Gedanken und Ideen gewinnen, dabei auch Emotionen zeigen können – das ist für uns solidarisch und empathisch. Und wir sahen nicht, dass es den Raum dazu in der iL gab.

Genau deshalb hatten wir alle in der iL eingeladen, um gemeinsam über die Krise der radikalen Linken zu debattieren. Wir hatten auch vertraute Genoss*innen und Weggefährt*innen der iL eingeladen, die sich die gleichen Fragen stellen. Wir haben ansatzweise versucht, die Kritik an der iL von Menschen außerhalb der iL mit einzubeziehen, weil wir es eh für unangemessen hielten, zu glauben, dass die Klugheit alleine bei der iL zu finden ist.

In den Rückmeldungen zu unserem Einladungsschreiben hieß es immer wieder: Wir teilen vieles, aber nicht alles von dem, was ihr sagt. Das war eine vielversprechende Ausgangsbedingung für das gemeinsame Vorhaben dieses Wochenendes. Zwischen 60 und 70 Menschen sind dann unserer Einladung gefolgt und haben mit uns kämpferisch, nachdenklich und zuhörend geredet.

Es war eine gute Erfahrung, sie hatte uns Mut und einigen auch Hoffnung gemacht. Tatsächlich sind einige unserer Punkte inzwischen auch in iL-Diskussionen eingeflossen. Andererseits aber endete im Herbst 2021 der erste Tagesordnungspunkt des ersten physischen Gesamttreffens der iL nach dem (selbstgewählten) Corona-Lockdown mit dem faktischen Ausschluss einer Ortsgruppe, weil sie offenkundig politisch unliebsam war und die iL de facto in ihrer formalen Ortsgruppenstruktur in Frage stellte. Dem vorausgegangen und gefolgt waren Austritte anderer Gruppen oder Erklärungen harscher Kritik.

Die Themen unseres Treffens nach der Krise der politischen Bestimmung, der Krise der Aktionsformen, der Krise der politischen Subjekte und nach der Krise der Organisierung wurden nicht als existentielle Fragen der iL verstanden. Mit dieser Broschüre dokumentieren wir unseren Versuch, eine Diskussion in der iL anzustoßen. Man findet hier das Einladungspapier zum Treffen, die für diese Dokumentation teils überarbeiteten Referate zu den verschiedenen von uns wahrgenommenen Problemkontexten radikal linker Politik und Existenz, die wir auf der Tagung zur Diskussion stellten, und zum Ende einige Erklärungen im Vorlauf oder im Anschluss an Austritte bzw. den Ausschluss. Diese Erklärungen kommen nur zum Teil von Gruppen, die an der Vorbereitung des Treffens beteiligt waren. Wir publizieren sie hier aber dennoch, weil es dazugehört, dass solche Dokumente der Auseinandersetzung mit dem Niedergang einer historischen Formation der Linksradikalen auch öffentlich sein müssen. Wobei: »Niedergang« nicht notwendig »Ende« bedeutet. Oder wie es in einem Statement auf dem Treffen hieß: » ... die iL (ist) Geschichte. Was nicht heißt, das sie verschwinden wird. Aber dass sie vielleicht immer weiter zu einer NGO, zu einer Bewegungsorganisation, vielleicht sogar zu einem rosaroten Campact mutieren wird, aber jedenfalls nicht mehr linksradikale Organisierung sein wird.«

Jetzt aber genug der Vorrede. Seht selbst und seht am Ende was daraus geworden ist.

Einladung zur Tagung 2.-4. Juli 2021, Berlin.

Die iL steckt in einer Krise. Das hat uns zusammengebracht. Unsere Diskussionen zogen Schleifen, verästelten sich weiter und schlugen andere Pfade ein, sodass es uns heute nicht mehr nur um die iL geht, sondern um die radikale Linke im Ganzen. Auch die Differenzen, die im Prozess zu Tage traten, taten dem Prozess keinen Abbruch. Sie haben vielmehr eine Vielzahl von Fragen hervortreten lassen, gerade weil uns an der Überwindung der Krise der radikalen Linken liegt!

Wir sind mittendrin ...

Dabei hatte es mal ganz gut angefangen. Vor über 20 Jahren, nach dem Desaster des G8-Gipfels 1999 in Köln, ist die iL aus Restbeständen der radikalen Linken entstanden. Wir wollten eine Organisierung neuen Typs schaffen – jenseits von K-Gruppen und Autonomen. Uns zeichnete aus, dass wir mit anderen reden und zusammenarbeiten konnten und wollten. Wir haben in gesellschaftliche Konflikte interveniert und dabei bewusst den Gesetzesbruch in Kauf genommen. Das machen wir bis heute. Und dominieren als größte aktivistische Gruppe inzwischen innerhalb der bewegungsorientierten radikalen Linken.

Die iL hat sich verändert, sowohl was Organisationsstruktur und -bedürfnis als auch politische Positionierungen und Praxen angeht. Aber: Politische Debatten werden kaum noch geführt, dafür sind umso mehr Struktur- und Organisationsangelegenheiten bestimmend geworden. Wir werden zum Gegenstand unserer eigenen Kritik. Allerdings glauben wir, dass die Probleme der iL nur symptomatisch für die Krise der radikalen Linken insgesamt stehen. Und so hat auch die iL keine gemeinsamen Antworten mehr auf die Frage, wie radikale Politik heute auszusehen hätte. Sie ist nicht fähig, die Frage nach der Krise zu stellen, die auch andere trifft. Hat sie auch ihre historische Rolle überlebt?

Jedenfalls: Einige von uns brauchen diesen unseren Laden und wollen ihn nicht so einfach aufgeben. Andere von uns haben bereits tiefe Zweifel. Die folgenden Fragen jedoch stellen wir gemeinsam – der iL und der gesamten radikalen Linken. Weil wir und viele andere unserer Genoss*innen etwas wollen. Weil uns die iL und radikale linke Politik wichtig sind. Weil uns Reibung und Bewegung interessieren. Damit erlauben wir uns Kritik zu üben. Was läuft überhaupt schief? Darüber müssen wir sprechen.

Die Krise der politischen Bestimmung

Für uns kam nach Blockupy, wo wir ein letztes Mal aus einer gemeinsamen Analyse eine gemeinsame Antwort mit einem gemeinsamen Projekt gefunden haben, die Ernüchterung. Nichts war es mit der Krise des neoliberalen Kapitalismus, des EU-Imperialismus gegen Griechenland, nichts wurde aus der Erstürmung der EZB. Wo steht dieser Kapitalismus und wo stehen wir: nach 1968, nach 1989, 2007, nach 2015, dem europäischen Frühling, dem Scheitern einer europäischen Linken, an der wir beteiligt waren, und nach dem Sommer der Migration?

Wären jetzt nicht dringende Fragen: Wo stehen wir eigentlich heute, mitten in der Pandemie? Was haben wir zu autoritärem Neoliberalismus, Klimakatastrophe und Grüner Modernisierung und Zoonosen zu sagen? Stehen wir nach Ende der Sozialdemokratie auf der Seite der Streiks oder der Riots? Oder ist das die falsche Frage? Sozial-ökologische Transformation: echte Antworten oder orientierungslose Beschäftigtheit eines neuen Typs von politischen Bürokrat*innen in einer Welt, aus der man eigentlich kein Entkommen sieht? Werden sich die Kämpfe der kommenden Jahre im Produktionssektor oder in der Zirkulationssphäre entfachen? Welche Bedeutung genau haben die kapitalistische Reproduktionssphäre und der Carebereich? Wie steht es um das Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit in einer Zeit, in der das eine nichts zählt und Gerechtigkeit nur global gedacht werden kann? Haben wir mehr und anderes zu sagen als die ritualisierte Forderung nach Umverteilung zu erheben (von Arbeit, von Lohn und von dem, was eine Linke immer schon gefordert hat)?

Die Krise der Aktionsformen

Massenhafter Ungehorsam, Legitimität statt Legalität, den Ausnahmezustand sichtbar machen, der eh schon immer existiert, damit er überwunden werden kann:



Das war Heiligendamm, Wendland, Dresden. Ungehorsam ist ein taktisches Mittel unserer politischen Praxis, um uns und anderen Menschen in einem kollektiven Prozess erfahrbar machen zu lassen, dass man etwas erreichen und letztlich sich selbst ermächtigen kann. Aus den gewonnenen Erkenntnissen, dass mehr möglich ist, dass wir unsere (Handlungsspiel-)Räume erweitern können, werden Menschen, so hoffen wir, selbst aktiv und organisieren sich – bis hin zu einem wachsenden Bewusstsein über eine greifbar naheliegende gesellschaftliche Veränderung. Aber funktioniert das ewig? Und braucht es dazu heute noch die iL?

Wir sind an Grenzen gestoßen. Bei G20 waren wir nur noch Statist*innen. Der Ungehorsam ist inzwischen ritualisiert. Bei unseren Aktionen bucht man inzwischen ein Rundum-Sorglos-Paket wie einen Abenteuerurlaub, von der Busfahrt bis zur Essensversorgung während der Blockade, alles ist perfekt organisiert. Daneben gibt es noch Skillsharing-Angebote, um sich »Kompetenzen« anzueignen und beispielsweise auf Social-Media zu »verwerten«. Kurz vor dem vorgesehenen Ende der Aktion heißt es dann: Die Blockade ist nun beendet, der Bus fährt gleich zurück. Den Rahmen dafür stellt ein linkes Regelwerk mit Aktionskonsens, für den auch die iL steht. Bestes Beispiel dafür ist Ende Gelände. Alles ist maximal kontrolliert. Wir sind darin ein Ordnungsfaktor, der Regeln setzt und verwaltet und letztlich zum Befrieden beiträgt. Zur Befriedung antagonistischer Konflikte gibt es die Zivilgesellschaft. Und wir sind inzwischen Teil dieser Zivilgesellschaft.

Die Krise der politischen Subjekte

Unsere Sehnsucht nach dem Ende der ganzen ausbeuterischen Kackscheiße trieb uns in die iL und treibt uns weiter an. Wonach aber sehnen sich unsere Genossinnen und Genossen? Ist der Weg in linksradikale Strukturen die bewusste Entscheidung für den Auftakt eines revolutionären Lebens oder ein dreijähriges Projekt, ein undogmatischer Lehrgang für die anschließende Karriere? Aktuell scheint es so, dass die Sehnsucht nach der Freiheit, nach Befreiung neoliberal verkümmert. Das hat fatale Folgen: Angebliche Effizienz- und Erfolgskriterien aus den neoliberalen Bildungs- und Arbeitsregimen sind oft unsichtbar oder werden unkritisch übernommen. Das Bedürfnis nach Aufrichtigkeit, nach Herrschaftsfreiheit verkommt zum Habitus. Revolutionäre Ungeduld banalisiert sich in Transformationsvorstellungen, vom Begehren nach unerbittlichem Antagonismus keine Spur. Wie können wir das neoliberale Subjekt »in uns« bekämpfen und einer Politik der ersten Person Bahn brechen? Und wie müssen die Orte beschaffen sein, die uns befähigen, immer wieder revolutionäre Subjekte zu werden?

Die Krise der Organisierung

Wo es an politischer Bestimmung fehlt, wo nicht mehr darüber gesprochen wird, was wir wirklich wollen, was wir begehren, wo sich Aktionsformen ritualisieren, da erstarren und bürokratisieren auch die Organisierungsformen. Große Debatten werden oft technisch-bürokratisch und nicht entlang politisch-strategischer Linien geführt. Wo der Horizont verschwindet, rückt die Bewahrung der Wahrheit ins Zentrum. Kritik wird bei nicht Wenigen zum gefährliche Querulantentum und Diskursfronten tauchen auf, die in ihrer Logik Gleichschaltungen ähneln. Die Form ist zum Inhalt geworden und auch die iL folgt diesem Trend, wird zunehmend zur Einheitsbewegung: »Querulanten raus!« Politische Debatten werden nicht mehr geführt; wer die Differenz, die Diversität und die Vielfalt im eigenen Verein und innerhalb der radikalen Linken insgesamt

vorschnell akzeptiert, vermeidet anstrengende Konflikte. Es wird nicht nur nicht mehr gestritten, es existiert gar keine Streitkultur. Diversität und Differenz verkommen zum formalen Dogma oder werden auf eine zwischenmenschliche Ebene gehoben, und Streit und Uneinigkeit werden lieber methodisch gekonnt plattmoderiert als politisch ausdiskutiert. Dies führt so lange zu einem sprachlosen Nebeneinander, bis die latenten Konflikte plötzlich eskalieren und Spaltungen und Ausschlüsse im Raum stehen. Solche Krisen schaffen sich ihre Zentralkomitees. Wir brauchen keine Atomisierung in immer weitere Teilbereiche, AGn etc., sondern Orte politischer Koordinierung und strategischer Entscheidungsfindung.

... und wissen noch nicht, wie es weitergehen wird

Die iL spielt (als unbewaffneter Arm der Linkspartei auf der Straße) eine wichtige Rolle. Diese braucht es in der radikalen Linken. Aber eine Stimme fehlt uns: Das grundsätzliche Nein zu diesen gesellschaftlichen Verhältnissen. Wenn es nicht unser Ziel ist, die 5%-Hürde zu überspringen, nicht die Stiftungen mit Funktionär*innen auszustatten, wenn es nicht unser Ziel ist, uns mit unseren Softskills erfolgreich im Bewegungsmarkt zu etablieren, dann, aber nur dann, stehen wir erst am Anfang eines gefährlichen Weges. Doch für die meisten Menschen auf der Erde ist das Leben schon heute lebensgefährlich. Und unser Weg ist auch kein Zuckerschlecken. Das erklären wir offen, weil wir Menschen nicht anlügen.

Wenn der prognostizierte Klimakollaps nur wenige Jahrzehnte entfernt ist, wenn die Kämpfe aller nachfolgenden Generationen mehr und mehr nur noch solche um Leben oder Tod sein werden, dann sind wir heute noch ganz schön wut- und mutlos. Dann ist jetzt höchste Zeit, mit der Zufriedenheit und der Befriedung zu brechen. Ungehorsam ist nicht das Letzte. Hinter dem Protest liegt der Widerstand.

Alles auf Anfang. Eine Einladung

Wir laden alle ein, die sich von unseren Gedanken angesprochen fühlen und die mit uns darüber frank und frei diskutieren wollen. Wir wagen eine Unverschämtheit: Wir laden unabgesprochen zu einem Strategietreffen ein. Dort erlauben wir uns zu kritisieren, ohne für alles einen konkreten besseren Vorschlag unterbreiten zu können. Wir werden das tun, was viele kaum noch kennen und Harmoniesüchtige abschrecken wird, aber uns doch so sehr fehlt: debattieren und streiten. Wenn wir dorthin vorausblicken, sehen wir einen roten Faden, der sich ständig verknotet und verzweigt, und am Ende zu einem roten Netz wird, das ein leidenschaftliches Projekt aufspannt, wie es die iL selbst schon einmal war.

Schlaglichter: Meine Motivation, zur Tagung zu kommen

*Von Teilnehmer*innen*

Mit ihrer Anmeldung haben uns viele auch mitgeteilt, was sie spannend finden und von der Tagung erwarten. Nachfolgend dokumentieren wir einige dieser Aussagen.

* Für die Tagung interessiere ich mich, weil sich in der Einladung eine Ehrlichkeit zu sich selbst spüren lässt, die ich sonst in der radikalen Linken vermisse. Dazu gehört auch, sich einzugestehen, mit einigem gescheitert zu sein und dass es einen Strategiewechsel braucht.

* Ich bin im regelmäßigen Kontakt mit Menschen aus Rojava und mit Menschen, die für Rojava Politik betreiben und immer wieder merke ich den politischen Willen dieser Menschen, die ich bei uns leider total vermisse. Mein Wunsch ist es, genau diese Ideen, Fragen, Widersprüche etc. mit aufzuzeigen und zu behandeln. Mir fehlt es genau so an Streitkultur. Immer heißt es in unserem Umfeld, dass die momentane »Streitkultur« nicht gut ist oder man mundtot gemacht wird, wenn man emotionaler reagiert oder auf Missstände aufmerksam macht. Daher bin ich sehr interessiert und würde gerne an dieser Tagung teilnehmen.

* Ich bin nicht in der IL organisiert, finde, die von euch aufgeworfenen Fragen treffen aber genauso auf die Teile der radikalen Linken zu, in denen ich mich bewege. Daher möchte ich mit euch über politische Bestimmung(en), Aktionsformen, Organisierung und uns, als politische Subjekte diskutieren. Ich bin nicht zufrieden, damit »wie es ist« und damit, wie wir als radikale Linke gegenwärtig Politik machen (oder über das Ausbleiben ebendieser) und erhoffe mir von der Tagung die Entwicklung einer grundlegenden Kritik daran, um weiterzukommen.

* Weil ich weniger Lust auf Verwaltung, mehr jedoch auf Politik habe. Weil ich nicht irgendwann demnächst verbittert abtauchen möchte, um dann, noch verbitterter, festzustellen, dass ich zu viele Entscheidungen bereits getroffen habe, um nicht verbittert sein zu können. Weil der eingeschlagene politische Weg zu viele Spuren hinterlässt.

* ich denke, so wie es aktuell ist, geht es nicht weiter. man kann diesen zustand noch eine weile aufrecht erhalten, aber er ist nicht nur nicht auf höhe der zeit oder den aktuellen herausforderungen angemessen, er zeigt ja auch innere zersetzungsprozesse. es ist eben, wie wir oft gesagt haben, die alte ordnung ist im untergang, aber eine neue noch nicht geboren und so ist es eben auch für uns. es gibt leute, mit denen man diese einschätzung teilt, aber nicht die schlussfolgerung, es gibt welche mit denen man noch nicht mal diese einschätzung teilt. ich würde gern mit personen (unabhängig von ihren schlussfolgerungen, um die ich mich gern streiten würde) darüber diskutieren. ich stecke da drin selber fest und brauche diskussion für eine vorstellung des weitermachens. ich glaube auch, dass es viele solche orte geben muss, um unzielgerichtet darüber zu reden und sich vielleicht auch für die nötigen sprünge zu verabreden. ohne das wird sich nix tun. also ich finde, es gibt keine alternative dazu, aktiv darüber zu sprechen und neu zu justieren.

* Wir glauben, dass die von euch aufgeworfenen Fragen grundsätzlich nicht falsch sind. Die radikale Linke ist gerade marginalisiert wie lange nicht mehr und scheint da kaum rauszukommen. Zeitgleich finden sich an verschiedenen Ecken immer wieder Bewegungsmomente, wie zuletzt in der Klimabewegung oder BLM, die zwar einen kurzen Auftrieb bringen, aber schnell zu versanden scheinen. […] Zeitgleich haben wir gemerkt, dass wir mit einigen Analysen – oder zumindest dem, was die bisherigen, kleineren Textbausteine so hergeben – an vielen Stellen nicht einverstanden sind. Wir glauben aber, das der Austausch und auch der solidarische Streit darüber uns als radikale Linke weiterbringt, und deswegen wollen wir diesen auch mit euch führen.

Dokumentation

Programm Freitag, 2. Juli 2021

Eröffnungspodium: Fragend schreiten wir rückwärts. Wo ist der Antagonismus der Unvollkommenen? Die radikale Linke in der Krise

Einführend wollen wir diskutieren, was eigentlich schief läuft, in der IL und in der radikalen Linken. Wir blicken zurück, was die IL von ihrer Gründungsidee und ihrem Ursprung war und fragen, was für uns hier und heute antagonistische Politik bedeutet. Wir formulieren die Perspektive, unter der unsere Tagung stehen soll, und fragen danach, wie die radikale Linke (damit die IL inbegriffen) ihre Aufgabe wieder (neu) formulieren kann?

Kleinvieh macht auch Mist. Abschiedsgruß an die Interventionistische Linke, mit Lüften der Kopfbedeckung

Von Thomas R.-S.

Um offenzulegen, aus welcher Geschichte ich spreche, stelle ich mich eingangs kurz vor. Ich bin in Rüsselsheim aufgewachsen, einer Musterstadt des Fordismus, und politisierte mich in der Jugend- und Schüler*innenbewegung der 1970er. Mit den Genoss*innen des ersten Aufbruchs schloss ich mich der »undogmatischen« oder »Spontilinken« an, dem Netzwerk der *Wir wollen alles*-Gruppen. Nach dessen Zerfall blieb ich einerseits in der Anti-AKW-Bewegung, andererseits in der Solidarität mit dem bewaffneten Kampf aktiv. In den frühen 1980ern stieg ich für mehrere Jahre aus dem Aktivismus aus und ging der ausgebliebenen Revolution in der Philosophie nach. Die 1990er Jahre zwangen mich in den Aktivismus zurück, zu dem jetzt auch die Mitarbeit in einer linken NGO gehörte. In den Kölner Anti-G8-Protesten 1999 traf ich auf Genoss*innen der 1970er/1980er Jahre, die zwischenzeitlich wie ich selbst meist vereinzelt handelten. Wir initiierten den Prozess der »Beratungstreffen«, einen Organisierungsprozess, aus dem 2004 die IL hervorging. Altersbedingt wurde ich Teil des informellen Führungszirkels, aus dem ich mich 2012 zurückzog.

Prägend für meine politische Geschichte, auch für deren Unterbrechung, waren die Verzweiflung und die Wut über das Ausbleiben der ersehnten Revolution – und damit die Grunderfahrung, dass radikale Linke immer eine Minderheitenposition einnehmen werden. Diese Verzweiflung und diese Wut bestimmten schon die Solidarität mit dem bewaffneten Kampf, sie bestimmen noch das, was ich hier vortrage. In der zweiten Phase meiner politischen Praxis ging es mir auch deshalb stets um die Frage, wie die Differenz radikaler und moderater Linker produktiv gemacht werden kann, also die Differenz zwischen einer minderheitlich bleibenden und in diesem Sinn existenziellen Revolte und einem gesellschaftsveränderndem Handeln, das sich an möglichen Mehrheiten orientiert. Die Antwort darauf suchte ich auch in der IL, und dort besonders in der Idee der »strategischen Bündnisorientierung.« Darunter verstanden wir einen Linksradikalismus, der aus seiner Minderheitenposition zum Ferment der Radikalisierung der sozialen Bewegungen und der moderaten Linken werden würde, ohne seine Eigenständigkeit aufzugeben: ein bisschen die Idee einer indirekt wirkenden Avantgarde, einer Avantgarde ohne Avantgardismus.

Von Heiligendamm bis Blockupy

Die Bewährungsprobe dazu war die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm 2007. Es gelang uns dort, eine bereits breit getragene Bereitschaft zu zivilem Ungehorsam praktisch zu radikalisieren, Praktiken der Grenzüberschreitung für Leute attraktiv zu machen, die weder Radikale waren noch dazu werden wollten. Dazu gehörte, dass wir die von unserem Vorgehen angezogenen Leute auch gar nicht zu Radikalen machen wollten, weil das immer nur Einzelne je für sich selbst machen können. Wir haben damit unter Bewegungs-, Gewerkschafts- oder Parteiaktivist*innen, aber auch unter Leuten, die sich erstmals an solchen Protesten beteiligten, einen Sinn für Militanz wecken können, den sie dann für sich selbst fruchtbar gemacht haben: in Eigenregie. Das hat dann über »Castor schottern« und »Dresden nazifrei« bis zu den Blockupy-Protesten 2012-2015 getragen, mit Konsequenzen sowohl nach »links« wie nach »rechts«. Einerseits haben eher autonom oder insurrektionistisch orientierte Leute ihre Grenzüberschreitungen erstmals ebenfalls verständlich machen wollen und sich dazu eigens an die moderaten Teile des Bündnisses adressiert, z.B. indem sie Auszüge aus dem insurrektionistischen Manifest *Der kommende Aufstand* verteilt haben. Andererseits sind Leute, die selbst nicht radikal werden wollen, trotz der Ereignisse des 18. März 2015 zur Demonstration am Abend gekommen, an der insgesamt 20.000 Menschen teilnahmen. Sie haben sich damit auch zustimmend auf die Geschehnisse am Morgen bezogen

und sich öffentlich gegen die Hetze sowohl der Medien wie der Staatsapparate gestellt. Das sind Kommunikationen, die ich für außerordentlich produktiv halte.

Schon damals aber zeigten sich in der IL Symptome der Erschöpfung und der Erstarrung: Symptome, die sich im Grunde schon kurz nach Heiligendamm bemerkbar gemacht hatten. Die IL war ja zunächst ein lockerer Zusammenschluss von eigenständigen lokalen Gruppen, von bundesweiten besonderen Initiativen wie etwa Libertad!, von Zeitungsredaktionen und von einer ganzen Reihe von Einzelpersonen, die ansonsten eigenständig operierten. Je größer sie wurde, desto jünger wurde sie. Dabei blieben die für die Durchführung der gemeinsamen Interventionen notwendigen Führungs-, Kooperations- und Kommunikationsprozeduren informell: was heißt, dass niemals ein formeller Repräsentationsanspruch erhoben und es deshalb im Grunde auch kein Repräsentationsproblem geben konnte. Die »auf der Bundesebene« aktiven Genoss*innen handelten auf der Grundlage eines kollektiven Vertrauensvorschusses, der nie ernsthaft verletzt wurde. Die lokalen Gruppen spielten eine zunehmend wichtigere Rolle, wurden aber nicht zur »Basis« des Prozesses, weder in der Praxis noch dem Anspruch nach.



Blockupy, Frankfurt 2015

Übergang zu einer postautonomen Organisation

Genau das änderte sich mit der Verfestigung des Organisierungsprozesses in eine ortsgruppenbasierte Organisation. Hatten wir bis dahin stets Wert darauf gelegt, Prozess einer Organisierung, doch keine Organisation zu sein, wurden wir jetzt, von manchen gewollt, von vielen zunächst nicht bemerkt, zur Splitterpartei – mit allen Macken, die diese unselige politische Form notwendig mit sich bringt. Dabei schlugen ein großer Trend – und zwei strategische Fehler durch. Den großen Trend hat niemand zu verantworten – er lag im Abbruch der in den späten 1990ern eröffneten und im Grunde vor der Heiligendamm-Mobilisierung bereits erschöpften Sequenz der globalisierungskritischen oder besser altermondialistischen Bewegungen. Als unmittelbar Beteiligte haben wir diesen Abbruch nicht sehen können, auch wenn das in meiner persönlichen Geschichte bereits der zweite Abbruch war: zu selbstverständlich war uns das Weitermachen über scheinbar bloß vorübergehende Momente der Abschwächung hinweg.

Zu verantworten haben wir aber die strategischen Fehler, die den Trend dann verstärkt haben. Der erste ist im historischen Handeln vielleicht unumgänglich. Als Mitinitiator*innen der »postautonomen« Wende linksradikaler Politik haben wir den Schnitt zur uns vorausgegangenen autonomen Linken zu tief gesetzt. Die meisten von uns, mich eingeschlossen, haben in der Freude über das endlich gefundene Neue schlicht vergessen, warum es historisch zum Aufbruch der Autonomen kam, was ihr eigentlicher Punkt, ihre Wahrheit war. Wir haben uns deshalb auch nie gefragt, was wir aus der Geschichte der Autonomen hätten bewahren sollen, hätten bewahren müssen. Ohne Erinnerung der Wahrheit der Autonomie aber verkehrt sich das »post« der Postautonomie zum bloßen Verlust, zum Absturz in eine nur noch moderat linke Position.

Gerächt hat sich das dann genau im Übergang von der »Organisierung« zur »Organisation«, in der Erstarrung des Prozesses und im Verfall an den Fetisch einer Quasi-Partei. Besiegelt wurde das im Grunde schon mit dem »Zwischenstandspapier« (2014) und mit der Verknüpfung dieses Papiers mit der Organisationsfrage. Konkret gesprochen: mit der klassisch parteiförmigen Basierung der IL einerseits auf ihre Ortsgruppen und dann auf deren – eben! – Repräsentation. Mit dem Verlust des eigenen Linksradikalismus entleerte sich zugleich und konsequent die Idee der »strategischen Bündnisorientierung«: ihr fehlte von da an schlicht das radikale bzw. radikalisierende Moment, sie wurde zum routinierten Bündnisbetrieb.

Verstärkt wurde dieser Fehler von dem Fehler, der ihm schon voranging. In der IL gab es nie eine kollektive theoretische Selbstreflexion, auch und vor allem keine explizit durchgeführte Auseinandersetzung des Verständnisses überhaupt von Linksradikalismus. Auch hier stand am Anfang eine richtige Intuition: Statt uns gleich zu Beginn schon über Grundsatzfragen zu zerstreiten, wollten wir in der Praxis zueinanderfinden und aus dieser Praxis das eigene Selbstverständnis bestimmen – unser Gemeinsames, aber auch gegebenenfalls bleibende innere Unterschiede. Dazu aber ist es nie wirklich gekommen, auch wenn es Anläufe gab. Auf den Punkt gebracht: In der IL gab es nie wirklich eine kollektive Theorie-, also auch keine wirkliche Bildungsarbeit im Verhältnis der Generationen. Natürlich macht sich auch hier ein weiter zurückliegender, größerer Trend bemerkbar, angerissen nur: das historische Fiasko der Linken des 20. Jahrhunderts und das Fiasko ihrer Theorie. Auch hier hätten wir an die Autonomen anknüpfen sollen, auf die von ihnen zwar nicht gelöste, doch von ihnen immerhin gestellte Frage nach einem nicht-additiven Verhältnis der unumgänglich pluralen Kämpfe, der nicht unter den »Klassen«-Nenner zu bringenden Vielzahl der gesellschaftlichen Widersprüche. Was blieb, war der theorielose Pragmatismus der Organisation, der für sich allein notwendig nach rechts führt, in die bloße Bestandssicherung, zuletzt konsequent in die Konzentration auf Rekrutierung (»IL der 5000«). Halten wir dem eine alte Wahrheit entgegen, und fangen wir mit der noch einmal an: »Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern.«

(Man soll einen Text nicht mit Zitaten schließen. Ich tu's, weil ich damit einen heißgeliebten Satz ins Spiel bringen und künftiger theoretische Reflexion mit ersten Literaturverweisen dienen kann: Subversive Aktion: *Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern*, Frankfurt 1976. Weiter oben schon genannt und gerade jetzt lesenswert: Unsichtbares Komitee: *Der kommende Aufstand*, https://archive.org/details/DerKommende-AufstandunsichtbaresKomitee. Zur von den Autonomen zwar nicht beantworteten, doch immerhin gestellten Frage nach dem Gemeinsamen der Vielen: Ingrid Strobl, Klaus Viehmann, autonome l.u.p.u.s. gruppe: *Drei zu Eins*, Berlin 1993.)

Kind der Antiglobalisierungsbewegung – Mein Weg in die Interventionistische Linke

Von Thomas

Für mich war der Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 ein zentraler Politisierungspunkt, der mich über ein paar Umwege, die sich aus heutiger Sicht nicht vermeiden ließen und wichtig waren, zur iL geführt hat. Die iL war damals stark präsent in den Protesten und stand für mich für folgende Dinge:

- Sie war allgemeinpolitisch und keine Themengruppe. Es ging ihr ums Ganze.
- Sie war eine große und starke Organisierung, die eine Gemeinschaft repräsentierte und mir damit das Gefühl gab, dass meine Politik/meine Einstellungen eine ganz andere Bedeutung bekommt, wenn ich mich in solch einen Zusammenhang stelle. Man fühlte sich wirkmächtig.
- Sie war antikapitalistisch *und* gesellschaftlich.
- Sie verfolgte ihre Politik mit Ernsthaftigkeit und revolutionärem Anspruch.
- Und sie war strategiefähig, sie hatte einen Plan, was nach meinem Eindruck damals in vielen subkulturell-politischen Gruppen fehlte.

Für mich kulminierte dieses Bild, was die iL für mich verkörperte, in dem Schwarzen Block auf der Demo in Rostock und BlockG8, sowie den Verlautbarungen vor dem Gipfel. Die zweite wichtige Phase der iL und für mich begann 2014 mit der Veröffentlichung des Zwischenstandspapier (kurz: ZSP). Retrospektiv würde ich festhalten, dass ab diesem Zeitpunkt, die iL begann auf der Stelle zu treten oder subjektiv formuliert, ich zunehmend Widerspruch zur Politik der iL entwickelte. Ob der Prozess zum Schreiben des ZSP nun ausschlaggebend war oder nur Symptom oder die Regression unausweichlich war, möchte ich nicht erörtern. Für hier sei nur gesagt, dass ab diesem Zeitpunkt Strukturfragen, Formalismus und Bürokratie immer mehr in den Vordergrund rutschten und damit die politische Bestimmung in den Hintergrund. Exemplarisch lässt sich dies an vier Punkten festhalten:

1. 2015 fanden wir keine Worte, gelang uns keine politische Reflexion darüber was der Kniefall von Syriza vor der EU und damit das Ende des Bewegungszyklus der Plätze in Europa für uns eigentlich bedeutete. Hinzu kam das selbstverschuldete Scheitern des vielversprechendsten europäischen Organisierungsansatzes für eine radikal linke Strömung »Commune of Europe«.
2. Auch im »Summer of Migration« stürzte sich die iL in die »Willkommenskultur« ohne eine linksradikale Praxis darüber hinaus zu entwickeln. Auch hier blieb eine weitgehende politische Reflexion, auch auf die Zukunft gerichtet, aus.
3. Nach dem G20-Gipfel zeigte sich in den Auswertungsdiskussionen eine Massenfeindlichkeit, ja eine schon fast ressentimentgeladene Ablehnung gegen die stattgefundenen Riots, statt Lust und Wille, diese zu verstehen. Doch auch schon während des Gipfels waren wir von Konservatismus geprägt und waren nicht in der Lage, die G20 im Jahr 2017 und die Dynamik in der Stadt auf der Höhe der Zeit zu analysieren. Stattdessen wiederholten wir Block G8.
4. Zudem entwickelte sich eine allgemeine Tendenz, radikale Realforderungen aufzustellen und diese in »den Diskurs« einzuspeisen, womit Hegemonie auf Meinung reduziert und gleichzeitig eine maximal bürgerliche Meinungskundgebung blieb. Denn gleichzeitig wurde radikale Praxis immer irrelevanter. All das, was ich am Anfang in der iL gesehen habe, sehe ich nur noch bedingt.

Drei Thesen zum Schluss:

1. Affirmation und Negation

Wir wollten gesellschaftliche radikale Linke sein. Wir haben also den politischen Widerspruch in der radikalen Linken, ob man sich außerhalb der Gesellschaft stellt oder innerhalb der Gesellschaft um Verbesserungen kämpft, nicht aufgelöst sondern angenommen. Heute sind wir nur noch gesellschaftlich und anerkannter Akteur und damit affirmativ gegenüber dem Status Quo geworden, weil wir irgendwann aufgehört haben uns zu fragen, was unter sich verändernden Be-

dingungen eigentlich das spezifisch Linksradikale ist. Wir sind aus dem Widerspruch ausgestiegen.

2. Organisierung

Strukturfragen und Formalismus sind immer mehr in den Vordergrund gerutscht und damit die politische Bestimmung in den Hintergrund. Die iL-Strukturen blockieren die Phantasie und Kreativität, wirklich über Organisationsformen neuen Typs, jenseits von Autonomie und Marxismus-Leninismus, nachzudenken. Doch in dieser Blockade liegt faktisch eine Entscheidung: Es gibt einen (unausgesprochenen) Konsens in der Strategie und damit auch in der Organisationsfrage. Ich würde konstatieren, dass es einen Konsens für eine radikal-sozialdemokratische/sozialistische Strategie gibt. Was meine ich mit radikal-sozialdemokratischer Strategie? Die Vermassung linksradikaler Politik. Allerdings bedeutet die Vermassung notwendigerweise eine Abschwächung der inhaltlichen Positionen, Begradigung, Schließung, Vereindeutigung, Programmatik und Überschaubarkeit, sowohl nach Innen als auch nach Außen. Ich finde, dass all diese Punkte für sich selber sprechen. Sie stehen nicht für das Neue, das ganze Andere, das Heterogene, Vielfältige, nicht für »jeder nach seinen Bedürfnissen«, Freiheit und Grenzenlosigkeit und Gleichheit.



BlockG8, Heiligendamm 2007

3. Subjektivismus

Effektiv setzt sich eine Position durch, deren Maßstab für Politik in der ersten Person in der eigenen gesellschaftlich nicht vermittelten Subjektivität, im eigenen »schlechten« Subjektivismus besteht. Das aber ist Identitätspolitik (Ich bin Ich) und nicht Politik der 1. Person (Ich bin Ich nur durch den Anderen). Resultat dieser Politik ist Moral: Es wird das Gute, was selbstverständlich durch einen selbst definiert wird, in der Übereinstimmung und Harmonie gesucht, das Unvollkommene mit Ecken und Kanten aber ausgeblendet. Ein zweiter Aspekt darin ist, dass dieser Moralismus für mich gegen Selbstbefreiung steht, weil er den Schwerpunkt auf die Optimierung des Verhaltens im Hier und Jetzt legt. Für mich hingegen ist Selbstbefreiung eine materialistische gesellschaftliche Praxis und keine selbstreflexive moralische Introspektion. Selbstbefreiung besteht aus körperlicher sozialer Praxis, in der Konflikt und Auseinandersetzung entsteht. In dieser Auseinandersetzung entstehen Momente, in der Ungleichheit und Schranken unserer Subjektivität sichtbar werden, damit aber eben auch bearbeitbar werden, und – viel schöner – auch Momente schaffen, in denen Gleichheit erfahrbar wird, sich herstellt. Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

Generation TINA

Von Anna

Wer bin ich?

Wenn man im Leben zu der Einsicht gelangt, dass man sich dieser verdorbenen Welt nur kollektiv entgegen stellen kann, ja sogar muss, stellt sich sofort die Frage, mit wem man das tun will. Wo organisiert man sich? Sich zu organisieren in einer Struktur die nicht nur monothematisch arbeitet und politisch-kulturell heterogen ist, erscheint, zumindest in Berlin, kaum möglich. Es bleibt nur die iL. So bin auch ich 2018 in die iL eingetreten. Nicht ausschließlich aus diesem einen Grund, aber ich möchte diesen Aspekt genauer beleuchten. Ich könnte nicht behaupten zwischen den Stühlen der Politgruppen gestanden zu haben. Gleichzeitig hatte ich bereits zu Anfang nicht das Gefühl, mich mit voller Begeisterung oder Freude in die politische Arbeit zu stürzen, wie ich es aus meiner vorherigen Organisierung kannte. Aber warum eigentlich? Um diese Frage zu beantworten, scheint es mir sinnvoll zu fragen, warum man sich überhaupt organisiert.

Warum sich organisieren?

Ich möchte mich organisieren, um mit anderen Menschen zu sein, die eine gemeinsame Sehnsucht teilen, dass da mehr ist oder sein könnte, als das Bestehende. Dass es nicht immer so bleiben muss, wie es ist. Ich möchte das gemeinsam mit anderen nach außen artikulieren, mit Menschen, die der Meinung sind, sich gegenseitig zu brauchen, um dies artikulieren zu können. In dieser Artikulation steckt Selbstbefreiung. Selbstbefreiung als zentraler Punkt für meine Organisierung. Gemeinsam über die Stärken oder Schwächen der Einzelnen hinausgehen. Sich gegenseitig in der Wut über die Zustände um einen herum bestärken, sie aber auch gemeinsam verstehen lernen, gemeinsam wirkmächtig werden, indem man die gesellschaftlichen Grenzen überwindet. Darin steckt für mich Selbstbefreiung. Eine revolutionäre Organisierung muss auch selbstbefreiend wirken. Mir geht es nicht ausschließlich darum, effektiv zu sein, real direkt Veränderungen zu bewirken. Für so wichtig halte ich mich nicht.



BlockG8, Heiligendamm 2007

Struktur der Sehnsucht

Gleichzeitig ist diese Sehnsucht am Anfang meist diffus, verändert sich mit der Zeit oder nimmt andere Dinge in den Fokus, entwickelt sich. Verschiedene Strukturen (Gruppen), die Unterschiedliches vorleben oder in Konflikt mit einander gehen, führen auch immer dazu, dass man sich zu seiner Art der Organisierung verhalten muss, sich entscheiden muss oder kann. Wenn es jedoch nur diese eine Struktur gibt und diese starr ist und vorgegeben, um dieser Sehnsucht überhaupt nachzugehen, gibt es auch nur diesen einen Raum, in dem sie sich bewegen kann. Sie kann

sich nicht entwickeln, sich Raum nehmen, um sich zu erforschen, sie verkümmert. Etwas zu wählen, weil es keine andere Alternative gibt, ist so weit entfernt von Begehren und Sehnsucht, Begeisterung und Stärke, wie man es sich nur vorstellen kann. So wird diese Alternativlosigkeit zum Killer der ursprünglichen Sehnsucht, des Begehrens, da es keine wahre Entscheidung ist.

Wenn ich nicht wirklich von dem überzeugt bin, was ich tue, dann kann auch keine Selbstbefreiung stattfinden. Das Revolutionäre geht verloren. Eine solche Organisierung kann keine revolutionäre Organisierung sein. Sie nimmt sich den Elan, den Esprit, die Überzeugung, dass das, was und wie man es tut, richtig ist. Sie bleibt lediglich alternativlos. Alles verläuft wie immer. Macht sie nur noch zu einer Struktur, die eine Aktion nach der anderen plant, es bleibt nur die Geschäftigkeit.

Warum keine anderen Strukturen mehr?

Warum es neben der iL kaum noch andere Strukturen gibt, wäre zu beantworten, ist aber nicht Thema dieses Vortrags. Was ich aber weiß, ist, dass es nie eine ernsthafte Diskussion innerhalb der iL um dieses Problem gab. Die eigene Rolle innerhalb der Linken und der Gesellschaft wurde nie diskutiert, analysiert oder hinterfragt. Es gibt keine eigene Geschichtsschreibung, es gibt nur noch Praxis. Geschichtslosigkeit tritt ein und diese setzt sich in den nachkommenden Genossinnen fort.

Geschichtslosigkeit

So kommen viele Menschen in die iL, die bisher nur iL-Politik von außen kennengelernt haben oder in Strukturen waren, die mittlerweile auch iL-Politik machen. So verorten sie sich in keiner Tradition, haben keine politische Praxis außerhalb der iL kennengelernt, denken, dass es so schon laufen muss. Wenn eine große Organisierung das so macht, wird es schon richtig sein. Das Fehlen der Analyse der eigenen Rolle in der Linken und der Gesellschaft führt zu Geschichtslosigkeit. Analyse im Sinne von immer neuer Betrachtung der Gegebenheiten, Theoriearbeit, Diskussion um der Erkenntnis willen. Auch mal innehalten. Sich Ratlosigkeit eingestehen. Momentan steht die reine Praxis ohne jegliche Reflexion, theoretische Einbettung. Dadurch, dass keine Reflexion hierüber stattfindet, kann eine Verortung in der Geschichte, in der Gesellschaft auch bei den nachkommenden Genossinnen nicht entstehen. »There is no alternative« und »das Ende der Geschichte« kommen in der iL zusammen und sie redet nicht darüber, ja merkt es vielleicht nicht einmal.

Programm Samstag 3. Juli 2021 (Teil 1)

Reproduktion, Produktion, Zirkulation. Was für 'ne Funktion? Alles dreht sich: Krise der politischen Bestimmung

Wo steht dieser Kapitalismus, wo stehen wir eigentlich: nach 1968, nach 1989, 2007, dem europäischen Frühling und dem Sommer der Migration 2015? Wo stehen wir eigentlich heute, mitten in der Pandemie, jenseits vom Gesundheitsstaat, seiner linken Entsprechung »Zero Covid« und dem brutalen »Back to business« der Marktradikalen? Was haben wir zu autoritärem Neoliberalismus, Klimakatastrophe, Grüner Modernisierung und Zoonosen zu sagen? Stehen wir nach dem Ende der Sozialdemokratie auf der Seite der Streiks oder der Riots? Oder ist das die falsche Frage? Werden sich die Kämpfe der kommenden Jahre im Produktionssektor oder in der Zirkulationssphäre entfalten und wie hängt das mit der Frage der Kampfformen zusammen? Welche Bedeutung genau hat die kapitalistische Reproduktionssphäre und der Carebereich, wie steht es um das Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit in einer Zeit, in der das eine nichts zählt und Gerechtigkeit nur global gedacht werden kann? Haben wir anderes zu sagen als die ritualisierte Forderung nach Umverteilung zu erheben (von Arbeit, von Lohn, von ... und von dem, was eine Linke immer schon gefordert hat)? Und was sagen uns die immer wieder aufflammenden Rebellionen rund um den Globus, während es in der BRD so ruhig ist wie eh und je?

Riots im Zeitalter der Zirkulation

Von Jan

Frankreich, Irak, Iran, Ecuador, Chile, Bolivien, Libanon, Haiti und Katalonien, Simbabwe, Algerien, Südafrika, Ägypten, Sudan, Usbekistan, Mexiko. Eine globale Welle von Riots erfasste 2018/19 die Welt und konnte ab diesem Zeitpunkt auch von Corona nur kurzzeitig gestoppt werden. 2020 folgten die USA, Brasilien, Nigeria, Äthiopien, Libyen, Belarus, Kolumbien, Indien, Guatemala, Albanien. Die Liste ist bei weitem nicht vollständig und je genauer man hinschaut, desto mehr oft unbeachtete Riots lassen sich in Gegenwart und Vergangenheit entdecken. Diese Riots entziehen sich in ihrer Vielfalt jedem Versuch, sie auf einen einzigen Nenner zu bringen. Sie alle verdienen eine eigene Beschäftigung mit ihrer Zusammensetzung, ihrer Entstehung und ihren Folgen. Und doch lassen sich auch auffällige Gemeinsamkeiten feststellen.

An vielen Orten verbreiteten sich die Riots in umfassende Aufstände mit einer sehr breiten sozialen Verankerung, trotz oder auch wegen ihrer offensiven Militanz. In kürzester Zeit gelang ihnen die Rücknahme von Gesetzen und Beschlüssen, bis hin zum Sturz von Ministern und Regierungen. Einige Aufstände bezogen sich auf Fälle von Wahlbetrug, Putschversuche, autoritäre Regierungen und Gesetzesänderungen. Auffällig viele aber waren eine Reaktion auf ökonomische Verschlechterungen, Preissteigerungen, Subventionsstreichungen und Versorgungskrisen, etwa im Libanon, Frankreich, Chile, Iran. Und ebenso häufig waren sie die Folge von oft rassistisch motivierter Staatsgewalt und Polizeimorden, so in Brasilien, Tunesien, Äthiopien, Nigeria. Damit einhergehend finden sich auch zwei dominante Kampfformen, nämlich einerseits Angriffe auf Polizeieinheiten und -gebäude, sowie auf weitere staatliche Einrichtungen. Andererseits Blockaden von Verkehrsstraßen, kapitalistischer Infrastruktur und Plünderungen.

Joshua Clovers Buch »Riot. Strike. Riot« erschien im englischsprachigen Original vor dieser letzten Welle der Aufstände, dennoch ist es die vermutlich umfassendste Analyse der Verbindung dieser Kämpfe. Seit 2021 liegt die deutsche Ausgabe vor. Im Folgenden beziehe ich mich im Wesentlichen auf seine Thesen, alle Zitate sind sofern nicht anders gekennzeichnet »Riot. Strike. Riot« entnommen. Clovers Ansatz versucht Riots und ihre Subjekte nicht als unpolitische spontane emotionale Reaktionen abzutun, sondern sie marxistisch-materialistisch zu analysieren.

Vom Riot zum Streik

Dafür geht er in die erste Hochphase der Riots und Hungeraufstände zurück. Bis ins 19. Jahrhundert hinein waren Riots die dominante Kampfform von Armen und der im Entstehen begriffenen Arbeiterklasse. Damals haben Enteignungen von Gemeinbesitz die subsistenzwirtschaftliche Lebensweise der entstehenden Arbeiterklasse zerstört, ohne dass die Industrialisierung bereits ausreichende Arbeitsplätze und Löhne zur Sicherung ihrer Reproduktion schaffen konnte. Durch Plünderungen, Blockaden der Warenausfuhr und erzwungene Reduktion von Marktpreisen kämpften die Menschen um eine Reproduktion jenseits des Lohns. Schauplatz dieser Kämpfe waren die Orte, wo die Waren zirkulierten, die sich die Menschen nicht leisten konnten, also der Marktplatz, der Hafen und das Warenlager.

Ausgehend von dieser historischen Rekonstruktion definiert Clover zunächst den Riot erstens als diejenige kollektive Aktion, die den Kampf um die Preisfestsetzung von Marktgütern (oder deren Erhältlichkeit) zum Gegenstand hat; deren Akteure zweitens in keinem anderen notwendigen Verhältnis zueinander stehen als dem Umstand ihrer Enteignung; und die sich drittens im Kontext der Konsumtion entfaltet und die Unterbrechung der kommerziellen Zirkulation von Waren beinhaltet.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wuchs der Arbeitskräftebedarf stetig. Das Lohnarbeitsverhältnis setzte sich zunehmend als Norm durch. Enorme Produktivitätssteigerungen durch technische Innovationen und die Schaffung neuer Absatzmärkte durch imperialistische Expansion sorgten für eine ständig wachsende Produktion als Motor der kapitalistischen Entwicklung. Clover nennt dies in Anlehnung an marxistische Theoretiker die Phase der Dominanz der Produktionssphäre, die er etwa um 1830 beginnen lässt. In dieser Zeit wurde die Unterbrechung der Arbeit am Arbeits-

ort zum effektivsten Kampfmittel der Arbeiter*innen. In einer Übergangszeit existierten Streik und Aufstand als Kampfformen nebeneinander und Clover merkt an, dass einstmals erlernte Taktiken nie ganz vergessen werden. Doch zunehmend entsprach der Produktion als dominanter Sphäre im Kapitalismus der Streik als dominante Kampfform der Klasse. Gewerkschaften und Arbeiterparteien entstanden und setzten Lohnsteigerungen und Verkürzungen der Arbeitszeit durch. Im 20. Jahrhundert wurden im Rahmen des fordistischen Zeitalters Gewerkschaften zum etablierten Machtfaktor bis hin zur Etablierung der Sozialpartnerschaft.

Doch auch wenn es eine historische Tendenz zur Einhegung von Arbeitskonflikten gibt, verliefen Streiks keineswegs immer friedlich. Blutige Auseinandersetzungen zwischen Streikposten und Polizei oder Streikbrechern lassen erkennen, dass der Unterschied zwischen Streik und Riot nicht in der Gewaltfrage liegt. Entsprechend der des Riots, entwickelt Clover eine Definition des Streiks, nach der dieser eine Form der kollektiven Aktion ist, die erstens den Kampf um die Preisfestsetzung der Arbeitskraft (oder der Arbeitsbedingungen, die sich aber ebenfalls auf den Preis der Arbeitskraft auswirken) zum Gegenstand hat; in welcher zweitens Arbeiter*innen in ihrer Rolle als Arbeiter*innen auftreten; und die sich drittens im Kontext der kapitalistischen Produktion entfaltet und deren Unterbrechung an der Quelle beinhaltet, durch Arbeitsniederlegungen, Fabrikblockaden und andere Taktiken.



NoG20, Hamburg 2017

Die Grenzen der kapitalistischen Expansion

Die Geschichte von expandierender Produktion und der erkämpften Beteiligung der Arbeiterklasse am daraus resultierenden Mehrwert könnte ewig so weitergehen, wenn sie nicht an Grenzen stoßen würde, einerseits an die ökologischen Grenzen der Klimakatastrophe, andererseits aber an ökonomische Grenzen eines tendenziellen Falls der Profitraten.

Der marxschen Arbeitswerttheorie zufolge trifft im Produktionsprozess konstantes Kapital, das in Maschinen, Fabrikanlagen oder Rohstoffe investiert wird, auf variables Kapital, das in Löhne investiert wird. Der Lohn entspricht dabei nicht dem Wert der gesamten geleisteten Arbeitskraft, sondern nur des Teils, der benötigt wird, um diese Arbeitskraft zu reproduzieren und weiter ausbeuten zu können. Die Aneignung des nicht bezahlten Anteils der Arbeitskraft durch das Kapital ist nach Marx die einzige Quelle des Mehrwerts.

Der kapitalistische Konkurrenzkampf am Markt treibt die einzelnen Unternehmen zur Maschinisierung und Technologisierung. Die daraus resultierenden Produktivitätssteigerungen ermöglichen es, Waren billiger zu verkaufen und sich Marktanteile der Konkurrenz zu sichern, die ihrerseits bei der Technologisierung nachziehen muss. Es kommt zu einer massiven Überproduktion und zur Notwendigkeit, ständig neue Absatzmärkte zu erschließen. Auf lange Sicht steigt dabei der Anteil des konstanten Kapitals gegenüber dem variablen Kapital, das wie erwähnt die einzige Quelle des Mehrwerts ist. Kapital wird zwar weiter vermehrt, kann aber immer schwieriger profitabel angelegt werden. Das Profitinteresse des einzelnen Unternehmens treibt also eine Entwicklung voran, welche die Profitinteressen des Kapitals insgesamt immer mehr untergräbt. Marx bilanziert, dass die Profitrate fällt, nicht

etwa »weil die Arbeit unproduktiver, sondern weil sie produktiver wird«.

Die Frage, ob sich das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate anhand der historischen ökonomischen Entwicklungen nachvollziehen lässt, ist in der marxistischen Theorie durchaus umstritten. Die beiden Ökonomen Esteban Maito und Michael Roberts haben versucht eine Weltprofitrate zu berechnen und ihren Verlauf von 1869 bis 2016 als langfristigen Fall rekonstruiert, wobei es dem Wort »tendenziell« entsprechend immer wieder Phasen von Krisen, Erholung und Aufschwung gab. Im Vergleich zwischen den G7-Staaten einerseits und den sogenannten aufstrebenden Schwellenländern andererseits zeigt sich im Übrigen eine fast parallele Entwicklung zum Fall der Profitrate, allerdings zeitlich um einige Jahre später auf einem etwas höheren Gesamtniveau. Die These, dass das Kapital Profite einfach nur in anderen Teilen der Welt realisieren würde, scheint deutlich zu kurz gegriffen.

Von der Krise zum Neoliberalismus

Das gleiche gilt für die sozialdemokratisch-keynesianistischen Anklagen des Neoliberalismus, die in letzterem die Ursache für ein Abweichen vom gesunden wirtschaftlichen Entwicklungsweg und die darauf folgenden Krisen sehen. Tatsächlich kam es bereits Mitte der 1960er Jahre nach den Jahren der Rekonstruktionsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg zu heftigen ökonomischen Krisen und einem rasanten Abfall der Profitraten. Weltweit erstarkte die Arbeiter*innenbewegung, oftmals in Form von autonomeren Organisationsformen und wilden Streiks, während gleichzeitig eine Jugend- und Frauenrevolte sowie antikoloniale Kämpfe explodierten.

Die strategische Antwort des Kapitals veränderte innerhalb weniger Jahre das Verhältnis von Produktions- und Zirkulationssektor grundlegend. Globale Standardisierungsprozesse insbesondere von Transportcontainern und der umfassende Ausbau von Logistikforschung schufen die Bedingungen für Produktionsverlagerungen und eine Neue Internationale Arbeitsteilung. Es folgte der Ausbau globaler Wertschöpfungsketten und eine enorme Expansion des Transport- und Logistiksektors. Die parallel einsetzende Deregulierung des internationalen Finanzsystems schuf neue Investitionsmöglichkeiten, die sich in den folgenden Jahren immer mehr aus dem Produktionssektor in kurzfristig profitablere Sektoren (Finanz-, Versicherungs- und Immobiliengeschäfte) verlagerten. Diese Prozesse zusammen, Finanzialisierung, Neue Internationale Arbeitsteilung, globale Lieferketten und der Aufstieg des Logistiksektors zeigen eine Dominanz des Zirkulationssektors über den Produktionssektor, die sich in etwa auf das Jahr 1973 datieren lässt.

Die Rebellion des Surplus-Proletariats

Im globalen Süden ging die Ansiedlung neuer Industrien einher mit einem neoliberalen Umbau des öffentlich subventionierten Dienstleistungssektors und einzelner nationaler Industriesektoren, vor allem aber mit massiven Investitionen in einen technisierten und industrialisierten Agrarsektor, der die alte subsistenzbäuerliche Basis der antikolonialen Bewegungen in einen Proletarisierungsprozess zwang, der sie aber zu einem Großteil nicht in den Produktionssektor führte, sondern als »industrielle Reservearmee« in informelle oder nicht-bezahlte Arbeitsverhältnisse. Lebten 1950 noch 80 Prozent der Bevölkerung in der »Dritten Welt« auf dem Land, sind es heute nur noch 50 Prozent. Von den städtischen Beschäftigten weltweit (also nicht nur im globalen Süden) arbeitet heute wiederum die Hälfte im informellen Sektor. Der neue Industrialisierungsschub und die wachsenden Anteile am
Weltmarkt bedeuten (mit wenigen Ausnahmen) auch in den ehemals als Schwellenländern bezeichneten Ökonomien aufgrund der hohen Produktivität nicht eine wachsende Industriearbeiterschaft. Dies bedeutet erstens, dass die Zahl der aus Sicht des Kapitals Überschüssigen, die Clover Surplus-Proletariat nennt, sowohl im deindustrialisierten globalen Norden als auch im globalen Süden tendenziell steigt. Wir sehen zweitens, dass der Anteil des Surplus-Proletariats, der tatsächlich noch eine funktionale Rolle als industrielle Reservearmee spielt und je nach konjunktureller Lage in den Produktionsprozess integriert wird, abnimmt, umgekehrt der Anteil der dauerhaft Ausgeschlossenen und Überflüssigen, steigt, meist entlang rassifizierter Grenzen.

Historisch hatte das Kapital zwei Antworten auf die (potentiell) überschüssige Arbeitskraft, die Clover unter den Begriffen Absorption und Coloniality fasst. Absorption meint die Fähigkeit des Kapitals durch ökonomische Expansion Arbeiter*innen in den Produktionsprozess zu integrieren und ihre Arbeitskraft produktiv zu verwerten. Coloniality bedeutet die Spaltung in ein Innen und Außen auch jenseits von rassistischen Strukturen, und die dauerhafte Absiche-

rung dieser Grenze durch offene und systemimmanente Gewalt gegen die Ausgeschlossenen. Das Erste greift durchaus auf rassistische Spaltungen zurück, ordnet diese aber den Erfordernissen der Kapitalexpansion unter. Das Zweite ist eingebettet in globale kapitalistische Verhältnisse, aber ohne die Fähigkeit durch Absorption der Arbeitskräfte in die Produktion den Widerspruch zwischen Kolonisierten und Kolonisierern aufzuheben. Während die Grenzen zwischen diesen beiden Modi kapitalistischer Herrschaft nie, weder regional noch historisch, trennscharf waren, verschiebt sich ihre Grenze zugunsten der Coloniality, weil das Kapital nicht in der Lage ist, das Surplus-Proletariat produktiv zu integrieren und deshalb zu Techniken von Ausschluss, Einsperrung, Überwachung und Unterdrückung durch direkte physische Gewalt zurückgreift – und zwar auch im globalen Norden. Clover bezieht sich hier sowohl auf die Festung Europa als Ganzes, die an ihren Grenzen die Kolonisierten abwehrt, als auch auf die Situation innerhalb der Metropolen, wo in Banlieus, Ghettos, Vorstädten, aber auch den verlassenen deindustrialisierten Regionen die Kontrolle des Surplus-Proletariats mit immer repressiveren Polizeitechniken einhergeht und in eine gesamtgesellschaftliche Autoritarisierung und Faschisierung mündet. Der Widerstand der Rassifizierten in Form der Ghetto-Aufstände von Watts, Newark und Detroit ab 1965 ist für Clover der Anfang der neuen Ära der Riots, ihre Kontinuität zeigt sich an Stationen wie den Brixton Riots 1981, den Banlieu-Aufständen von 2005, den Tottenham Riots 2011. Die Besonderheit der aktuellen Riots gegen rassistische Polizeigewalt liegt darin, dass ihre Verbindung zu weiteren militanten Kämpfen stärker als je zuvor das Potenzial aufzeigt, ihre gesellschaftliche Isolierung zu durchbrechen.

Clovers zentrale These lautet: »Die Krise zeigt eine Verschiebung des Gravitationszentrums des Kapitals in die Zirkulationssphäre an und der Riot ist in letzter Instanz als ein Zirkulationskampf zu begreifen, der zwei verschiedene, aber verwandte Formen annimmt: die Preisfestsetzung und die Surplus-Rebellion.«

Die Subjekte dieser Zirkulationskämpfe »kämpfen für ihre Reproduktion jenseits des Lohnes«. Sie verbinden eine oft rassifizierte Surplus-Bevölkerung, unbezahlt arbeitende Frauen, Beschäftigte im informellen und im Niedriglohnsektor, Arbeiter*innen die Lohnforderungen nicht durchsetzen können, Jugendliche und Schüler*innen. Damit sind sie sozial oftmals heterogener als die traditionellen Klassenkämpfe oder neueren sozialen Bewegungen, die diese Subjekte weder repräsentieren, noch ihnen eine überzeugende strategische Perspektive aufzeigen können.

Historisch basierte linke Politik, die materielle Forderungen stellte, ob als politischer Reformismus, Betriebspolitik oder soziale Bewegung, auf einer Vermittlung zwischen Herrschenden und Beherrschten. In der Krise brechen die ökonomischen Grundlagen für diese Vermittlung und damit für die etablierten Formen linker Politik weg. Während die Gewerkschaften bereit sind die Interessen ihrer schrumpfenden Kernbelegschaft auch auf Kosten anderer Proletarier*innen zu verteidigen, versuchen die sozialen Bewegungen in einer symbolischen Protestpolitik Regierungen anzurufen, die im Zuge einer globalen autoritären Formierung immer unbeeindruckter auf diese Anrufung scheißen.

Die Frage ist nicht so sehr, ob uns Riots gefallen, ob sie in unsere Vorstellungen von Organisationsaufbau oder Revolutionstheorie passen, ob wir nicht viel lieber Unterschriften sammeln, demonstrieren oder streiken würden. Die erste Frage ist, welche neuen Akkumulationsregime entstehen und welche neuen Taktiken der Widerstand gegen sie hervorbringt. Erste Antworten darauf liefern jeden Tag die Kämpfenden auf den Barrikaden von Chile bis in den Irak. Die Art und Weise, wie sich das Kapital in den Bereichen der kapitalistischen Inwertsetzung von Reproduktionsarbeit, der Digitalisierung und Plattformökonomie sowie der grün-neoliberalen Modernisierung aufstellt, wird diese Entwicklungen wahrscheinlich noch vorantreiben. Die Riots und Aufstände kommen näher, und sie finden ihren ersten leisen Widerhall auch inmitten der Friedhofsruhe der BRD. Die zweite Frage ist, ob wir uns an ihrer Seite in ein unübersichtliches, oftmals hässliches und herausforderndes Getümmel stürzen, ob wir uns mit einer veränderten Realität konfrontieren oder in unseren Köpfen fragend zurückschreiten in das Zeitalter der Produktion und der Arbeitskämpfe, als die Antworten noch einfacher erschienen.

Verhängnisvolle Verhältnisse: Produktionsweise – Geschlechterbeziehungen – Rassifizierung – Mensch und Natur

Von Barbara und Sebastian

Eine Problemanalyse

In der weiter zurückliegenden, wie der jüngeren Vergangenheit hat es verschiedene Versuche gegeben, zu einer »neuen Mechanik« der Vorstellung zu kommen, wie wir in der radikalen, wie der gesellschaftlichen Linken »Teilbereichskämpfe« zusammenbringen könnten. Und doch haftete auch den bestgemeintesten Versuchen der Makel an, dass die inneren Rädchen sich nicht so ohne weiteres ineinander fügen wollten, dass es doch eher ein nebeneinander war, jedenfalls auf längere Sicht gesehen. Nur punktuell konnte es bisher gelingen, tatsächlich für kurze Momente ein »Ineinandergreifen« verschiedener Bewegungen in ein Projekt bzw. eine Kampagne[1] zu fassen. Aber es war einfach nicht gelungen, dieses Ineinandergreifen »auf Dauer« zu stellen, in einer produktiven Beziehung zu bleiben.

Wir denken, dass es neben den rein praktischen Problemen über Gruppen, Bewegungen, Städte, Ländergrenzen oder gar Kontinente hinweg in Beziehung zu bleiben, auch immer noch daran mangelt, dass es noch kein geteiltes Verständnis davon gibt, wie in unsere(n) Welt(en) die verschiedenen Dimensionen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung »zusammenwirken«. Am fatalsten war sicher der lange vorherrschende Versuch, einen Hauptwiderspruch (Kapital vs. Arbeit) und verschiedene Nebenwidersprüche (Sexismus, Rassismus, Umweltzerstörung) zu konstruieren. In dessen Folge wurden Produktion und Reproduktion als getrennte Sphären betrachtet, die sich systematisch dadurch unterscheiden sollten, dass in der Produktionssphäre Wert geschaffen würde (und Mehrwert abzuschöpfen wäre) während in der Reproduktion kein Wert geschaffen würde und folglich kein Mehrwert abzuschöpfen wäre.

Diese Art der Orthodoxie hat viele Generationen von Aktivist*innen frustriert und oft auch entzweit. Und zurecht ist dieser Ansatz zu den Akten gelegt worden, aber: Ist wirklich etwas an seine Stelle getreten? Gibt es ein geteiltes Verständnis der Zusammenhänge von kapitalistischer Produktionsweise, sexistischer Geschlechterverhältnisse, einer rassistischen Ordnung der Gesellschaften und der hemmungslosen Zerstörung der Lebensgrundlagen auf diesem Planeten?

Unseres Erachtens nach lohnt es sich sehr, Versuche zu unternehmen, die Funktionsweise der Herrschaftsweisen der hier grob unterteilten Dimensionen zu beschreiben, um eine tragbare Grundlage dafür aufzubauen, wie wir in unseren Gruppen, Organisierungen und Bewegungen verschiedene Kampffelder in eine kommunizierende Beziehung setzen können. Dies auch, um die Begrenztheiten der »Teilbereiche« zu überwinden und die gesellschaftlichen Grundlagen zu schaffen das kapitalistische Gesellschaftssystem mit seinem Sexismus, seinem Rassismus und toxischen Naturverständnis zu überwinden.

Neue Landnahme

Wir versuchen zunächst einen ersten Einstieg mit dem 2012 von Klaus Dörre in der »Berliner Debatte« veröffentlichten Text: Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. Eine Ideenskizze.[2] Für die hier aufgeworfene Frage der Zusammenhänge scheint uns die Idee vielversprechend, davon auszugehen, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung über dynamische Mechanismen verfügt, die Erscheinungsform des Kapitalismus einem für sich selbst produktiven Wandel zu unterziehen: Dörre entwickelt in dem Text die Idee einer permanenten Landnahme als einer dieser Mechanismen. Marx ging davon aus, dass das, was er als »ursprüngliche Akkumulation« beschrieben hat, zwar ein langwieriger Prozess gewesen ist und sowohl der staat-

1 Zum Beispiel Blockupy
2 Dörre, Klaus: Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. Eine Ideenskizze. https://www.linksnet.de/artikel/27742

lichen Einflussnahme, als auch der gewaltsamen Disziplinierung bedurft hatte, aber als abgeschlossener Prozess zu betrachten ist, also der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus quasi vorgelagert. Rosa Luxemburg hat diesen Gedanken kritisiert: Ihrer Auffassung nach mündet der durch die Zwangsgesetze der Konkurrenz ausgelöste Drang zu erweiterter Reproduktion des Kapitals beständig in die Produktion neuen Mehrwerts, der durch die zahlungsfähige Nachfrage der Endkonsumenten letztendlich nicht absorbiert werden kann. Um diese Schranke zu überwinden, muss der überschüssige Mehrwert in nichtkapitalistischen Milieus realisiert werden. Erst durch Einverleibung von nichtkapitalisierter Arbeitskraft und Erde (d.h. »Kolonialisierung«) erwirbt das Kapital »eine Expansionskraft, die ihm erlaubt, die Elemente seiner Akkumulation auszudehnen jenseits der scheinbar durch seine eigene Größe gesteckten Grenzen«.

Dörre konstatiert, dass sich seit ihrer Entstehung kapitalistisch formierte moderne Gesellschaften durch eine enorme Anpassungsfähigkeit auszeichnen. Selbst schwerste ökonomische Krisen haben in der Vergangenheit allenfalls als Treiber für eine Revitalisierung kapitalistischer Dynamik gesorgt, und uns dem Ende dieser Gesellschaftsordnung aber keinesfalls näher gebracht. Der Kapitalismus sei kein fester Kristall, keine geronnene Struktur; er »ist nichts, wenn er nicht in Bewegung ist«. Ein Werkzeug dieser »Bewegung« wäre, dass in kapitalistischen Gesellschaften, aber auch im globalen Maßstab eine stetige »Landnahme« konstitutiv wäre. Landnahme ist dabei nicht in ihrem wörtlichen Sinne zu verstehen, sondern ist Kommodifizierung, also die Einverleibung in Verwertungsbedingungen von sozialen Beziehungen in kapitalistische Dynamiken. Sie ist dabei nicht nur auf eine sozialräumliche Dimension beschränkt. Heißt: Es werden sowohl Beziehungen kommodifiziert, die »extra-territorial« also als transnationale Verhältnisse betreffend, als auch binnen-gesellschaftlich bestehen können. Die Annahme des Landnahme-Theorems geht nun davon aus, dass es dieser »Einverleibung« geschuldet ist, dass das Kapital die Elemente seiner Akkumulation auch scheinbar »jenseits seiner Grenzen« auszudehnen vermag.

Was für die Beschreibung des Zusammenwirkens verschiedener Herrschaftsweisen hilfreich sein könnte, ist die von Dörre vorgestellte »kapitalistische Dynamik«, die auf einer Verschränkung von zwei unterschiedlichen Vergesellschaftungsweisen beruht. Im System »innerer Märkte«, gekennzeichnet durch die Rationalität des Äquivalententauschs, reproduzieren sich kapitalistische Gesellschaften weitgehend auf ihren eigenen Grundlagen. Zugleich bleiben sie jedoch innerhalb wie außerhalb nationaler Gesellschaften auf noch nicht kommodifizierte Regionen, Milieus, Gruppen, Tätigkeiten und Lebensweisen, also auf »äußere Märkte« angewiesen. In diesen »äußeren Märkten« gilt das Prinzip des Äquivalententauschs allenfalls eingeschränkt. Im Unterschied zum marxschen Ausbeutungskonzept muss also systematisch zwischen kapitalistisch formbestimmten primären und nicht formationsspezifischen sekundären Ausbeutungsformen unterschieden werden. Primäre Ausbeutungsbeziehungen sind in Vertragsbeziehungen eingebettet, die den Äquivalententausch (Arbeitskraft gegen angemessene Entlohnung) garantieren sollen – ein Prinzip, das sich nur über komplexe Gerechtigkeitsvorstellungen und Verteilungskonflikte durchsetzen kann. Sekundäre Ausbeutungsformen stiften Äquivalenzbeziehungen anderen Typs. Sekundär meint in diesem Kontext keineswegs weniger schmerzhaft, weniger brutal oder weniger wichtig. Es geht nicht um eine neue Bezeichnung für Nebenwidersprüche. Charakteristisch für sekundäre Ausbeutungsbeziehungen ist vielmehr, dass die Rationalität des Äquivalententauschs nicht oder nur mit Einschränkungen gilt.

Soziale Reproduktion als zentrales Feld der Inwertsetzung

Ein wichtiges Element des Theorems der Landnahme ist jedoch auch, dass wir davon ausgehen müssen, dass es ein Wechselspiel von Land-»nahme« und -»preisgabe« gibt. So können also Elemente des »Wohlfahrtstaates«, wie Krankenversorgung, Altenversorgung, Kindererziehung usw. dem Marktkreislauf entzogen werden (Fordismus) und wieder zugeführt werden (Neoliberalismus). Tove Soiland arbeitet in ihrer Auseinandersetzung mit den Thesen von Dörre jedoch heraus, dass diese Re-Kommodifizierungen unserer Zeit keinesfalls geschlechterneutral waren. Sie identifiziert den Bereich der sozialen Reproduktion als zentrales Feld dieser Inwertsetzung: »Die gegenwärtige Restrukturierung der globalen Ökonomie [kann] auch oder sogar in erster Linie als massive Strukturanpassung für den Bereich der individuellen und sozialen Reproduktion verstanden werden, das heißt als eine Restrukturierung der Weise, in der sich die Menschen zu reproduzieren haben. Die These ist, dass heu-

te gerade der Bereich der Reproduktion einem barbarischen Ressourcenentzug ausgesetzt ist, der von linker und kapitalismuskritischer Theoriebildung weitgehend unerkannt vor sich geht«. Diese Ressourcen betreffen jedoch nicht ausschließlich private Haushalte sondern auch »und vielleicht vorrangig« bezahlte Care-Arbeit.[3]

In der systematischen Scheidung einerseits, aber in der Beschreibung als Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeiten sehen wir das wesentliche Potential für unsere Betrachtung als Interventionist*innen. Verwiesen sei hier exemplarisch sowohl auf die Angriffe auf die körperliche Selbstbestimmung von Frauen und die Etablierung von sogenannten Frauenberufen und ihre systematische Degradierung in Hinsicht auf Einflussnahme, Entlohnung, Gestaltungsmöglichkeiten, genauso wie auf die rassistische Gewalt gegenüber Nicht-Weißen.



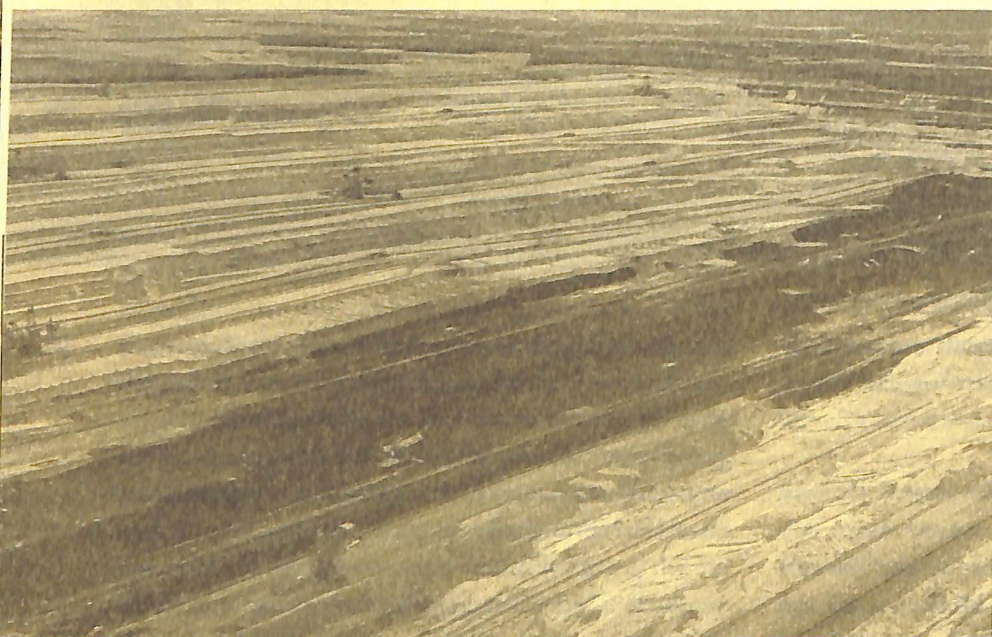
Blockupy Carerevolution, Frankfurt 2013

»Vordergrund« und »Hintergrund« bei Nancy Fraser

Als eine Erweiterung oder vielleicht besser Vervollständigung dieses Gedankengangs könnte dazu die von Fraser und Jaeggi in ihrem 2018 zunächst auf englisch erschienen Band: »Kapitalismus« betrachtet werden[4]. Vereinfacht gesagt schlägt Fraser vor, kapitalistische Verhältnisse systematisch auf zwei Ebenen zu betrachten: einen Vordergrund und einen Hintergrund. Diese Unterscheidung ist etwas kompliziert formuliert, wird aber an einer Stelle verständlich: Bezugnehmend auf das marxsche Kapital spricht Fraser von der »Vordergrundsgeschichte« der Ausbeutung und der »Hintergrundsgeschichte« der Enteignung. Vordergründig wird beschrieben, wie »wir aus einer Welt in der Äquivalente gegen Äquivalente getauscht wurden, zu einer Welt der Ausbeutung« geführt werden, in der »der Kapitalist die Arbeiter nur für den ›notwendigen‹ Teil ihrer Arbeitszeit bezahlt und sich den Mehrwert aneignet«. Fraser spricht von einer Erkenntnisverlagerung vom Austausch (Vordergrund) zur Ausbeutung (Hintergrund). Gleiches ließe sich über die Akkumulation durch Ausbeutung (Vordergrund) und Akkumulation durch Expropriation (Hintergrund) sagen, also den Vorgang der unverhüllt brutalen Enteignung. »Bei jeder der beiden Wendungen, die ich gerade skizziert habe, arrangiert er (Marx) einen bedeutenden Perspektivenwandel, der uns von einem Gesichtspunkt, der mit dem verbunden ist, was ich den Vordergrund nenne ... zu einem anderen führt, welcher den entsprechenden Hintergrund offenbart [...]. In beiden Fällen ist das Ergebnis, etwas sichtbar zu machen, das sich zuvor im Schatten befand. Plötzlich erscheint dieses ›etwas‹ als eine notwendige Voraussetzung dessen, was er (fälschlicherweise) für das Hauptereignis hielt, und seine Offenbarung lässt alles, was voranging, in einem neuen Licht erscheinen. So verliert der Austausch auf dem Markt seine Unschuld, sobald wir erkennen, dass er auf dem schmutzigen Geheimnis der Ausbeutung beruht.« Fraser entblößt mit dieser Methodik das, was sie dann Stätte hinter der Stätte nennt. (S. 51)

3 Soiland, Tove, Das Theorem der NEUEN Landnahme: eine feministische Rückeroberung, Denknetz, Jahrbuch 2013, S. 100
4 Fraser, Nancy und Jaeggi, Rahel: Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie. Berlin 2020

Mit dieser Methode gelingt es, einen »Blick hinter einen gegebenen sozio-historischen Umstand zur Erfassung seiner zugrundeliegenden Bedingungen« zu werfen, um auf dieser Grundlage die Fragen zu entwickeln, die Marx nicht vollständig erforscht hatte. Sie schlägt daher die Erweiterung des Blickes auf vier »Hintergründe« vor: Erstens die Verlagerung von der »Warenproduktion zur sozialen Reproduktion«, wobei sie einen weiten Begriff von »sozialer Reproduktion« vorschlägt, der an dieser Stelle nicht entwickelt werden soll.[5] Wichtiger ist der Schluss für die innere Beziehung: »Doch die Tätigkeit der sozialen Reproduktion ist absolut notwendig für die Existenz von entlohnter Arbeit. Für die Akkumulation von Mehrwert und das Funktionieren des Kapitalismus als solchen. Lohnarbeit könnte schließlich weder existieren noch ausgebeutet werden, wenn es keine Hausarbeit, Kindererziehung, keinen Schulunterricht, keine affektive Fürsorge und eine Menge anderer Tätigkeiten gäbe, die neue Generationen von Arbeitern hervorbringen […]. Ganz wie die ›ursprüngliche Akkumulation‹ ist daher die soziale Reproduktion eine unverzichtbare Hintergrundbedingung für die Möglichkeit kapitalistischer Produktion.«[6]



Tagebau Hambach

Zweitens die ursprüngliche (Marx) und fortlaufende Landnahme (Luxemburg, Harvey), das »Trittbrettfahren des Kapitalismus in Bezug auf die Natur«. Es betrifft die »Nutzung« der Natur sowohl als »Zapfhahn« zur Lieferung des Inputs für die Produktion, als auch als »Ausguss«, um den Abfall derselben aufzunehmen. Die Natur wird hier zu einer Ressource für Kapital gemacht, deren Wert sozusagen vorausgesetzt als auch verleugnet wird. Die Kapitalisten enteignen sie ohne Entschädigung oder Wiederauffüllung und behandeln sie in ihrer Buchführung als kostenlos.

Auch hier konstatiert Fraser: »Tatsächlich stellt die Fähigkeit der Natur, Leben zu erhalten und sich selbst zu erneuern, noch eine weitere notwendige Hintergrundbedingung des Kapitals dar.«[7] Drittens hängt der Kapitalismus von der öffentlichen Gewalt ab, um seine konstitutiven Normen zu begründen und durchzusetzen. »Eine Marktwirtschaft ist schließlich unvorstellbar, wenn es keinen rechtlichen Rahmen gibt, der Privatunternehmen und Tauschprozesse von Märkten unterstützt.«[8]

In einem vierten Schritt verweist Fraser auf die Enteignung durch Landnahme. Zum Vorgang der Enteignung gehört ihrem Modell nach, dass die Opfer von Enteignung zu unfreien, abhängigen Wesen, die des politischen Schutzes entblößt und schutzlos sind, gemacht werden. Dies entspräche einer Statushierarchie, deren innere Funktionsweise zeige, dass der Statusunterschied mit der »Rassenzugehörigkeit« (englisch race) begründet wird. »Es sind überwiegend rassifizierte Bevölkerungsteile, die in der kapitalistischen Gesellschaft keinen politischen Schutz haben und die als von Natur aus enteignungsfähig gelten.«[9]

Interessant für unser Bild von der »inneren Mechanik« sind die Ausführungen, in denen Fraser darlegt,

5 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 52, auch 53f.
6 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 52
7 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 59
8 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 61
9 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 65

dass die »Unterscheidung zwischen Ausbeutung und Enteignung [...] zugleich ökonomisch und politisch« ist: »Auf einer Ebene – nennen wir sie die ›ökonomische‹ – bezeichnen diese Begriffe [Ausbeutung und Enteignung, Anm. Autor*innen] Mechanismen der Kapitalakkumulation, analytisch unterschiedliche, aber miteinander verflochtene Weisen der Werterweiterung. Im Falle der Ausbeutung bezahlt das Kapital die gesellschaftlich notwendigen Kosten der Reproduktion in Form von Löhnen, während der Mehrwert, den ihre Arbeit erzeugt, angeeignet wird. Bei der Enteignung nimmt sie im Gegensatz dazu einfach Arbeit, Menschen und Land in Beschlag, ohne ihre Reproduktionskosten zu bezahlen. [...] Politisch gesehen, geht es jedoch um hierarchische Machtverhältnisse und Statusunterschiede, die mit Rechten ausgestattete Individuen und Bürger von unterworfenen Völkern, unfreien Besitzsklaven und abhängigen Mitgliedern unterdrückter Gruppen unterscheidet.«[10] Diese Verhältnisse beschreibt sie zusammenfassend, die rassistische Unterdrückung steht in einer systemischen, nicht zufälligen Beziehung zur kapitalistischen Gesellschaft, – »die Verknüpfung zwischen beiden [ist] strukturell und nicht kontingent«. Diese Verknüpfung kommen insbesondere in den Prozessen der fortdauernden Landnahmen zum Tragen, sowohl in historischer Perspektive, als auch in systematischer, wenn z.B. in Krisenzeiten durch Prozesse der Kommodifizierung auf »neues Land«, wie wichtige Rohstoffe zurückgegriffen wird. Aktuell: »Man denke auch an die neuen Formen prekärer schlecht bezahlter Dienstleistungen, die sogenannten McJobs, die weitgehend rassifizierten Minderheiten und Immigrantinnen zugewiesen werden.« Die so beschriebene »Kaste« beschreibt Fraser als die »uneingestandene Ermöglichungsbedingung« der Arbeiterschicht.[11]

Aufbauend auf diesen kategorisch umrissenen Hintergründen geht es nun im folgenden darum, wie diese mit dem »Vordergrund« zusammenhängen. Hierzu ist es notwendig, in Analogie der Hintergründe von für den Kapitalismus konstitutiven strukturellen Spaltungen und Trennungen auszugehen, ein System einer institutionalisierten Gesellschaftsordnung.[12] Erstens die Trennung der »ökonomischen Produktion« von der »sozialen Reproduktion«, zweitens die institutionelle Trennung der »Wirtschaft« vom »Gemeinwesen«, drittens die ontologische Trennung zwischen ihrem (nicht-menschlichen) »natürlichen« Hintergrund und ihrem (scheinbar nicht-natürlichem) »menschlichen« Hintergrund und viertens die institutionalisierte Unterscheidung zwischen Ausbeutung und Enteignung, die spezifisch kapitalistische Formen imperialen Raubs und rassistischer Unterdrückung begründet.[13]

Wenden wir diese Modellierung Fraser folgend nun diachronisch, also durch die Zeiten als auch synchronisch, als die »gleichzeitige« Ausgestaltung des Kapitalismus an unterschiedlichen Orten an, so wäre zu sagen, »dass die genaue Ausgestaltung der kapitalistischen Ordnung an irgendeinem Ort und zu irgendeiner Zeit von der Politik, von der Bilanz der gesellschaftlichen Macht und vom Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe abhängt. Weit davon entfernt gegeben zu sein, werden die institutionellen Spaltungen des Kapitalismus häufig zu Schauplätzen und Einsätzen von Konflikten, während die Akteure mobil machen, um die etablierten Grenzen in Frage zu stellen oder zu verteidigen, die die Wirtschaft vom Gemeinwesen, die Produktion von der Reproduktion, die menschliche Gesellschaft von der nicht-menschlichen Natur und die Ausbeutung von der Enteignung trennen.« Fraser kommt zu dem Schluss, dass Grenzkämpfe entscheidend die Struktur kapitalistischer Gesellschaften formen.[14] Wir wollen hier exemplarisch drei dieser »Grenzkampf«-Regionen näher beleuchten: Die Frage der Geschlechterverhältnisse / Sexismus / Misogynie, die Frage des Rassismus, Postkolonialismus, Imperialismus und der Bedrohung der Lebensgrundlagen aller durch Klimawandel, Artensterben und Vergiftung der Umwelt.

Geschlechterverhältnisse / Sexismus / Misogynie

»Im Unterschied zu früheren Gesellschaften richtet der Kapitalismus eine Spaltung zwischen gesellschaftlicher Reproduktion und Warenproduktion ein. Ihre Trennung ist für den Kapitalismus absolut fundamental«.[15] Dabei beschreibt Fraser diese Spaltung als zutiefst ge-

10 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 66
11 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 73
12 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 80
13 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 81
14 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 83
15 Fraser, Jaeggi, Kapitalismus S. 55

schlechtsspezifisch: Die Reproduktion (auch im erweiterten Sinne) wird mit Frauen*, die Warenproduktion mit Männern* verknüpft. Da Fraser an dieser Stelle zwar eine Veränderung beschreibt, aber es unterlässt zu begründen, warum die entlang der Kategorien einer dichotomen Geschlechterordnung geschieht, sollten und müssen wir uns die Erkenntnisse Lise Vogels zu Nutze machen. Sie legte 1983 eine umfangreiche Auseinandersetzung mit den verschiedenen marxistischen und feministischen Theorien über die »Frauenunterdrückung« vor.[16] Ausgehend von einer Lektüre der feministischen Debatte der 1970er Jahre unternimmt Lise Vogel eine intensive Auseinandersetzung mit den klassischen Werken von Marx und Engels und klopft diese daraufhin ab, ob sie bereits Erkenntnisse über die Wirkungsweise der Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus gewonnen haben, die für die aktualisierte Theoriebildung von Nutzen sein könnten.

Wichtig für uns an dieser Stelle sind zwei Erkenntnisse: Zum einen die Frage, ob es eine zwingende Begründung aus der Logik des Kapitalismus, also aus der Systematik der Mehrwertaneignung und der Reproduktion der Arbeitskraft heraus dafür gibt, eine Arbeitsteilung entlang von Geschlechterbildern zu institutionalisieren, verneint Lise Vogel. Vielmehr ist es prinzipiell möglich, dass sowohl Frauen* als auch Männer*, sowohl in der Produktion, als auch der Reproduktion gleichermaßen tätig sind. Im übrigen eine Beobachtung, die auch für Fragen, die nicht an Hausarbeit gebunden sind, gelten kann, wie zum Beispiel die Betreuung von Kranken durch Krankenwärter[17]. Zum anderen kommt sie zu folgendem Schluss: »Diese unterschiedliche Stellung von Frauen und Männern in Bezug auf die Mehrarbeit und die zwei Komponenten der notwendigen Arbeit, die im Allgemeinen mit einem System männlicher Vorherrschaft einhergeht, beruht auf dem historischen Erbe der unterdrückenden Arbeitsteilung früherer Klassengesellschaften. Sie wird durch die besondere Trennung von Haus- und Lohnarbeit, die die kapitalistische Produktionsweise mit sich bringt, verstärkt. [...] Die institutionalisierte Abgrenzung der Hausarbeit von der Lohnarbeit vor dem Hintergrund männlicher Vorherrschaft bildet die Grundlage für eine Reihe mächtiger ideologischer Strukturen, die ein dynamisches Eigenleben entwickelt haben.«[18] Das heißt, der sich entwickelnde Kapitalismus trifft in der Phase seiner gesellschaftlichen Durchsetzung auf eine spezifische Struktur: die Familie. Oder wie sie Joan Kelly zitiert, die sagte, dass das »Patriarchat zu Hause zu Hause ist. Die Privatfamilie ist sein eigentliches Reich«.[19] Die Form, die Rolle der Familie, sowie die spezifische Ausprägung der geschlechtlichen Arbeitsteilung in den Familien und durch die Familien unterliegt historischen Bedingungen und ist an Fragen von Grenzkämpfen und dabei an die Anforderungen des Kapitalismus geknüpft.

Enteignung der Körper

Diesen Gedanken greift Fraser auf, wenn sie schreibt: »Sicher, der Kapitalismus hat die Unterordnung der Frauen nicht erfunden. Alle früheren Klassengesellschaften haben diese Unterordnung in verschiedenen Formen aufgewiesen. Der Kapitalismus hat jedoch neue, dezidiert moderne Formen des Sexismus geschaffen, untermauert von neuen institutionellen Strukturen.«[20] Gegenwärtig vollzieht sich mit der Flexibilisierung auch der klassischen Lohnarbeit eine erneute Anpassung: »Die geschlechterhierarchische Ordnung wird nicht aufgelöst, aber doch flexibel modifiziert. Dabei reagiert der Ehemann ›auf Anweisung‹. Auch wenn die Frau die Hauptlast der Reproduktionstätigkeiten trägt, kann sie im Bedarfsfall durchsetzen, dass der Ehemann gelegentlich bügelt, einkauft etc.« Darüber hinaus sprechen Dörre/Schubert von einer »neuen Verzahnung von Erwerbs- und Reproduktionstätigkeiten«.[21] Im Feld der bezahlten sorgenden Tätigkeiten sei auf ein konkretes Beispiel verwiesen: Die aktuell stattfindenden Auseinandersetzungen in Krankenhäusern, also die Frage welchen Arbeitsbedingungen die dort Beschäftigten unterworfen sind, trifft auf Strukturen geschlechtlicher Arbeitsteilung, die wiederum in ihrer Subjektivierung auf spezifische an dichotomen Geschlechterverhältnissen orientierten prägenden »Bildern« geknüpft sind. Die sich aufopfernde Krankenschwester, heißt sie nun Pflegekraft oder GuK, ist das Ergebnis einer Konstruktion, die für die Unter-

16 Vogel, Lise, Marxismus und Frauenunterdrückung. Auf dem Weg zu einer umfassenden Theorie. Münster 2019 (Hier handelt es sich um die deutsche Übersetzung des Titels aus dem Jahr 1983.
17 Mohan, Robin, Die Ökonomisierung des Krankenhauses. Bielefeld 2019 S. 147
18 Vogel, Marxismus und Frauenunterdrückung S. 221
19 Ursprünglich Kelly-Gadol 1975: The social Relation of the sexes: Methodological Implications of Women's History. In: Signs, 1: S. 821
20 Arruza/Bhattacharya/Fraser: Feminismus der 99%. Berlin 2019, S. 32f.
21 Dörre, Klaus mit Livia Schubert: In der Warteschlange, Münster 2021, S. 148f.

bezahlung und Arbeitsüberlastung durch die Arbeitgeber genutzt wird, aber nicht zwingend Voraussetzung ist. Arbeit im Krankenhaus auf den Stationen ist nicht zwingend »Frauenarbeit«. Sondern sie wird zur Frauenarbeit deklariert, um damit in einer sexistischen Geschlechterhierarchie am Ende die Bedingungen miserabel gestalten zu können und Widerstand zu unterbinden. Und nochmal deutlich: Hier handelt es sich nicht um einen Nebenschauplatz, sondern um einen zentralen Bereich der Neukonfiguration der sozialen Beziehungen im gegenwärtigen Bereich. Mit dem Mechanismus der Ressourcenentziehung werden die Grenzen der sozialen Reproduktion von der gesellschaftlichen Verantwortung in die individuelle verschoben.

Unter dem Begriff »Re- und Entkommodifizierung von Arbeitskraft« verbirgt sich etwas, das Frauen unmittelbar betrifft. Ein Großteil der Kosten der Reproduktion der Ware Arbeitskraft wird nicht mehr in Lohnbestandteilen abgegolten, sondern muss entweder mittels unbezahlter Arbeit in Haushalten oder durch das Einkaufen entsprechender Leistungen auf dem Markt wettgemacht werden. In beiden Fällen handelt es sich um einen Entzug von Ressourcen, die den Haushalten vormals für die Reproduktion ihrer Bewohnerinnen und Bewohner zur Verfügung standen. Ob das in Form unbezahlter Arbeit kompensiert wird, um die wegfallenden Leistungen des Staates aufzufangen, oder als zusätzliche Lohnarbeit, um die Leistungen teuer, da zunehmend ohne staatliche Unterstützung, auf dem Markt einzukaufen: In jedem Fall werden hier stillschweigend zeitliche und monetäre Ressourcen, die im Fordismus für die Reproduktion noch abgegolten wurden, angezapft, was – meist für Frauen – eine erhöhte Arbeitsbelastung zur Folge hat.«[22] An der nach wie vor bestehenden (mehrheitlichen) zugeschriebenen Zuständigkeit von Frauen für Sorge lässt sich ablesen, dass sich trotz des Wandels in den Geschlechterverhältnissen nach wie vor etwas halten muss, das diese Verbindung von Frauen und Sorge hartnäckig fortschreibt, und umgekehrt die Sorge trotz ihrer Enthebung aus dem familialen Privaten und weiblich Häuslichen nicht aufwerten konnte.[23] Anne Hartmann geht sehr grundsätzlich in ihrem Buch dieser Frage nach und bedient sich dabei psychoanalytischer Kategorien in einer feministischen Weiterführung von Lacan.



Auch hier konstatieren wir »Grenzziehungen«, die wir zu überschreiten haben, die einer sorgfältigen Analyse bedürfen. Wenn es stimmt, dass die nach wie vor starke Zuweisung von Care-Arbeit im weitesten Sinne an Frauen* von diesen selbst mitgetragen und gestaltet wird, weil es ihrer gesellschaftlichen »Vergeschlechtlichung« entgegenkommt oder entspricht, reicht es nicht aus, auf rein ökonomischen Kategorien die Frage der Unterbezahlung, Gender-Gap usw. anzugehen. Die Frage der Subjektivierung von »Frauen« muss feministisch ernst genommen und als Subjektwerdung, Empowerment oder ähnliches in den politischen und sozialen Kämpfen berücksichtigt werden.

Silvia Federicis Zugriff auf die Materialität und Körperlichkeit von »Frau-Sein« in der Geschichte legt offen, dass ein Prozess feministischer Emanzipa-

22 Soiland, Tove, Das Theorem der NEUEN Landnahme: eine feministische Rückeroberung, Denknetz, Jahrbuch 2013, S. 105
23 Hartmann, Anna: Entsorgung der Sorge. Münster 2020, S.157

tion neu gedacht werden muss. Federici bedient sich in ihrem Buch »Caliban und die Hexe«[24] der historischen Aufarbeitung der Hexenverfolgungen, um den Prozess der Enteignung von Frauen, wie es Fraser nennt, zu rekonstruieren und uns heute wieder zugänglich zu machen. Es geht ihr letztlich nicht um genaue historische Aufarbeitung, sondern darum, das historische Gedächtnis wiederzugewinnen, feministisch, d.h. wann, wie, weshalb, warum ist kapitalistische Produktionsweise darauf angewiesen, sich soziale und körperliche Ausdrucksweisen weiblichen Geschlechts anzueignen, im Sinne der Landnahme oder ursprünglicher Akkumulation. In Analogie zu Fraser hat Federici eindrücklich gezeigt, wie die kapitalistische Produktion, als sie ihren Siegeszug in der frühen Neuzeit begann, das Wirtschaften in Produktion und Reproduktion aufsplitten musste, um eine warenförmige Produktionsweise durchsetzen zu können. Die Macht der Frauen, die die Kontrolle über das Leben inne hatten, musste gebrochen werden und es wurde exemplarisch durchgezogen an allen Frauen, die sich ihrer gesellschaftlichen sozialen Enteignung nicht beugen wollten oder konnten, den sogenannten Hexen. Natürlich war dies kein bewusster Prozess. Die Frauenbewegung der 1980er Jahre hat diesen Femizid, Schätzungen liegen zwischen 300.000 und 2 Millionen in Europa, näher unter die Lupe genommen und erkannt, dass es damals um einen sehr weitreichenden Prozess der Entmachtung von Frauen ging.

Es gibt aber noch eine andere Art der Analyse, auf die Federici uns aufmerksam gemacht hat: Es geht um die Disziplinierung der Körper, wie es Foucault auch beschreibt, mit Beginn kapitalistischer Produktionsweise. Frauen als Hüterinnen und Wächterinnen des Lebens durch ihre Fähigkeit, Leben zu geben, standen in unmittelbarer Konkurrenz zum männlichen Prinzip, das Leben zu beherrschen durch die Mobilisierung aller Kräfte auf die Organisierung der Ökonomie und des Warentausches. Einem Nebeneinander beider Prinzipien Leben zu geben, war nicht vorgesehen. Der männliche Körper mobilisierte seine physischen Kräfte in den Markt und beanspruchte gleichzeitig die Hoheitsrechte über die physischen Kräfte von Frauen, um Leben in seinem Sinne kontrollieren zu können.

De facto läuft das auf eine einzigartige Entmachtung von Frauen als gesellschaftliche Vollmitglieder hinaus. Nicht dass Frauen im Mittelalter den Männern gleichgestellt waren, das wäre ein fataler Kurzschluss. An patriarchalen Strukturen war da nicht zu rütteln, aber dennoch gab es eine andere machtvollere Konstellation als heute, so paradox das klingen mag. Niemand will wieder zurück in die Frühe Neuzeit oder ins Mittelalter, weit gefehlt, aber indem man sich der Hexen erinnert, erinnern Frauen daran, dass es einen Kampf um die Hoheitsrechte des Lebens und Überlebens gab und bis heute gibt, und das Patriarchat erbarmungslos seine Vormachtstellung beherrscht, ausbaut und absolute Kontrolle über Frauen-Körper einzieht. Wenn an Hexen erinnert wird, zeigt man, dass Frauen Gegenmacht aufbauen wollen, mit ihren Körpern, die Frau sich nicht enteignen lassen sollten, politisch, ökonomisch, sozial, sexuell.

Feministische Internationale und Territorialisierung der Körper

Noch eine andere Feministin theoretisiert diesen revolutionären Prozess, der sich nicht in Sphären aufsplitten lassen sollte. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in der argentinischen Frauenbewegung und darüber hinaus in ganz Lateinamerika formuliert Verónica Gago[25] Voraussetzungen einer feministischen Internationale. Ähnlich wie Fraser, Federici u.a. stellt sie das bisher unsichtbar Gemachte in der kapitalistischen Produktionsweise in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, um einen anderen Zugang zu dessen Überwindung zu finden. Eine feministische Ökonomie deckt die Spaltung unseres Lebensvollzuges in Reproduktion und Produktion auf und holt die »verborgene Stätte« (Fraser/Wendy Brown) der Reproduktion, die »weiblich« konnotiert ist, an die Oberfläche als bedeutsam, relevant, etc.: Psyche, Sexualität, Ästhetik, Sprache, Vernunft, das Denken selbst, schreibt Gago. Feministische Ökonomie darf nicht in der Sphäre der Reproduktion als Gegenpol von Produktion verharren, sondern verschiebt »Grenzen«, öffnet »Grenzgänge«, um soziale Beziehungen nicht als Anhängsel von Leben, sondern Beziehungen als Ganzes existentiellen Seins auszuweisen. Das Kapital dringt in diese noch nicht vollständig kommodifizierte nichtkapitalisierte Welten (Landnahme) ein, im Sinne der Enteignung nach Fraser.

Gago geht es darum, das klassische marxistische Denken auf den Kopf zu stellen und kreativ neue

24 Federici, Silvia: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien, Berlin 2017 (4. Aufl.)

25 Gago, Verónica. Für eine feministische Internationale. Wie wir alles verändern. Münster 2021

Bahnen zu betreten, ohne marxistische Kategorien abstreifen zu wollen. Sie definiert Materialismus als einen Materialismus, der den Körper einbezieht, aber Körper nicht als »Maschine« aus Fasern und Muskelkraft, als organisches Material ganz im Sinne der patriarchalen instrumentellen Abspaltung, sondern Körper als Lebensvollzug nicht-organischer Phänomene. Sie schreibt: Leben ist ein nicht-organisches Phänomen, »in dem wir die Präsenz des Virtuellen im Wirklichen erkennen können«. Das hört sich sehr abstrakt und theoretisch an, aber es ist dann genauso abstrakt und theoretisch zu verstehen, dass Mehrwert nur virtuell ist, aber gleichzeitig etwas sehr Reales repräsentiert: Das Geld. Geld verbirgt den realen Gehalt von Körpern, die den Wert geschaffen haben. Im Kapitalismus fungiert Geld als »Kommandogewalt«, die über den Körper bestimmt und Handlungsmacht beansprucht. Körper sind Grundlage allen Mehrwerts, weil sie Arbeitskraft sind, weil sie Lebenskraft sind (S.136). Der Widerstand dagegen wird konfrontiert mit einer Dynamik, die jede Faser unserer Körper versucht zu »lesen«, um sie sich nutzbar zu machen. Diese Form der Vereinnahmung sozialer Beziehungen, von Wünschen und Begehren der Menschen ist nicht ohne Weiteres immer zu entschlüsseln. Diese Grenzverschiebungen zu erkennen, ist notwendiger denn je.



Migrationstag gegen G8, Rostock 2007

Gago führt hier den Begriff der »Territorialisierung« ein, der gut mit dem Begriff der Landnahme im oben definierten Sinne in Einklang zu bringen ist. Kapitalistische Produktionsweise zwingt in die Expansion, muss Grenzen der Verwertung verschieben. »Zu diesem Zweck muss das Kapital die Grenze zunächst durch eine Übertragung (ins Reale, Wirkliche, Erlebbare) verinnerlichen, [...] die sie zurückhält, kodifiziert, daran hindert, nach außen zu entkommen.« Es entstehen so andere Formen der Ausbeutung, so schafft sich das Kapital »ein existentielles Territorium – das Körper- Territorium« (S. 137), die erst als solche erkannt werden müssen. Ein so verstandener Materialismus geht von zwei Prämissen aus. Erstens: Subjektivitäten drücken sich in einer bestimmten Praxis aus, die auf Erfahrungen beruhen, die sie strukturieren. Sie sind nicht auf reines Bewusstsein oder Spiritualität reduzierbar, will sagen, dass subjektives Handeln auf intellektueller Ebene genauso Praxis darstellt wie mit den Händen zu »arbeiten«. Dies ist im Hinblick auf digitalen Kapitalismus, aber auch schon im Hinblick auf Corona, die menschliche Beziehungen auf eine zweidimensionale Ebene reduzieren wollen, ein interessanter Aspekt einer womöglich noch unerkannten Territorialisierung oder Landnahme. Gago versteht zweitens Produktion von Wert als eine Produktion von Existenz, wie es im marxschen Konzept der Arbeitskraft deutlich wird, die nicht endgültig in eine Ware verwandelt werden kann. Sie plädiert für einen Materialismus, der nicht abstrakt bleibt im patriarchalen Sinne, sondern für einen Materialismus, der nicht versucht, »Körper-Territorien« in sterile und unproduktive Körper des Geldes umzuwandeln (S.138).

Die Mechanik, von der wir eingangs gesprochen haben, muss die Unterjochung und Beherrschung von Menschen bzw. umgekehrt, die Befreiung von Entfremdung sozial und ökologisch durchbuchstabieren, um kapitalistischen Zugriff auf »Leib und Seele« zu verwehren. In einer revolutionären Bewegung muss daher zwangsläufig die Subjektwerdung von Frauen zentraler Ausgangspunkt sein.

Black Lives Matter. Die Frage des Rassismus, Postkolonialismus, Imperialismus

Ausgehend von der von Dörre beschriebenen sekundären Ausbeutungsbeziehungen möchten wir darauf eingehen, dass inmitten der kapitalistischen Zentren Sklav*innenfarmen z.B. in der Lebensmittelproduktion in Italien und Spanien errichtet werden: »Die neue Sklaverei, die sich bei weitem nicht nur in Südeuropa ausbreitet, ist die direkte Konsequenz der Abschottung an den Grenzen. Die Menschen, die es doch nach Europa schaffen, weil die Grenzen nicht hermetisch abgeriegelt sind, finden sich im untersten, am stärksten von Ausbeutung gekennzeichneten Segment des Arbeitsmarktes wieder. Sie können Ihre Rechte nicht einfordern und sind auf Gedeih und Verderb der Willkür ihrer Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen ausgesetzt. Es scheint in Europa ein unterschwelliges Einverständnis zu geben, dass die ungebetenen Flüchtlinge keine sozialen Rechte bekommen. Obwohl Migration in öffentlichen und medialen Diskursen vielfach abgelehnt wird, wird das mit ihr verknüpfte ökonomische Potenzial genutzt. Dabei ist es die systematische, rassistische Abwertung der Migranten und Migrantinnen, die ihre Beschäftigung zu menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen legitimiert und möglich macht.«[26]

Die Autor*innen stellen dabei auch klar: »Dabei ist der Rückgriff auf migrantische, unterbezahlte Arbeitskraft zur Finanzierung der westlichen imperialen Lebensweise kein humanitärer Notstand, sondern ein Produktionsmodell.«[27] In einem weiteren Beitrag an anderer Stelle in dem Buch verweist die Autorin darauf, dass an manchen Orten nun Frauen aus Rumänien den Beschäftigten Geflüchteten nachfolgen. Zu den sklavenhaltungsähnlichen Beschäftigungsverhältnissen kommt für sie noch die offene sexualisierte Gewalt hinzu: »Sie wurden systematisch sexuell missbraucht.«[28] Auf diese systematische Verschränkung Rassifizierung und Geschlechterhierarche weist auch Gilles Reckinger in seinem unzweifelhaft lesenswerten Buch »Bittere Orangen« hin, wenn er berichtet, dass die italienische Administration mit den rassistischen Kräften im Rücken dafür sorgt, dass im Norden weiblich gelesene Arbeitskräfte in Auffanglagern gesammelt werden und im Süden männlich gelesene Menschen, die von der afrikanischen Mittelmeerküste gen Europa aufgebrochen sind.[29] Staatlicher, aber ebenso populärer Rassismus ist damit keine »Einstellung« mehr, sondern die materielle Basis des Lebens für »Nicht-Deutsche«, »Nicht-Italiener*innen«, »Nicht-Weiße«.

In ihrem Manifest »Feminismus für die 99 Prozent« stellen die Autorinnen den Zusammenhang mit den Strukturen im globalen Maßstab her: »Der Kapitalismus hat, aus systematischen Gründen, stets Klassen rassifizierter Menschen geschaffen: Angehörige dieser Klassen werden ebenso wie ihre Arbeit entwertet und zum Gegenstand von Enteignung.«[30] Ganz allgemein beruht die kapitalistische Akkumulation auf einer gesellschaftlichen Kohäsion, die ohne politische Praxen, ohne lebensweltliche Milieus, ohne nicht-warenförmige soziale Praxen und persönliche Beziehungen sowie ohne die Existenz von nicht-kapitalistischen Produktionsweisen nicht gewährleistet wäre.[31] Dass es sich bei der Durchdringung der sozialen Strukturen entlang rassifizierter Segregierungen um ein brandaktuelles Phänomen handelt, macht uns die Einschätzung von Jennifer Dohrn und Eleanor Stein deutlich: »Während wir uns auf das zweite Jahr der Coronavirus-Pandemie zubewegen, werden wir selbst von dem Gespenst der sozialen Dimension dessen heimgesucht, was an der Oberfläche wie eine medizinische oder gesundheitliche Krise aussieht und uns von Regierung und Medien präsentiert wird. In Wirklichkeit ist es nur auf einer Ebene eine medizinische Krise. Die Covid19-Pandemie ist an ihrer Wurzel eine Krise der Globalisierung, eine Krise des Rassenkapitalismus, eine Krise des Kolonialismus, eine Krise der sozialen Organisation un-

26 Reckinger, Gilles, Hungerlöhne,Slums und Illegalisierung Köln 2019, S.10

27 Reckinger, Gilles, Hungerlöhne,Slums und Illegalisierung Köln 2019, S.11

28 Loeiro, Valentina, Italiens »andere Rosarnos«, in Reckinger, Gilles, Hungerlöhne, Slums und Illegalisierung Köln 2019, S. 135

29 Reckinger, Gilles: Bittere Orangen. Wuppertal 2018, S. 18

30 Arruza/Bhattacharya/Fraser: Feminismus der 99%. Berlin 2019, S. 59

31 Kohlmorgen, Lars: Regulation, Klasse, Geschlecht. 2004, S. 23

seres öffentlichen Gesundheitssystems. Es ist eine Krise der Behandlung und Pflege versus Dämonisierung und Mauerbau.«[32]

Die Frage von Mensch und Natur im gegenwärtigen Kapitalismus

Obwohl wir als Autor*innen dieses Textes die Frage des Verhältnisses von Mensch und Natur im gegenwärtigen Kapitalismus im wesentlich aus dem Blickwinkel der Ausgestaltung der sozialen Beziehungen, die sich aus diesem ergeben, betrachten, drängen uns die Veränderungen unserer Lebensumwelt dazu, aus systematischen Gründen die Ausprägung der Beziehung der Menschheit zur Natur durch die Dynamiken der kapitalistischen Produktionsweise im Sinne eines naturwissenschaftlichen Blickes zu betrachten. Wie gehen aus von der These, dass »Die heutige ökologische Krise [...] zwar nicht die erste in der Geschichte des Kapitalismus ist, doch sie ist sicherlich die bislang globalste und gefährlichste.«[33]

Wir als Personen aus der Interventionistischen Linke sehen uns mit der Herausforderung konfrontiert unsere Agenda für einen Systemwechsel, unseren Kampf für eine Ablösung des Systems der kapitalistischen Produktionsweise und seine hierauf gegründeten sozialen Verhältnisse dahingehend zu überprüfen, ob wir alle der Frage des Kampfes gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen höhere Priorität verleihen sollten. Andreas Malm formuliert es so: »Folglich finden wir uns geradewegs auf einem äußerst schmalen Grat wieder: auf der einen Seite ein unbeugsames business as usual, dass die Emissionen immer weiter in die Höhe treibt [...] auf der anderen empfindliche Ökosysteme, die in sich zusammenstürzen«.[34]

Materialistisch betrachtet entspricht die Zuspitzung der Frage unserer Haltung zum Klimawandel (als Synonym für die Zerstörung der Lebensgrundlage eines Großteils der Menschheit, wenn nicht sogar als Ganzes) der Infragestellung der Ordnung, die die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise dem Verhältnis von Mensch und Natur aufzwingt. Greifen wir hier auf die Methode der Betrachtung als Grenzkämpfe zurück, wie sie uns von Fraser angeboten wird, dann verstehen wir, dass es ebenso wie in Fragen der Geschlechterverhältnisse, als auch der Rassifizierung sozialer globaler Wirklichkeiten bei der »Klimafrage« um ein zentrales Verhältnis geht, in dem das kapitalistische System die Grenze der Ausbeutung der Natur im Sinne einer weiterhin ungehindert zugänglichen Ressource der Inwertsetzung zu definieren trachtet, und wir diese Grenze im Sinne einer Neuziehung zu verändern anstreben: »Die von mir genannten Grenzkämpfe entstehen nicht aus dem ›Innern‹ der Wirtschaft, sondern an den Orten, wo die Produktion auf die Reproduktion trifft, die Wirtschaft das Gemeinwesen berührt und die menschliche Gesellschaft auf die nicht-menschliche Natur stößt.«[35] Mit Blick auf das zu Beginn Gesagte, nämlich der Notwendigkeit, das Potential dieser Denkansätze für unser politisches Handeln auszuloten, treten wir dafür ein, eine theoretische Neubestimmung stetig zu diskutieren. Welche Schlüsse wir gemeinsam aus diesen Gedanken ziehen sollten, soll Gegenstand der Debatte im Rahmen unserer Tagung und daraus sich weiter entwickelnder Diskussionen sein.

32 Dohrn, Jennifer und Stein, Eleanor: Epidemic Response The Legacy of Colonialism, in: monthly review online: https://monthlyreview.org/2021/06/01/epidemic-response/

33 Arruza/Bhattacharya/Fraser: Feminismus der 99%. Berlin 2019, S. 63

34 Malm, Andreas: Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Berlin 2020, S. 76

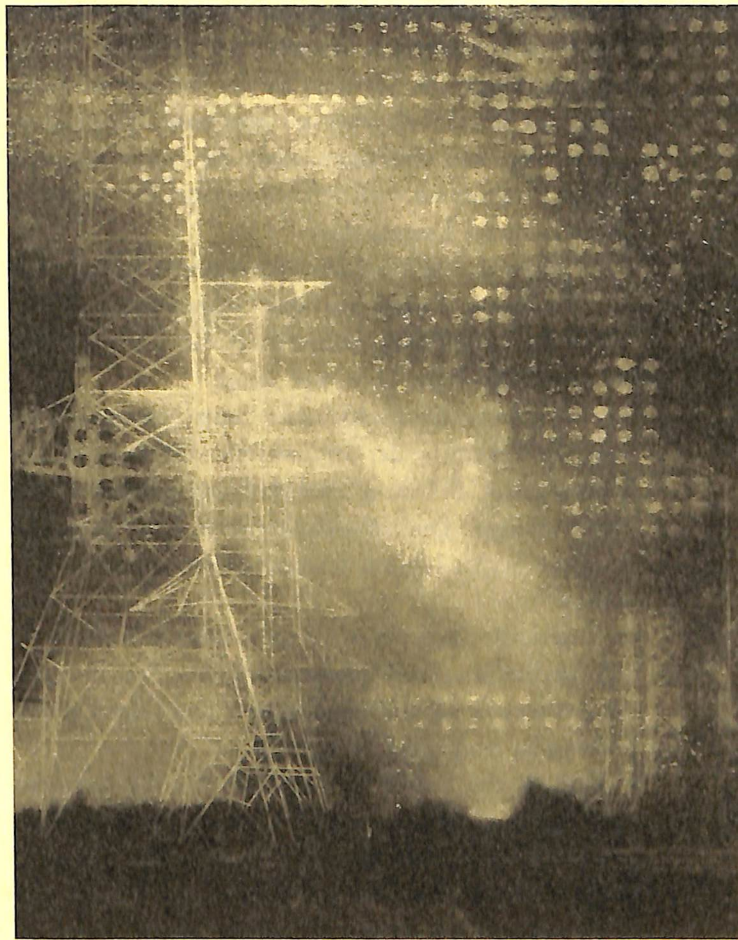
35 Fraser, Jaeggi S. 229

Ein neues Akkumulationsregime

Von Andreas

In der Vorbereitung zu dieser Tagung haben wir das, was im Moment geschieht, als Entstehung oder Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes bezeichnet. Was könnte das bedeuten?

In dem Begriff selbst ist mit Regime eine Regierungsform gemeint und zugleich ein Regelungs- und Ordnungssystem. Zweck dieses Systems: die Verwertung und Anhäufung von Kapital und dies unter sich verändernden Bedingungen. Nicht gemeint ist, dass die kapitalistische Grundfunktion aufgegeben wird: dass aus G schließlich G' werde. Im Gegenteil. Vielmehr ließe sich die Beschreibung der Funktion dieses Akkumulationsregimes darauf zuspitzen, unter Bedingungen, die nach einer grundlegenden Veränderung schreien, diese Veränderung zu verhindern. Und zwar so, dass partielle Anforderungen der Gegebenheiten in das Regime aufgenommen werden und zugleich einen Beitrag zu einer erweiterten Kapitalakkumulation leisten. Dieses neue Akkumulationsregime bewegt sich vor allem um ökologische Probleme und hier insbesondere die katastrophische Erderwärmung. Dieser Aspekt wird medial benannt und fließt in Regierungsprogramme ein, ist in diesem Sinne sehr sichtbar. Insgesamt aber ließe sich sagen, dass der Bezugspunkt der ganze Bereich der Reproduktion ist, so auf jeden Fall auch das, was der Begriff »Care« fassen will – worauf vor Kurzem Tove Soiland in einem Artikel in »neues deutschland« (»Der permanente Pflegenotstand«, »nd« vom 4. Juni 2021) sehr erhellend aufmerksam gemacht hat.



An vielen Stellen nehmen wir im Moment Veränderungsprozesse wahr. Auch Corona wirft ein Licht auf diese Prozesse. Um das Regime zu beschreiben, müsste man eine Vielzahl von Faktoren oder Stellschrauben benennen, die es als Regelungssystem konstituieren. Das Zusammenspiel all dieser Faktoren würde es dann ausmachen. Wir müssen uns also fragen: Was genau passiert im Moment mit dem Kapitalismus? Wie können wir dagegen vorgehen oder besser: intervenieren und radikale Positionen sowohl inhaltlich als auch aktivistisch stark machen?

Ich benenne – unvollständig – die wichtigsten Kennzeichen, die auch oberflächlich wahrzunehmen sind: die Notwendigkeit neuer Kapitalverwertungsmöglichkeiten; die fortschreitende Etablierung einer Dienstleistungsgesellschaft, in die zunehmend der ganze Care- und Reproduktionsbereich einbezogen wird; Roboter, KI und Digitalisierung; die Rolle der Wissenschaft; Ausnahmezustand und Repression; der Diskurs »sozialökologische Transformation«; die Veränderung der Geldware: Gold – Bargeld – Bargeldlosigkeit – Kryptowährungen; die noch nicht abgeschlossene neoliberale Vereinzelung der Menschen und die Individualisierung von Problemen; die Veränderung der Bildung hin zu reiner Ausbildung und das Ausmerzen von Kritik in Schule und Universität; technologisch-technokratische Lösungen für alle Probleme: vom Individuum bis hin zur Gesellschaft; die ideologische Vorbereitung der Menschen auf eine Dauerkri-

sensituation durch Resilienz; und: die Schlüsselrolle der Grünen

Es wäre sicher notwendig, sich alle diese Punkte genauer anzuschauen. Ich nehme den letzten, an dem man erkennen kann, wie die ökologischen Verwüstungen zum Hilfsmittel für die Etablierung einer neuen Dimension der Kapitalakkumulation werden könnten. Dabei ist vor allem entlarvend, wie nahe das Grundsatzprogramm der Grünen an der Industriestrategie 2030 des Wirtschaftsministeriums unter Altmaier ist.

Vier Aspekte charakterisieren die Industriepolitik dieses Programms, vielleicht erwartbar, aber vielleicht nicht in dieser Deutlichkeit.

1. Wachstum: »Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem«. Damit liegt das Grundbekenntnis vor. Wachstum und Markt sind Mittel zum Zwecke einer sozialökologischen Transformation.

2. Technologie: Deutschland ist Industriestandort und Nachhaltigkeit in der Industrieproduktion soll zur Verteidigung, Stärkung und Ausweitung dieser Position beitragen. Die sozialökologische Transformation wird mit technologisch-technokratischen Mitteln verzahnt.

3. Digitalisierung: Sie wird zum Schmiermittel und zur Verheißung und Bestimmung von Transformationsprozessen: »Die transformative Kraft der Digitalisierung ist ein großes Versprechen.«

Und 4. die Subjektproduktion, für die technologisch-technokratische Mittel zentral werden und Digitalisierung ein entscheidendes Instrument wird. Bildung wird auf Ausbildung reduziert und zu einem lebenslangen Prozess des lebensbegleitenden Lernens zum Erhalt der Employability und zur Absicherung des Humankapitals.

An der Ausrichtung grüner Industriepolitik lässt sich also gut erkennen, wie das Zusammenspiel innerhalb eines veränderten Akkumulationsregimes aussehen könnte. Fast unverhohlen wird unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit auch bei den Grünen die standortnationalistische Karte gezogen. Und im gleichen Atemzug wird identitätspolitisch argumentiert: Aktive Industriepolitik soll nicht nur in die »sozialökologische Transformation investieren«, sondern obendrein die »Gleichberechtigung der Geschlechter und nichtdiskriminierende Zugangsvoraussetzungen sicherstellen.« So weit genug.

Wie schon zu Beginn gesagt, könnte das Klimathema ein wichtiger Punkt sein, um die Logik eines sich entwickelnden neuen Akkumulationsregimes zu verstehen. An diesem Punkt treffen sich die kapitalistische Zerstörungslogik und die kapitalistische Antwort darauf. Eine umfassende Zertrümmerung (Walter Benjamin) von Mensch und Natur wird genutzt, um die kapitalistische Logik selbst voranzutreiben und als notwendig zu legitimieren. Dabei wendet der Kapitalismus einen Trick an: Es muss verhindert werden, dass die umfassende Zertrümmerung oder Zerstörung als Ganzes gesehen werden kann. Stattdessen gibt es Teilzerstörungen, die dann quasi isoliert betrachtet und vermeintlich bewältigt werden können. So, wie die Klimazerstörung einerseits nicht mehr übergangen werden kann, bietet sich andererseits die Möglichkeit, in ihrem Schatten Extraktionen, die Ausplünderung der Erde, aber auch des Menschen voranzutreiben. Die mediale Fokussierung auf das nicht zu erreichende Klimaziel lässt andere Formen ökologischer Verwüstungen in den Hintergrund treten. Ja, diese müssen sogar zum Erreichen von Klimazielen forciert werden. Mit dieser Argumentation werden immense Investitionsprogramme gerechtfertigt. Die Umstellung der weltweiten Automobilflotte auf Elektromobilität ist nur eines dieser Beispiele. Eine Infragestellung dieses Projektes innerhalb der vorherrschenden Diskurse ist geradezu unmöglich. Ohne dies hier zu tun, müssten daraus unbedingt klimaaktivistische Schlüsse gezogen werden.

Wenn es also richtig ist, von einem neuen kapitalistischen Akkumulationsregime zu sprechen, so gibt es etwas, das sich wie ein roter Faden hindurchzieht. Dieses Regime ist bis auf die Knochen technologisch-technokratisch. Das war schon immer so und ist nicht neu im eigentlichen Sinne. Neu aber ist, wie umfassend allein technologisch-technokratische Lösungen für alle Probleme als einzige zur Verfügung stehen. Wenn ökologische Zerstörungen durch kapitalistisch organisierte Produktionsverfahren entstehen, dann wird die jeweilige Antwort aus dem zur Verfügung stehenden Pool dieser kapitalistisch organisierten Produktionsverfahren genommen. Die Antworten auf den unterschiedlichen Ebenen haben genau diesen Charakter: die schon genannte Elektromobilität, die CO_2-Bepreisung, die Idee technologischer CO_2-Abscheidung, die Verordnung von Resilienz für Individuen, Städte, Finanzsystem. Innerhalb der herrschenden Logik eröffnen all diese Problemlösungen neue Felder, neue Anknüpfungspunkte der Kapitalverwertung, ohne sie infrage zu stellen. Im Gegenteil: Sie bekommt dadurch einen zusätzlichen Legitimationsschub. Zudem kann auf

diesem Wege die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit gesellschaftlicher Lösungen im Keim erstickt werden.

Zu all dem gibt es übrigens immer einen pseudoaktivistischen Gegenpart: Die Forderung! Der frühere Kohleausstieg; die höhere CO_2-Bepreisung, mehr Nahverkehr – all dies eingebettet in eine Schritt für Schritt voranschreitende sozialökologische Transformation, die, wie wir gesehen haben, bis in eine grünbürgerliche Mittelschicht hinein anschlussfähig ist. Auch Anschlussfähigkeit ließe sich als Teil des Akkumulationsregimes verstehen: dass alles Neue aus den Gegebenheiten abgeleitet wird und damit der Status quo auf die eleganteste und effektivste Weise reproduziert wird.

Was nun geklärt werden müsste, ist, welche Rolle die sich verändernde Geldware spielt und wie unter sowohl digitalen Bedingungen (Roboter) als auch auf dem Feld der Reproduktion (vom Carebereich bis hin zur Ökologie) Mehrwert produziert werden kann. Möglicherweise muss die klassisch marxistische Vorstellung von der Ware, der durch die Ware Arbeitskraft Mehrwert hinzugefügt wird, erweitert werden. Was auf der Hand liegt, ist, dass der nihilistische Prozess des Geld heckenden Geldes in einer rein technologisch-technokratischen Vernunft seinen perfekten Gegenpart besitzt. Neben den Bemühungen darum, solche Prozesse besser zu verstehen, brauchen wir auch an dieser Stelle aktivistische Antworten: Wie und wobei sehen wir uns auf der Straße?

Programm Samstag 3. Juli 2021 (Teil 2)

Überall Subjekte! Neoliberales Subjekt, Corona-Biedermeier-Subjekt, aber wo und wer sind die revolutionären Subjekte?

Unsere Sehnsucht nach dem Ende der ganzen ausbeuterischen Kackscheiße trieb uns in die IL und treibt uns weiter an. Aktuell scheint es aber so, dass die Sehnsucht nach der Freiheit, nach Befreiung neoliberal verkümmert. Das hat fatale Folgen: Angebliche Effizienz- und Erfolgskriterien aus den neoliberalen Bildungs- und Arbeitsregimen werden durch Teile der radikalen Linken inkl. Teilen der IL unkritisch übernommen und ihre Herrschaftssprache reproduziert. Das Bedürfnis nach Aufrichtigkeit, nach Herrschaftsfreiheit verkommt zum Habitus. Revolutionäre Ungeduld banalisiert sich in Transformationsvorstellungen, vom Begehren nach unerbittlichem Antagonismus keine Spur. Wie können wir das neoliberale Subjekt in uns bekämpfen, einer Politik der 1. Person Bahn brechen? Und wo bzw. wie sind die Orte beschaffen, die uns befähigen immer wieder revolutionäre Subjekte zu werden? Und wer sind eigentlich die Subjekte (auch global gedacht), die das Potential haben mit uns die Revolution vorzubereiten und durchzuführen? Oder ist diese Überlegung bereits ein Rückfall ins 19./20. Jahrhundert? Und zu guter Letzt und schlimm genug müssen wir uns auch mit dem neuen Corona-Biedermeiertum auseinandersetzen, welches zwischen neoliberalem und autoritär wohlfahrtstaatlichen Denken changiert und von uns noch verstanden werden muss, wollen wir auf Höhe der Zeit in der neuen Epoche der Pandemien handeln.

Das neoliberale Subjekt für das neue Akkumulationsregime im Digitalen Kapitalismus

Von Barbara

Einleitung

Warum beschäftigen wir uns überhaupt mit »Subjektivität« und in besonderer Weise mit neoliberaler Subjektivität? Eine Binsenwahrheit: Weil wir davon ausgehen, dass wir Menschen Gesellschaft bilden und wenn wir Gesellschaft verändern wollen, dass wir erstens dies nur genau mit den Subjekten zusammen tun können, mit denen wir zusammenleben und zweitens, dass wir natürlich nach denselben Grundmustern gesellschaftlicher Subjektivität ticken, wie alle anderen auch, nur dass wir zu ihnen in einem kritischen Verhältnis stehen.

Wir sind der Meinung, dass es eine tiefgreifende Krise der Linken gibt, die wir in ihrem Ausmaß noch nicht erfasst haben. Diese Tagung sehen wir als Versuch, sich kollektiv darüber zu verständigen, vielleicht gemeinsam Begriffe zu entwickeln, die uns helfen, die ablaufenden Prozesse zu »begreifen« und auf dieser Basis strategische Linien und entsprechende Praxisformen zu finden. Corona hat wie ein Brennglas sichtbar gemacht, wie unsere Gesellschaft auf Zukunft hin von den herrschenden Eliten gestaltet wurde, welche Bedingungen schon da sind und wie sich Zustimmung erworben wurde. Das ist sehr allgemein formuliert, wir meinen damit gesellschaftliche Spaltungen und globale Spaltungen in nie erreichtem Ausmaß, womit sich andere Beiträge hier noch eingehender beschäftigen werden. Und es gibt eine Linke, die sich zum großen Teil in Corona weggeduckt hat, ohne gesellschaftliche Widersprüche aufzuzeigen. Stattdessen war und ist sie im Gefolge autoritärer Zurichtung der Menschen letztlich, so unsere Behauptung, »artiger« und folgsamer als alle anderen. Ein Desaster und, wir glauben, nicht wieder einzuholen. Und das hat, so unsere Beobachtung, auch etwas damit zu tun, wie das neoliberale Subjekt und insbesondere das linke Subjekt im Neoliberalismus »tickt« und dabei versagt, diesem System den Garaus zu machen, weil es die Bedingungen dafür selbst verschüttet hat.

Das heutige Subjekt ein Ausdruck postmodernen Seins

Den Subjektbegriff benutzen wir in Abgrenzung zum Begriff der »Identität« und sogenannter Identitätspolitik. Mit Identität meinen wir in der Regel eigene Zuschreibungen von Eigenschaften, »Haltungen« in Bezug auf Geschlecht, Verhalten und Lebensgestaltung. Im Hintergrund steckt hier eine Kritik am Performanzbegriff von Judith Butler, der in seiner popularisierten Form zu ermöglichen scheint, seinen individuellen gesellschaftlichen Ausdruck eigenverantwortlich gestalten zu können, zu verändern, einzufordern, wie auch immer. Unsere Ablehnung, hier kurz zusammengefasst, besteht darin, dass die Ausbildung von »Identität« nicht beliebig zu steuern ist, sondern einer Vergesellschaftung unterliegt, die individuell nicht beherrschbar ist. Wer dies behauptet, setzt sich der Bewusstlosigkeit einer unsichtbar gemachten Beherrschung aus. Stattdessen halten wir demgegenüber den Subjektbegriff für geeignet, die Komplexität von Subjektivierung zu erfassen. Von Beginn unserer Existenz an werden wir, das Unterbewusstsein eingeschlossen, so konditioniert, dass unser Selbstbewusstsein in Bezug auf geschlechtliche Orientierung, Persönlichkeitsentfaltung und Fähigkeit, auf ein menschliches Gegenüber Bezug zu nehmen, strukturiert wird. Diese Überlegungen werden von der Ljubljana-Schule um Žižek, in Weiterführung von Lacan und feministisch von Tove Soiland im deutschsprachigen Raum entfaltet, würden hier allerdings den Rahmen sprengen. Ein Missverständnis wäre es, dies als Determinismus zu begreifen, dem man nicht entrinnen könne. Das Gegenteil ist der Fall. Bewusstsein als Linke davon zu haben, in welcher Weise unsere Art und Weise zu denken, zu fühlen, zu lieben gesellschaftlich unterworfen wird, macht es uns erst möglich, strategisch dagegen zu leben und zu wissen, welche »Fallstricke« neoliberaler Subjektivierung uns hindern, eine befreites Leben zu führen, das noch zu bestimmen wäre.

Eine Binsenwahrheit für Linke ist es ebenso, dass es kein unverrückbares »Wesen« des Menschen gibt, das ist unser Ausgangspunkt; Zuschreibungen wie »der Mensch ist gut«, »der Mensch ist schlecht«; »der Mensch denkt nur an sich selbst« usw. sind Kategorien, die seit Aufkommen des aufgeklärten Denkens Philosophen beschäftigt haben. Die bis heute virulente Auseinandersetzung zwischen Hobbes und seinem »Leviathan« und knapp 100 Jahre später Rousseaus Gesellschaftsvertrag, ob wir Menschen in der Lage sind, ein gutes Leben für alle zu organisieren, bestimmt untergründig gesellschaftliche Debatten bis heute und sollte uns bewusst sein. Aber sie werden in jeder Etappe gesellschaftlicher Entwicklung womöglich anders geführt und müssen, wenn wir einen revolutionären Umsturz wollen, von uns entziffert werden.

Unser Ausgangspunkt ist ein Bewusstsein von Freiheit, dagegen Herrschaft und Kontrolle durch die herrschende Klasse abstreifen zu wollen und Gesellschaft selbstbestimmt zu gestalten im Interesse eines guten Lebens für alle – und zwar überall.

Wir gehen im Folgenden davon aus, dass jede kapitalistische »Etappe« ein spezifisches Subjekt braucht, um erfolgreich die ökonomische Organisation und Reproduktion zu gewährleisten, die im Kapitalismus Profit abwerfen muss. Viel ist schon dazu geschrieben worden, wie die Menschen in der Frühindustrialisierung zugerichtet werden mussten, um als »Lohnarbeiter/in« funktional zu sein. Die sogenannte Fabrikordnung legt davon beredtes Zeugnis ab.

Wir vertreten im folgenden Beitrag die These, dass die Ablösung des Fordismus durch den Postfordismus bzw. Neoliberalismus seit den 1970er Jahren eben in dieser Weise einen Wandel der ausbeutbaren Subjekte verlangte. Eine andere Produktionsweise verlangt andere Subjekte. Unter dem Begriff der Postmoderne lassen sich die Merkmale seit den 1980er Jahren beschreiben, zeigen aber jetzt erst in ihrer allgemein durchgesetzten Implantierung ins alltägliche Bewusstsein ihre volle Entfaltung: »Für Jean-Francois Lyotard hieß Postmoderne einerseits, dass die Leitideen, durch die sich die Moderne bestimmte, ›Vernunft, Repräsentation, Geschichte‹ an ihr Ende gekommen sind, andererseits aber auch, dass ein Übergang vom Materiellen zum Immateriellen stattfindet, das heißt, alle Gegenstände und Tatsachen verwandeln sich in Nachrichten und Bilder über sie, hinter den vielfältigen Oberflächen und Vorhängen gibt es keine eigenständige, hintergründige Realität mehr. Die wachsende Last der Zeichen entlädt sich in reißenden Informationsströmen, die das hörige und damit unmündig gemachte Individuum überfluten. Menschen, Ereignisse, Landschaften werden in Informationen verwandelt, damit allgegenwärtig und verschwinden so im zum Bild gewordenen Urteil über sie. Die Aufhebung der Wirklichkeit ist das Wirkliche. Hand in Hand damit geht der von Lyotard näher beschriebene Prozess der Entqualifizierung des Wissens: An die Stelle der Argumentation tritt die Information, an die Stelle von Reflexion das Einsortieren von Wissensware, an die Stelle des Denkens des Zusammenhangs die Montage austauschbarer Formelemente.«[36]

Corona hat gezeigt, welche Dimensionen eigentlich schon erreicht und nun sichtbar wurden. Julia Dück hat in ihrem Beitrag »Mehr als Erschöpfungen im Hamsterrad - Soziale Reproduktion und ihre Krise(n)« in dem von ihr mitherausgegebenen Sammelband »Plattformkapitalismus und die Krise der sozialen Reproduktion«[37] herausgearbeitet, inwieweit die Reproduktion des Kapitals sowohl die Reproduktion der sozialen Verhältnisse im Blick hat als auch die Reproduktion der Produktionsmittel. Geht es ihr vor allem vordergründig aus feministischer Perspektive um die Reproduktionsverhältnisse der sogenannten Sorgearbeit, liegt ihr Blick aber hintergründig auf der Zurichtung der Subjekte, die notwendig ist, um ein neues profitableres Sorgesystem durchzusetzen. Es braucht ein neues Ethos, was Pflege im sozialen Sinne darstellt. In unseren Köpfen, und zum Glück ist das wohl nicht so einfach zu tilgen, umfasst Pflege Zuwendung, menschliche Nähe, Liebe usw. Dies soll ersetzt werden durch »Professionalität«, was Organisationsgeschick und Zeitmanagement in Form von Algorithmisierung, Modulisierung, Messbarkeit allgemein ausmacht, ersetzt werden. Julia Dück bezieht sich auf Louis Althusser, wenn sie sagt, es bedarf gesellschaftlicher Institutionen; Althusser nennt sie »ideologische Staatsapparate« – durchaus im umfassenderen Sinne wie z.B. Familie –, die diese Denkweise implantieren und durchsetzen. Es geschieht nicht von allein. Unsere kritische Aufgabe besteht darin, diese Transmissionsriemen als gesellschaftlich bedeutsam politisch

36 Füssel, Kuno: Zwischen Moderne und Postmodernismus. Kritik der postmodernen Verblendung. In: Mystik und Politik. Theologie im Ringen um Geschichte und Gesellschaft, hrsg. von Edward Schillebeeckx. Johann Baptist Metz zu Ehren, Mainz 1988, S. 118-130

37 Altenried, Moritz; Dück, Julia; Wallis, Mira (Hrsg): Plattformkapitalismus und die Krise der sozialen Reproduktion, Münster 2021

zu identifizieren und anzugreifen. Wir haben dieses Beispiel mit der Krise der Carearbeit bzw. der Reproduktion gewählt, weil es in aller Munde ist und daher schnell nachvollziehbar, worum es geht.

Im Folgenden versuchen wir die Zurichtung der Subjekte, die auch für uns Linke substantiell ist und womöglich, so unsere Behauptung, radikale linke Politik vor Probleme stellt, in den Blick zu nehmen und funktionale »Eigenschaften« des neoliberalen Subjekts zu beschreiben.

Der ideologische Staatsapparat par excellence für Subjektivierung ist natürlich unser Bildungssystem, das wir alle durchlaufen und dem man kaum entrinnen kann. Aber hier sollten wir es mit Adorno halten: »Es gibt kein richtiges Leben im falschen«, aber es ist kein unentrinnbares Schicksal. Es geht darum, der Widersprüche gewahr zu werden und sich dazu zu verhalten als Kollektiv mit Bestimmung dessen, was wir als gutes Leben für alle wollen. Wie schreibt Verónica Gago in ihrem Buch »Für eine feministische Internationale. Wie wir alles verändern«[38], »dass dem Wunsch ein kognitives Potential innewohnt«. Nehmen wir also unser Begehren nach einem anderen Leben ernst, so verstehen wir sie.

Zusammengefasst geht es darum, zu sehen, wie wir selbst im Prozess sind, einer veränderten Produktionsweise unterworfen zu werden, einem anderen Akkumulationsmodell, Digitaler Kapitalismus, der in einem wechselseitigen Prozess spezifische Subjekte hervorbringt, wie er sie braucht und wie umgekehrt die Subjekte sich in ihm zurechtfinden müssen oder wollen.

Im Folgenden wollen wir das neoliberale Subjekt und seine Eigenschaften skizzieren a) im oben genannten Sinne als Gegenüber und b) aber als unsere ureigene Konstituierung, die unser politisches Handeln bis in die tiefsten Tiefen bestimmt. Zunächst betrachten wir die formalen Strukturen.



Bildung als ideologischer Staatsapparat und die Abwesenheit eines großen Teils der Linken

Die Einziehung neoliberaler Subjektivierung passiert natürlich nicht einfach so als Naturgesetz; das muss man uns nicht sagen. Nachzuweisen an Veröffentlichungen können wir es seit 2000 etwa, Konzepte der SPD vom »Lebenslangen Lernen« machten die Runde, aber vor allem anhand des Bolognaprozesses und dessen Papieren, die einheitlich in der EU eine gemeinsame »Bildungsreform« durchsetzen wollten und es auch geschafft haben, vor allem an Schulen und Universitäten, ganz nach den Bedürfnissen der damals heraufziehenden Produktionsweise. Der Umbau des Universitätswesens ist abgeschlossen. Von der Universität

38 Gago, Verónica: Für eine feministische Internationale. Wie wir alles verändern, Münster 2021

ist, von Ausnahmen abgesehen, nichts mehr an Gesellschaftskritik zu erwarten. Die moderne Sachbearbeiterin der Zukunft hat ein Studium in Kommunikationswissenschaften komplett inhaltsleer absolviert und lebt im Bewusstsein, studiert und daher am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu sein. Ihr Arbeitsplatz ist beliebig, ihre Qualifikation rein formal, sie muss kompetent und professionell sein, das reicht. Das Kompetenzmodell gibt es in allen europäischen Staaten, vorneweg Schweden, was wegen seiner Innovationsfähigkeit gefeiert wurde. Ebenso ist hier die PISA-Studie der OECD zu nennen, die einen relevanten »Neoliberalisierungsschub« geleistet hat.

Die Standardisierung im pädagogischen Bereich lässt sich seit den 1990er Jahren beobachten. Im Interesse angeblich größerer Transparenz, angeglichener Qualitätsstandards, die für mehr Vergleichbarkeit und damit mehr Gerechtigkeit sorgen sollten, wurde die angebliche Professionalisierung vorangetrieben. Wichtiges Instrument war und ist immer noch die sogenannte Steuerungsgruppe. Das Kind wird zum Objekt einer perfekten Bildung, deren Umfeld adäquat organisiert sein muss: Das Umfeld entscheidet über eine gute Entwicklung. Dass dies ein Einfallstor ist für kommerzielle Interessen, diesen Bedarf zu decken, liegt auf der Hand. Krippe, Kindergarten, Hort werden entsprechend umbenannt in Familienzentrum, Mehrgenerationenhaus, Kompetenzzentrum, Service Center usw. Vergleichskriterien halten Einzug mit »Portfolios« usw., die schon früh das Kind auf »Kompetenzerwerb« als Konkurrenzprinzip einstellen. Die Erzieherin, vergleichbar mit der Lehrerin, wird zum Coach, zur Lernbegleiterin, die organisatorisch koordiniert und diverse Angebote parat hält. Sind alle Lebensbereiche standardisiert und kontrolliert durch ein unsichtbares Helikoptersystem von »ExpertInnen«, dann ist gesellschaftliche Kontrolle total. Die Trennung zwischen zahlungsfähigen und nicht zahlungsfähigen Eltern, die sich dem vielseitigen Beratungs- und Organisationssystem – nach dem Motto: für mein Kind nur das Beste – bedienen, ist schnell begriffen. Hier wurde ein neues Paradigma, was kindgerechte moderne Erziehung zu leisten hat, schon längst durchgesetzt, so unsere Behauptung: kein Schonraum für Kinder, ihre Bezugspersonen im Dauerstress der Professionalisierung und Dokumentation der sogenannten Lernfortschritte, die Kindergärten und weiterführend die Grundschulen als neoliberale Kaderschmiede unter Ausschluss aller unproduktiven Subjekte. Sollte jetzt ein dadurch aufgeschreckter Vater meinen, »wie gut, dass mein Kind nicht in eine Einrichtung geht«, können wir nur antworten, dass Helikoptereltern der Mittelschicht in der Tendenz ungleich höher gefährdet sind, ihre Kinder neoliberaler Verwertungs- und Effizienzlogik auszuliefern als in den Kindertagesstätten.

Kritische Soziologie hat tatsächlich schon früh die neoliberalen Umbauten der Strukturen in den Universitäten in den Blick genommen. Stichworte seien hier Kritik an der »Drittmittelfinanzierung« als Aushöhlung der unabhängigen Forschung, Stellenabbau, etc. Grundsätzliche Kritik am Bolognaprozess oder an den PISA-Studien waren dagegen rar, zumindest wenn man öffentliche Publikationen der GEW zum Maßstab nimmt. Stattdessen nutzte man die Kritik am Bildungssystem, um auf soziale Ungleichheiten aufmerksam zu machen, was wir ja auf keinen Fall ablehnen. Die Widersprüchlichkeiten der neoliberalen Bildungsoffensive und ihre nur scheinbare »Modernität« im Erziehungs- und Bildungssystem insgesamt wurden erst spät analysiert. Werfen wir nun einen Blick auf das (linke) Individuum.

Wie funktioniert das neoliberale Subjekt?

1. Das neoliberale Subjekt ist ein Individuum, das keine Gesellschaft kennt oder braucht. Maggy Thatchers Slogan »There ist no society, only family« hat sich als Standard in unserer Gesellschaft durchgesetzt. Jahrzehntelange Erfahrung im Bildungsbereich belegen mittlerweile – in Abgrenzung zu den 1980er Jahren als Resultat der 1968er Bewegung und der sogenannten Bildungsreform –, dass Jugendliche als wichtigsten Bezugspunkt ihrer Lebensgestaltung ihre eigene Familie sehen bzw. entsprechend eine eigene Familie gründen wollen.

Dazu gehört auch, Geschichte als Erinnerung an vorangegangene Kämpfe zu entsorgen bzw. grundsätzlich überflüssig zu finden. Wie Ernst Bloch sagte: Eine Gesellschaft, die keine Vergangenheit kennt, kennt auch keine Zukunft. Alles bleibt immer so, wie es war. Die dreiste Aufforderung des Postmodernismus, die unterstellte Perspektivenlosigkeit zukünftiger Geschichte und selbstbewirkter Chancenlosigkeit aufgeklärter Vernunft einfach hinzunehmen und sich darin einzurichten, kommt hier zum Tragen. Dadurch wird man beherrschbar, weil ja nur noch die Gegenwart zählen kann. Alles, was glücklich machen kann, muss in der jeweiligen subjektiven Lebenszeit geschehen.

Natürlich bzw. zum Glück gibt es immer wieder Andersdenkende, sonst gäbe es uns hier ja auch nicht. Aus diesem Grund finden wir auch FFF als Repräsentant einer Jugendbewegung wichtig, weil sie ein Indikator dafür ist, dass in Gestalt der Klimakatastrophe ein nicht individuelles Gestaltungsmoment in den subjektiven Horizont Jugendlicher gerückt ist.

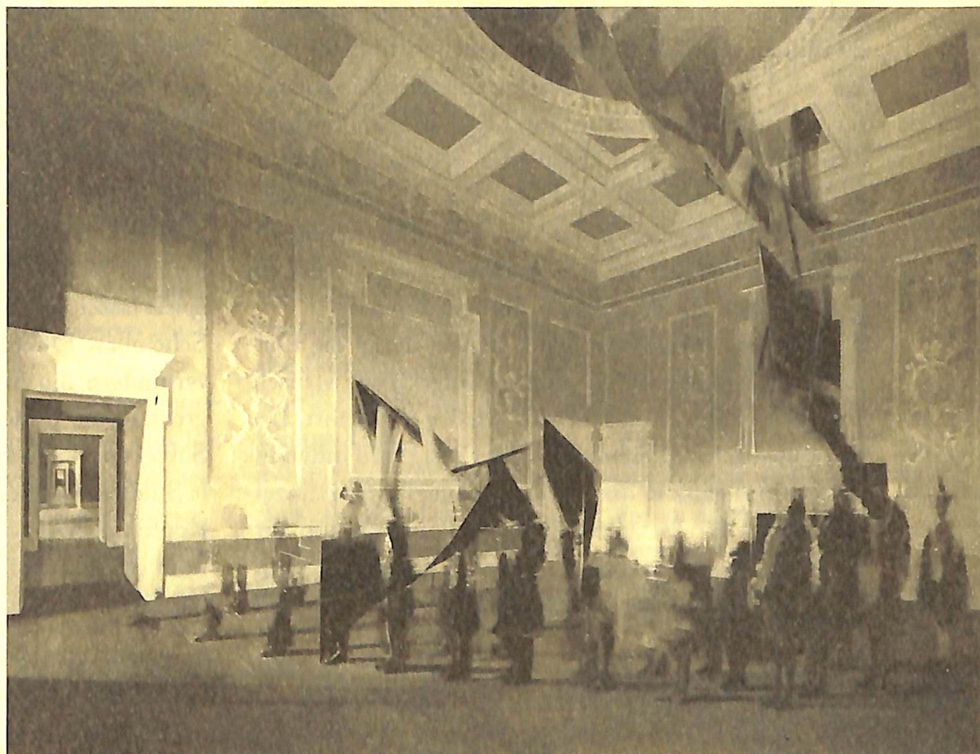
In Bezug auf linke Politik führt Geschichtslosigkeit zu Aktionismus im schlechten Sinne und zu einer Verwechselung von Politik mit Moral. »Ich gehöre zu den Guten.« Die Position ist zwar aus linker Perspektive sinnvoll gesetzt, aber es fehlt ihr an strategischer Bestimmung.

Wo findet sich dieses Bewusstsein bei Teilen der Linken wieder? Oberflächlich gesehen haben linksorientierte Menschen ein kritisches Verhältnis zur Gesellschaft, die es zu analysieren und zu verändern gilt. Was unserer Meinung nach aber immer weniger aufscheint, ist ein utopischer Horizont als radikale Kritik am Bestehenden, »das ganz Andere« zu denken und darauf hin zu leben. Es geht zwar um gesellschaftliche Veränderung, aber, so unsere Kritik, in einem eingehegten Rahmen, der unmöglich die kapitalistische Produktionsweise überwinden kann. Realpolitisch findet sich dieses Denken als Sozialdemokratisierung wieder, was ja schon seit Rosa Luxemburg vor gut 100 Jahren auf den Begriff gebracht wurde. Was soll daran neu sein? So what? Neu daran ist die Tiefendimension, in seiner Totalität nichts anderes als das Bestehende denken und fühlen zu können. Träume und Wünsche, Begehren nach einem anderen Leben entbehren jeglicher Realität im neoliberalen Subjekt. Man könnte jetzt fragen, ob das je anders war. Wir behaupten, die aktuelle Subjektivität lässt bedeutend weniger Spielräume als früher.

Kuno Füssel macht fünf Strategien postmodernen Denkens aus, das Geschichtsvergessenheit postuliert, die er bei ihrem Protagonisten Lyotard nachweislich findet. Drei seien hier genannt.

Die erste Strategie fällt zusammen mit der Art, wie Lyotard die Postmoderne definiert: Die Ideen der Moderne kann man vergessen. Alles ist nur Oberfläche. Auch die gute alte Materie ist nur eine Zwiebel, das heißt, sie besteht nur aus übereinanderliegenden Häuten und Schalen. Das Erscheinende ist ohne Wesen.

Die zweite Strategie des Vergessenmachens ist es,



alles infrage zu stellen. Das macht das Fragen nicht wertfrei, sondern wertlos. Beliebigkeit stellt sich vor die neuen Perspektiven. Gleiche Gültigkeit von Allem und Jedem bewahrt vorhandene Ruhe und Ordnung, denn sie ist weder schlechter noch besser gegenüber anderen Möglichkeiten der Zukunft: und darum besser als die Zukunft.

Die dritte Strategie des Vergessenmachens besteht darin, dass alles, was zwischen In-Put und Out-Put, innerhalb und während des Produktionsprozesses unter gesellschaftlichen Austauschverhältnissen geschieht, als uninteressant erklärt wird. Was zählt, ist nur das in möglichst vielen Strukturen möglichst allseitig verwendbare Resultat. Vergessen wird, wie und von wem gesteuert wird, aber auch, was das Dazwischen an ungenutzten produktiven Möglichkeiten enthält.

2. Die Reduktion auf individuelle Existenz hat zur Folge, dass das Individuum zu jeder Tages- und Nachtzeit für sich selbst verantwortlich ist. Ehemals fort-

schrittliche Pädagogik der 1970er und 1980er Jahre, z.B. »sei dein eigener Chairman«, gedacht als Ermächtigung zu selbstbewusstem Handeln, wird hinterrücks zu einem Unterdrückungsmoment unentrinnbarer Verantwortungsübernahme für alles und jedes. Ein radikales Zurückgeworfensein auf sich selbst, in unendlicher Einsamkeit, ist die Folge. Für linksorientierte Subjekte steckt darin eine ungeheure Herausforderung, sich für alles und jedes dann tatsächlich verantwortlich zu fühlen, bis diese Bürde womöglich nicht mehr tragbar wird und in unseren Organisationen zu sogenannten Auszeiten führt, Burnout, Depressionen, Suchterkrankungen oder den kompletten »Ausstieg« aus linker Politik. Auch hier die Frage: War das nicht schon immer so? Wir sagen, ja das kann sein, aber womöglich aus anderen Gründen, z.B. unbewältigten Konflikten, persönlichen Zerwürfnissen, Resignation usw.

3. Auf diese Weise wird ganz gemein durch die Hintertür die Moralkeule, die man als aufgeklärter Mensch von heute auf keinen Fall will, wieder eingeführt. Du bist selbst schuld! Scheitern oder Erfolg wird individualisiert und ganz in die Verantwortung des/der einzelnen gelegt. Ein Beispiel aus der Schulpraxis, um aufzuzeigen, wie früh dieses Verhalten antrainiert wird, sind die sogenannten Schulverträge. Das Kind willigt



Castor Schottern, Wendland 2010

ein in die Schule einzutreten und hat für die Folgen Verantwortung zu übernehmen. Die politische Dimension des Schulsystems verschwindet. Wichtig ist zu verstehen, dass es nicht möglich ist, im Kollektiv sich gegenseitig zu entlasten, indem sozusagen additiv alle Schuld, alles Versagen kollektiv zusammengeworfen wird, nach dem Motto: geteiltes Leid, ist halbes Leid. Stattdessen handelt es sich um einen unauflösbaren Widerspruch, den jedes Subjekt nur aushalten, aber nicht auflösen kann, solange nicht die Entfremdung durch die Warenproduktion kapitalistischer Gesellschaften überwunden sein wird. Neoliberal, nochmal wiederholt, ist daran, dass das Versagen oder die Schuld dem Subjekt nicht äußerlich bleibt, gegenüber steht, sondern in ihm selbst das Gewissen strukturiert.

4. Gewalt im Sinne von Kontrolle, Herrschaft oder Zurichtung wird unsichtbar gemacht, indem der Rahmen, in dem gelernt oder gearbeitet wird, niemals Gegenstand der Kritik wird. Das System ist quasi alternativlos. Wir reden hier von Schule, aber diese Beispiele lassen sich auf Betriebe, NGOs usw. übertragen. Scheinbare Offenheit, Durchlässigkeit und Pluralität verhindern die Sicht auf Undurchlässigkeit und Begrenzungen. Daher sind Verbote überflüssig, weil das Subjekt sich selbst geißelt. Foucault hat dazu wertvolle Studien vorgelegt, wie die Zensur des Königs in die Köpfe der Menschen hinein verlegt wurde. Es bleibt undurchschaubar, wer den Prozess steuert. Nachzuprüfen ist dies übrigens anhand der sogenannten Richtlinien der 1980er Jahre im Vergleich zu den heutigen sogenannten Kernlernplänen. Gab es in den Richtlinien noch mehrere Seiten Vorwort mit einer Zielformulierung auf problemorientierten Unterricht bzw. Erziehung junger Menschen zur Mündigkeit und zu gesellschaftlicher Verantwortung, egal wie wenig ernst dies schon damals gedacht war, erscheint im nun auf eine halbe Seite geschrumpften Vorwort der Bildungsministerin das Wort »Gesellschaft« gar nicht mehr. Die Rede ist nun vom »Gemeinwesen«.

5. In Weiterführung zu oben geht es darum, das System so zu verinnerlichen, dass es, wie gesagt, alternativlos daherkommt. Die Leistung des Subjekts besteht darin, sich im Rahmen des Systems bewegen zu können, die Regeln zu kennen und sich darin zu behelfen. Ein Bei-

spiel aus der Berufsschule: Es geht im Unterrichten von Kfz-Lehrlingen (die nicht mehr so heißen) nicht mehr darum, im Kopf zu haben, wie ein Motor aufgebaut ist, sondern zu wissen, wo man das nachgucken kann. Im Bildungssystem nennt man das Handlungsorientierung. In linken Kreisen zeigt sich dieses Denken als Bedürfnis, sich Regeln zu geben, um nicht die Orientierung zu verlieren. Für jede womöglich schwierige Situation eines Konflikts werden Leitlinien, Leitfäden erstellt usw., um dahinter liegende Konflikte moderat und abgesichert zu bearbeiten. Das »Regelwerk« soll Sicherheit geben, das »Richtige« zu tun und moralisch einwandfrei dazustehen. Antagonismen gilt es zu vermeiden, indem man keine Standpunkte mehr als Wahrheit, um die gerungen werden muss, vertritt, sondern alles ist nebeneinander zu stellen. Es kommt dann nur noch darauf an, zwischen verschiedenen Positionen zu vermitteln. Ein »Falsch« wird als unerträglich gefunden.

6. Darauf beruht die sogenannte Kompetenzorientierung, mit der es nicht mehr um Vermittlung von Inhalten geht, sondern um Fähigkeiten, innerhalb des Systems handlungsfähig zu sein. Ein Unterrichtsgegenstand darf nicht zweckfrei sein, sondern dient ausschließlich der Nützlichkeit und Verwertbarkeit zur Bewältigung des Lebens, das ist dann Handlungskompetenz. Beispiel: War es als Ergebnis der Bildungsreform der 1970er und 1980er Jahre in der LehrerInnenausbildung Voraussetzung, eine sogenannte Sachanalyse anzufertigen, sich also auszuweisen als kenntnisreiche Lehrerin, auf deren Grundlage dann didaktische Entscheidungen für den Unterricht getroffen wurden, ist dieses Konzept völlig aus der LehrerInnenausbildung verschwunden. Im Vordergrund der »Kompetenz« als Lehrperson steht Methodenkenntnis und Vermittlungswissen. Wir vermuten daher, dass der Moderationshype auf diese Weise in linken Organisationen Einzug gehalten hat, der wohlgemerkt – nichts gegen gute Moderation und Methoden – Inhalte ersetzt zu haben scheint. Wie schon oben angemerkt: Es geht nicht mehr um Wahrheit, sondern um »richtiges« Verhalten.

7. Organisation und Organisierung lernt das neoliberale Subjekt nur scheinbar, da diesem Prozess ja eine Entscheidung vorausgegangen sein muss, was man will und dass man vielleicht etwas will, das im System nicht vorgesehen ist. Behauptet wird zwar die Bedeutung von Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation, allerdings nur im vorgeschriebenen Rahmen. Das Unvorhergesehene zu organisieren steht nicht auf der Tagesordnung. Stattdessen ist zwar von »Teamwork« die Rede, was aber de facto jegliche kritische Erkenntnis- und Handlungsperspektive gegenüber dem Ganzen verschlingt.

8. Der neoliberale Typus versucht einer doppelten Botschaft gerecht zu werden: Genieße und sei diszipliniert. Das geht aber nur, wenn er inhaltslos, standpunktlos und rahmenlos ist. Ziel ist es »UnternehmerIn ihrer selbst« und nicht mehr ArbeitnehmerIn zu sein. Die AutorInnen des oben genannten Buches zu »Plattformkapitalismus« haben dies empirisch sehr genau nachweisen können, welche Qualifikationen im neuen Akkumulationsregime notwendig sind und schon längst in unseren Alltag eingezogen sind. In Teilen der Linken zeigt sich dieser Typus in der Gestalt, dass die politische Gruppe zu einem Teil des Lebensvollzugs wird, den man diszipliniert ins persönliche Portfolio einreiht. In Coronazeiten wurde nur zu deutlich, wohin das führt, nämlich dazu, die politische Gruppe Gruppe sein zu lassen. Sie war eben nicht notwendig, weil die Rahmenbedingungen nicht mehr mit dem ursprünglichen Konzept übereinstimmten. Die Gruppe als ein Projekt unter mehreren, das während Corona keine Präferenz hatte. Aber was hatte Präferenz? Unsere Antwort: Nichts. Gähnende Leere außer dem mit den Worten von Agamben »nacktem Leben als Überleben«.

9. Diese Subjektivierung, von der wir hier sprechen, setzt schon im Kindergartenalter ein und läuft dort unter dem Konzept des situativen Ansatzes. Progressiv daher kommt die Idee des selbstbestimmtes Kindes, dem man nichts vorschreiben möchte und zu seiner freien Entwicklung so wenig Vorgaben machen möchte wie möglich. Perfide und schwer zu durchschauen sind allerdings die Rahmensetzung und die ideologische Vorgaben einer solchen Erziehung. Prämissen werden verschwiegen. Schon Herbert Marcuse hatte mit dem Begriff der repressiven Toleranz auf dieses Phänomen aufmerksam gemacht. Das Kind hat zum Beispiel die Möglichkeit zu wählen, in welcher Gruppe es spielen möchte; nein, es muss wählen. Einmal die Wahl getroffen, liegt es dann in seiner Verantwortung, in dieser Gruppe zu bleiben. Eine direktive Erzieherin, die ihm sagt, wo es lang geht, wird man lange suchen, zumindest vom Konzept her. Das Kind hat sich an die ihm bekannten Regeln, denen es zustimmen musste, zu halten. Das Kind trifft die Entscheidung und nicht eine Erzieherin. Wirklich? Hier ist Eigenverant-

wortlichkeit gefragt, wohl gemerkt, im Kindergartenalter. In Teilen der Linken finden wir dies durchaus gut gemeint wieder als Zwang zur Pluralisierung und sogenannter Wahlmöglichkeiten. Es scheint wichtig zu sein, dass es keine Vorgaben gibt, keine Inputs, Vorträge, sondern je mehr Möglichkeiten der Wahl und selbstbestimmten Gestaltung, desto hochwertiger das Angebot.

10. Das neoliberale Subjekt lernt auf diese Weise, dass Formate, Methoden und äußere Gestaltung eine hohe Qualifikation darstellen. Oben hatten wir das Beispiel aus der LehrerInnenausbildung. In linken Kreisen zeigt sich dies durch schnelle Ermüdung durch inhaltliche Beiträge, denen, wenn sie nicht eingebettet sind in moderative Formen, kein Wert zugebilligt wird. Die Reduktion in Schule und Universität auf »Schmalspur-Inhalte« führt dazu, dass Theorielosigkeit oder Theoriefeindlichkeit Überhand gewinnen. Nach dem Motto »Unterm Strich zähl ich«, soll es genügen, aus sich selbst heraus zu schöpfen und angeblich »prozessorientiert« zu arbeiten. Mag dies jetzt hier auch übertrieben dargestellt sein, so geht es doch um eine grundsätzliche Kritik am Narzissmus und Bedürfnis der Selbstbespiegelung in Teilen der Linken, die sich selbst zu genügen glauben, die aber nicht zufällig daherkommt. Wenn nur noch gedacht werden darf, was einen Zweck verfolgt, kann es kein systemüberschreitendes Denken mehr geben, denn allein zweckfreies, vielleicht sogar sinnfreies Denken eröffnet andere Horizonte als die vorgegebenen. Diese Art der Teleologie führt uns in einen Kreis, der keinen Ausweg kennt: in teleologischen Nihilismus. Das Schweigen in Teilen der Linken insgesamt zu Corona legt davon beredtes Zeugnis ab.

Der Zusammenhang neoliberaler Subjektivität und dem Versagen der Linken während/durch Corona

Das neue Akkumulationsmodell braucht ein anderes Subjekt, wie wir darzulegen versuchen, und macht natürlich nicht vor uns selbst halt. Das neoliberale Subjekt bezieht sich auf sich selbst (Unterm Strich zähl ich), und man steht eher in Konkurrenz zum anderen, als dass man seine Nähe sucht. Der andere darf als Kulisse einer Bühne gelten, auf der man seinen »Auftritt« organisiert, in diesem Sinne genießt – und man muss sogar das »Bad in der Menge« genießen –, aber er, der andere, darf außerhalb von Familienkonstellationen nicht zum Bezugspunkt des eigenen Lebens werden. Der »Eventcharakter« dieser Begegnungen ist sehr wichtig, weil er über Zugehörigkeit und soziales Selbstbewusstsein« Auskunft gibt. Corona hat gezeigt, wie weit dieses Bewusstsein in der Gesellschaft verankert ist und eben auch in linken Kreisen. Innerhalb kürzester Zeit war es möglich, das soziale System neu zu figurieren. Wir wissen noch nicht, als wie tiefgreifend dieser Prozess zu bewerten ist.

Nähe und Distanz – das Verschwinden der Körper und sein sozialer Ausdruck im digitalen Kapitalismus

Es war in der Corona-Krise nicht möglich, sich zum staatlichen Handeln ins Verhältnis zu setzen. Es fehlt komplett eine theoretisch reflektierte Analyse des Sozialen, und zwar des Sozialen im tiefsten Sinne. In der öffentlichen Debatte, wenn man das überhaupt Debatte nennen kann, war das »Soziale« schmückendes und nur an der Oberfläche besprochenes Gefüge zum »Eigentlichen«, nämlich der Angst vor dem Tod. Man spricht über die strukturellen Versäumnisse und Sünden der letzten 20 Jahre im Gesundheitswesen, was durchaus berechtigt ist. Man spricht über die Belastung der Intensivstationen, Bettenabbau, Arbeitskräftemangel, Care-Krise, alles richtig, aber Nähe und Distanz zu Menschen als Verhältnisbestimmung humaner Existenz wird nicht verhandelt. Dies ist politisch unsichtbar bzw. wird unsichtbar gemacht.

Letztlich geht es um eine Auseinandersetzung zwischen Leben und Tod, und auf welche Seite wir uns stellen. George Bataille hat in seiner Anthropologie (Die Aufhebung der Ökonomie, 1975) schon früh bemerkt, dass der Historische Materialismus das Problem der Körperlichkeit menschlichen Lebens und der darauf aufbauenden zwischenmenschlichen Beziehungen vernachlässigt. Psychoanalytisch gedacht, kommt er zu der Schlussfolgerung, dass zwei nicht miteinander versöhnbare Symbolordnungen, die vermitteln sollen zwischen völliger Befriedigung des Begehrens und totaler Triebunterdrückung, im Clinch liegen. Das eine Symbolsystem fordert Gewalt ein, Kontrolle, Verselbständigung eines Herrschaftssystems, das prinzipiell nur soviel Lust gestattet, wie es seiner eigenen Herrschaft nicht schadet. Die andere Symbolordnung strebt nach einer kontinuierlichen Ausweitung des Raumes der Lust nach Maßgabe der materiellen Bedingungen.

Übertragen auf heute und die Debatte um den richtigen Umgang mit dem Virus beobachten wir genau

diese Linien. Ihre psychoanalytische Deutung macht möglich, die Härte und Unerbittlichkeit der Diskussion zu verstehen: Es geht um unsere Körper und das Begehren. Einerseits haben wir Zero Covid, das mit einem System der Gewalt, der Kontrolle über die Körper und mit der Absicherung des Herrschaftssystems das Leben zu bewahren und zu retten sucht. Und auf der anderen Seite das Symbolsystem der Gabe, der Erweiterung der Lebensräume, der Partizipation und Selbstbestimmung, der Subjektwerdung des begehrenden Subjekts, das sich auf die Seite des Lebens stellen will und den Tod nicht bannen will, sondern ihn in das Leben einbindet und ihn darin überwindet.

Etwas konkreter: Es fehlt, und auch das wurde durch Zero Covid sichtbar, die Durchdringung gelebter politischer Existenz nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit unseren Körpern. Die Materialität des Lebens als Maxime unseres politischen Handelns wurde nicht gesehen. Soziale Distanzierung atomisiert stattdessen die Gesellschaft, lähmt sie und verhindert dadurch soziale und kulturelle Neuschöpfungen. Das neue Subjekt des digitalen Kapitalismus braucht das Soziale nicht, es behindert eher die Ausbeutung menschlicher Kapazitäten. Die Materialität der Versammlung von Menschen (auch im Büro) wurde als solche verteufelt. Die Versammlung ernstzunehmen, wäre eine linke Option gewesen, denn sie ist der konkrete Ort, wo Worte nicht vom Körper getrennt werden können. Die reduzierte Fokussierung auf einen rein naturwissenschaftlichen Bezug zum Virus bzw. zur Pandemie, der Distanzierung und Isolierung notwendig zu machen scheint, entlarvt sich selbst als instrumentelle Vernunft. Es zeigte sich, dass große Teile der Linken »Gesundheit« ausschließlich als Sicherheit und Schutz vor dem Tode (auch wenn es nicht abzusprechen ist, dass es um ehrlich gemeinten Schutz der alten Menschen gehen sollte) im medizinischen Sinne politisieren konnten. Gesundheit und Leben als gesellschaftliches, als soziales Verhältnis und dann noch global, zu begreifen, stellte eine Überforderung dar. Dabei gehört gerade zu den Hauptaufgaben einer materialistischen Analyse, die innere Verflochtenheit zwischen der körperlichen Existenzweise, den sozialen Beziehungen und politischen Verhältnissen und den sie begleitenden theoretischen Deutungsmustern immer wieder sichtbar zu machen. Ein Versagen auf ganzer Linie!

Aus feministischer Perspektive verwundert es nicht, dass im patriarchalen Kapitalismus nicht vorgesehen ist, das, was den Frauen als »natürliche« Begabung zugeschrieben wird, unsichtbar zu machen, weil es wertlos zu sein scheint: berühren, fühlen, leiden, trösten, lieben, weinen, trauern, anfassen, streicheln, sauber machen, putzen, schöne Dinge machen, lachen oder auch Zeit unnütz verstreichen zu lassen usw.

Es bleibt unberücksichtigt, dass Menschsein bedeutet, Kopf und Herz nicht trennen zu können. Das Subjekt lebt mit seinem Körper. Der evangelische Theologe Moltmann drückte es so aus: Ich habe keinen Körper, sondern ich bin ein Körper. Der brasilianische Fotograf Sebastião Salgado sagt zu einer Fotoreihe über Kinder, die er auf der ganzen Welt abgelichtet hat: »Neunzig Kinder aus verschiedenen Teilen der Welt an einem bestimmten Tag in ihrem Leben. Sie sehen wunderschön, glücklich, stolz, nachdenklich oder traurig aus. Für einen flüchtigen Augenblick konnten sie sagen: ›Ich bin‹.« Alle Gefühle, Empfindungen, Berührungen der Haut, der Augenblick, die Liste ließe sich weiterführen, sind gesellschaftliche Praxis und haben daher ihre politische Bedeutung. Diese Dimension menschlicher Existenz während Corona aus einer lin-



Dresden Nazifrei, Dresden 2011

ken Perspektive meinen der Bedeutungslosigkeit Preis geben zu können, erschreckt zutiefst und eröffnet uns einen Abgrund von »Unmenschlichkeit« in politischen Zusammenhängen, in denen wir uns aufgehoben und geborgen gefühlt hatten. Wie soll man zusammen kämpfen und sich aufeinander verlassen, wenn das Basalste an menschlicher Existenz wertlos ist, sobald der Tod aufscheint? Der Körper, so Verónica Gago, ist Territorium, um aufzuzeigen, dass der Körper Materie ist, in die Gesellschaft eingeschrieben ist (kartografiert, sagt sie). In jeder Faser unseres Körpers spiegelt sich gesellschaftliche Praxis wider, so dass eine Aufspaltung in Körper und Geist, wie sie die bürgerliche Aufklärung vollzog und damit männlicher Herrschaft das Feld bestellte, überwunden werden muss. Eine Gesellschaft, die Körperlichkeit als gesellschaftliche Praxis negiert, kann nur erbarmungslos und kalt sein, weil sie einem Teil unserer menschlichen Ausdrucksweise keine Berechtigung zuspricht. Nicht zu verwechseln mit der Verwertung der Körper als Waren für die Kosmetik-, Fitness-, Medizinindustrie. Die Bedeutung unserer Körper in der Coronakrise nicht in die Waagschale der politischen Auseinandersetzung geworfen zu haben, verweist darauf, dass der Anspruch linker Kritik, dieser kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich ein anderes Gesicht und eine andere Tiefenstruktur geben zu wollen, entschwunden ist oder nicht (mehr) da war.

Jetzt wird womöglich die eine oder andere sagen, dass das übertrieben sei und die Dinge nicht so schlecht stehen, wie es scheint. Die Hoffnung nährt uns alle und unser Menschenbild enthält die Überzeugung, dass es immer »Überschuss« gibt an menschlicher Kreativität, wie wir es von Neo in Matrix kennen, von Bladerunner oder unseren Star-Wars-Held*innen. In diesem Sinne verstehen wir unseren Text als Anstoß zu Auseinandersetzung und Diskussion.

Neoliberale Subjektivierung als Problem der Linken

Von Julia

Neoliberale Subjektivierung ist nicht nur ein Problem, dem wir gesellschaftlich begegnen und das wir daher quasi von außen analysieren könnten. Sie geht vielmehr mitten durch uns alle, als von dieser Gesellschaft geformte Subjekte, als Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse eben. Diese Subjektivierungsweisen zu analysieren ist essentiell, um zu verstehen, welche Subjekte wir sind und mit welchen wir es um uns herum zu tun haben.

Manchmal wird allerdings bei den linken Kritiken einer neoliberalen Subjektivierung diese vor allem als Leistungsdruck verstanden, als Ansporn zur Perfektion und zu Konkurrenzdruck, der aus dem gesellschaftlichen Bereich der Arbeit nun einfach auf den eigenen politischen Aktivismus übertragen würde. Als Gegenmittel funktioniert dann der »nachhaltige Aktivismus«, der diesem Leistungsdruck mit einer Lebensweise begegnen soll, die auf Resilienz und Achtsamkeit setzt und damit Überlastung und Burn-Out präventiv begegnen soll. Eine solche Reaktion würden wir aber ebenfalls als einen möglichen Ausdruck der neoliberalen Subjektivierung kennzeichnen, die versucht über Techniken von Selbstmanagement und Self-Care einen möglichst gute Work-Life-Balance herzustellen, nur dann eben halt nicht mehr zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit, sondern zwischen politischer Arbeit und Leben, was natürlich voraussetzt, dass Politik und Leben als zwei getrennte Bereiche begriffen werden: Politik bedeutet Arbeit und Anstrengung, die entsprechend ausbalanciert werden müssen, durch Dinge, die man für sich tut. Hier kommt dann ebenfalls die Gleichsetzung von Politik mit Aktivismus zum Tragen, die in der heutigen bundesdeutschen Linken weit verbreitet ist.

Ein anderes, unserer Meinung nach verkürztes Verständnis liegt dort vor, wo unter neoliberaler Subjektivität einfach Phänomene der Individualisierung, Beliebigkeit und Unverbindlichkeit verstanden werden. Dies übersieht, dass neoliberale Subjektivierung weit ambivalenter ist, als ein solches Verständnis suggeriert, denn die hier vor sich gehende Individualisierung meint nicht einfach, dass das Individuum seine Freiheiten auskostet und nach Belieben sich nur dem eigenen Genuss verpflichtet weiß. Vielmehr ist der Imperativ, dem das neoliberale Subjekt unterliegt, ja gerade ein doppelter: Genieße und sei diszipliniert! Im neoliberalen linken Subjekt bleibt dieser Imperativ und der damit verbundene Zwang des »es-ist-nie-genug« erhalten, wird aber geradezu nach links gewendet: Die Selbstoptimierung, die hier betreiben wird, ist vorrangig moralisch gedacht, der Leistungsdruck bedeutet moralische Perfektion. Wo diese verfehlt wird, stellen sich Schuldgefühle und das berühmte schlechte Gewissen ein, nicht genug an sich selbst gearbeitet zu haben, nicht »richtig« genug zu leben, sich zu verhalten, zu lieben, zu essen, zu wohnen...

Optimierung des eigenen Verhaltens

Politik wird dann verstanden als Arbeit an der Vervollkommnung des eigenen Verhaltens. Die Steuerung des Verhaltens ist dabei ein wichtiger Punkt neoliberaler Subjektivität. Am eigenen Verhalten zu arbeiten ist ein unendlicher Prozess, der nie zum Ziel kommt, denn auch hier gilt die neoliberale Maxime des »es-ist-nie-genug«. Ein »Diskurs der Universität« (Lacan) stützt die Perfektionierung der Möglichkeiten von Genuss und Disziplin durch Wissenserwerb. Coachings Trainings, Leitfäden etc. verfolgen den Zweck, mir das Wissen zu vermitteln, wie ich mein eigenes Verhalten optimieren und perfektionieren kann: Auch hier gibt es eine verblüffende Analogie zwischen dem Erwerbsleben und den Arbeitsweisen der gesellschaftlichen Linken. Die Kontrolle des Verhaltens individuell wie kollektiv erscheint dabei als angestrebtes Ziel: Michel Foucault hat diese Machttechnik als Pastoralmacht bezeichnet, denn seine Urform hat der Leitfaden im Beichtspiegel, der Coach oder Trainer im Beichtvater, die Hilfestellungen zur Einübung von Selbstdisziplin leisten sollen und dem Subjekt helfen, die als wünschenswert geltenden Normen performativ einzuüben und zu verinnerlichen.

So kommt es zu einer Verregelung des Lebens und der individuellen wie kollektiven Beziehungen. Sicher-

heit wird hier über das Einhalten von Regeln vermittelt. Dies lässt sich z.B. im Blick auf viele linke Awareness-Konzepte analysieren: Awareness meint hier Strukturen und Regeln aufzubauen, die für das Individuum einen Schutzraum schaffen können, in dem es sich sicher vor Übergriffen, Diskriminierung, ja oft auch Kränkungen jeglicher Art wähnen kann, während diese Sicherheit durch verobjektivierte Normen und eine Struktur, die deren Einhaltung überwacht, gewährleistet werden soll. Ähnlich verhält es sich mit einer in linken Kontexten verbreiteten Fixierung auf Kommunikationsregeln, die Repräsentanz und Form des Sprechens oftmals im Grunde als wichtiger erscheinen lassen als das, was konkret gesagt wird. Aus dieser allgemeinen Fixierung auf Regeln und die damit verbundene (scheinbare) Sicherheit für das Individuum wie fürs Kollektiv, die die heutige Linke deutlich von der 1968er Linken unterscheidet (»es ist verboten zu verbieten«) erklärt sich auch die Affinität vieler Linker zu Coronaregeln. Auch hier ist es schließlich die Einhaltung klarer Regeln, die dem Individuum zum einen Schutz und Sicherheit, zum anderen eine Handlungsanleitung zu Disziplin und Selbstkontrolle bietet. Dabei haben solche Regeln natürlich auch eine moralische Entlastungsfunktion: Wer sich an sie hält, kann sich moralisch absichern, alles richtig gemacht und durch sein Verhalten keine Schuld auf sich geladen zu haben. Zugleich wird hier die Angst vor Kontrollverlust gemindert, wenn sich selbst Gesundheit und Krankheit, im Extremfall Leben und Tod durch mein Verhalten beeinflussen, kontrollieren lassen und wer sich richtig verhält, sich deshalb in Sicherheit wägen kann. Wer hingegen ablehnt in dieser Form »richtige« Entscheidungen zu treffen und sich an Regeln zu halten, wird sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, unverantwortlich und damit unmoralisch zu handeln, wie etwa derzeit in der Debatte um die »Ungeimpften« deutlich wird. Dem neoliberalen Subjekt, das permanent darauf vorbereitet wird, in einer krisenhaften, von Unsicherheiten geprägten Welt zu leben, wird also suggeriert, es könne sein Schicksal durch sein Verhalten kontrollieren und damit die Unsicherheit, in die es geworfen ist, ein Stück weit mindern, lernen, in den Krisen, in der »falschen« Welt zu bestehen und dort doch noch durch Disziplin zum Genuss zu gelangen.

Scheu vor der Konfrontation

Eine solche Subjektivierungsweise bringt Subjekte hervor, die schwach und verängstigt sind, darüber hinaus durch die permanente Einübung von Strategien der Verinnerlichung aber auch extrem auf die eigenen Befindlichkeiten fokussiert sind. Es sind also tendenziell narzisstische Subjekte, die nur schwer von sich selbst abstrahieren können und daher jede Kritik als einen Angriff gegen die eigene Person auffassen werden, da zwischen Subjekt und Inhalt einer Aussage in dieser Weise kaum noch unterschieden werden kann.

Eine solche Disposition aber erschwert es, zu Subjekten einer Politik zu werden, die von Analyse, Kampf und Konflikt, aber auch von einem Begehren, das über die Spielregeln der verwalteten Welt hinausgeht, bestimmt wird. Vielmehr wird Politik zunehmend von Moral ersetzt, und zwar einer Spielart der Moral, die von dem, was Nietzsche einst als die bürgerlich-christliche Sklavenmoral bezeichnet hat, nicht weit entfernt ist. Diese Sklavenmoral beruht gerade auf der Scheu der Schwachen vor der Konfrontation mit den Starken und drängt deshalb den eigenen Freiheitswillen zurück. Die so auf sich genommene Unterwerfung unter die moralischen Normen ermöglicht es, die eigene Schwäche umzuwerten, in etwas, das moralisch vollkommener und dadurch geradezu erstrebenswert sei. Damit einher geht die Verachtung all dessen, was sich nicht unterwerfen will und Stärke im Sinne von Vitalität und Freiheitsdrang ausstrahlt. Diese Verachtung bezeichnet Nietzsche als Ressentiment der Schwachen gegen die Starken, das aus einer Verinnerlichung und Wendung des eigenen Begehrens nach Leben und Freiheit gegen sich selbst entsteht. Dieses Ressentiment wird dann moralisch überhöht in eine Verachtung des Freiheitsdranges der anderen als unmoralisch.

Ressentiment und Moralität erscheinen tatsächlich in der bundesdeutschen Linken gegenwärtig oft als stärkerer Antrieb zu dienen, als die Wut auf die Verhältnisse und die »kapitalistische Gesamtscheiße«. Man ist traurig und betroffen über die Tatsache, dass andere oder die Erde schlecht behandelt werden, aber kaum noch wütend, dass uns in dieser neoliberal-kapitalistischen Gesellschaft unser aller Leben geraubt werden, um sie zu verwalten und zu verwerten.

Man könnte sich fragen, wie in einer neoliberalen Subjektivierung Narzissmus und Moralität denn zusammengehen können, doch kann es sein, dass es sich hierbei nur um einen scheinbaren Widerspruch handelt. Denn die charakterisierte moralische Haltung ist im Grunde immer auch mit einer Ich-Fixierung verbunden. Nur scheinbar geht es hier um Empathie für den anderen, denn die Befriedigung, im Namen des

anderen moralisch zu handeln und durch mein richtiges Verhalten einen Beitrag zu dessen realem oder imaginierten Wohlbefinden zu leisten, kommt ja wieder mir selber zu. Die Befriedigung des eigenen Narzissmus speist sich also gerade daraus, moralisch überlegen zu handeln. Insofern ist das Streben nach moralischer Perfektion geradezu eine Sackgasse, die mir im Namen des Opfers, dass ich für andere bringe, den Zugang zum realen Anderen versperrt. Ich bleibe schließlich auf das Begehren eigener Vervollkommnung fixiert und dieser narzisstische Blick verstellt die Möglichkeit, den wirklichen Begehren, Bedürfnissen oder Ängsten anderer, die nicht die meinen sind, auf die Spur zu kommen.

Kampf gegen uns selbst

Dies resultiert dann oftmals in einer Atmosphäre angstgetriebener Selbstkontrolle, einer Lust an gnadenloser Selbst- wie Fremdkritik, die, obwohl freundlich und rücksichtsvoll vorgetragen, immer persönlich ist, weil sie das Verhalten, nicht aber die Position kritisiert. Selbst für die, die diese Atmosphäre als unangenehm empfinden, ist es schwierig, sich dem moralischen Urteil zu entziehen, weil der Vorwurf unsolidarisch zu sein oder zu diskriminieren, sprich also ein schlechter, unmoralischer Mensch zu sein, sozial von uns als neoliberale Subjekte als extrem bedrohlich empfunden wird. Man hat manchmal das Gefühl, viele Linke kämen damit schlechter klar, als mit Repression und Polizeiknüppeln.



NoG20, Hamburg 2017

Wenn der Vorwurf unsolidarisch zu sein, im Grunde als moralischer Vorwurf verstanden wird, geht damit auch eine Moralisierung und damit Entpolitisierung des Solidaritätsbegriffs einher. Dieser ist dann kein analytischer Begriff mehr, der die Frage nach den verbindenden Gemeinsamkeiten unterschiedlicher Kämpfe stellt und auch kein Kampfbegriff: »Ihr steht für uns ein, wir stehen für euch ein«, sondern ein moralischer Anspruch. Solidarität bedeutet dann, aus moralischen Gründen auf der Seite derer stehen zu müssen, die als Opfer erscheinen. Ein Mangel an Solidarität wird folgerichtig weniger als politisches Problem denn als moralischer Defekt behandelt.

Die Moralisierung politischer Debatten lässt Fragen der Form als dem Inhalt gegenüber vorgelagert erscheinen. Es geht dann weniger darum, um was gestritten wird und wer Recht hat, sondern mehr darum, den Streit, die Debatte formal korrekt zu organisieren und sich dabei kein falsches Verhalten und damit auch keine Missachtung der Kommunikationsregeln zuschulden kommen zu lassen. Das aber schadet der Qualität von Debatten und dem Austausch der je besseren Argumente ebenso sehr wie es einen repressiven Kommunikations- und Interaktionsstil begünstigt.

Das revolutionäre Begehren nach Freiheit wird erstickt durch die übermächtige Forderung von Eigenverantwortung und Selbstkontrolle. Der Begriff der Freiheit selbst wird als Beliebigkeit oder Wunsch nach einem Leben ohne Rücksicht auf andere denunziert. Auch dies wurde bei den Debatten um Corona deutlich, wo die Linke die Rede von der Freiheit den Rechten überlassen hat und selbst allein abstrakt von Solidarität gesprochen hat, ohne deren politische Bezugspunkte zu definieren. Somit hat sie einen moralischen Solidaritätsdiskurs vorangetrieben, der gesellschaftlich anschlussfähig war und ermöglicht hat, die politische

Debatte um die Ursachen und Folgen der Pandemie hinter einer Diskussion um Schuld und Verantwortung verschwinden zu lassen. Freiheit wird dabei oft auch von Linken gleichgesetzt mit ihrer neoliberalen Karikatur. Sie bedeutet nicht auszubrechen aus der Struktur der verwalteten Welt, meint nicht das Begehren nach einem Leben jenseits des neoliberalen Kapitalismus, sondern nur noch die Möglichkeit, mich innerhalb dieser Welt zwischen verschiedenen Möglichkeiten und Angeboten so zu entscheiden, dass mein Genuss darin möglichst optimiert wird.

Die Gefahren einer solchen neoliberalen Subjektivierung für unsere gesellschaftlichen Auseinandersetzungen als Linke liegen dabei auf der Hand: Der Kampf gegen die verkehrten Verhältnisse droht dann sich im Sinne einer biopolitisch geprägten Pastoralmacht als Kampf gegen uns selbst zu verkehren. Das aber erzeugt schwache Subjektivitäten und zeigt gerade keine Möglichkeiten emanzipatorischer Subjektwerdung auf, die uns in unserem Kampf und in unserem revolutionären Begehren, über das, was wir sind, zu dem wir gemacht werden, hinauswachsen ließen, nicht als Ergebnis unserer Anstrengungen und unserer Arbeit, sondern als etwas, was uns widerfährt, was eine Erfahrung ist, die wir inmitten der Kämpfe und der Mühe uns darin zu organisieren machen. Solche Erfahrungen werden aber paradoxerweise erst dann möglich, wenn wir uns von unseren Anstrengungen der fortwährenden Selbstbefreiung im Modus der Selbstoptimierung befreien ließen, indem wir unser fortwährendes Scheitern an den Widersprüchen jener neoliberal-kapitalistischen Verhältnisse als Ausdruck dieser uns umgebenden falschen Verhältnisse begreifen könnten statt als Resultat unserer eigenen moralischen Schwäche. Das würde bedeuten, nicht Techniken des Selbst, im Sinne von Work-Life-Balance und Nachhaltigkeit aus der neoliberalen Wirklichkeit in unsere aktivistischen Kontexte zu übertragen, sondern ein neues Verständnis von Politik und Leben zu entwickeln, unser Begehren nach einem anderen, freien Leben wahr- und ernstzunehmen und aus diesem Begehren heraus immer wieder nach Möglichkeiten einer Politik zu suchen, die den Bruch denkt und wagt. Aus einem solchen Begehren heraus könnte vielleicht auch das Verhältnis von Individualität und Kollektivität neu bestimmt werden, indem das Kollektiv nicht mehr schwache Subjekte stützt und uns von den Belastungen der Individualisierungs- und Freiheitsprozesse entlastet, sondern es uns ermöglicht, in aller Widersprüchlichkeit das Begehren nach dem anderen Leben nicht auszulöschen und gegenseitig wachzuhalten. Aus einem solchen spannungsreichen Verhältnis und inmitten gemeinsam geführter Kämpfe und der ernsthaften Suche nach Möglichkeiten in diesen Verhältnissen nicht unterzugehen, ohne sich in ihnen einzurichten, könnten dann vielleicht Subjektwerdungsprozesse hervorgehen, die Alternativen zur neoliberalen Subjektivierung aufzeigen könnten.

Programm Samstag 3. Juli 2021 (Teil 3)

Steineschmeißen vs. Ziviler Ungehorsam vs. Basisorganisierung? Langweilig! Linksradikale Praxis im 21. Jahrhundert

Das Steineschmeißen als Propaganda der Tat oder der Zivile Ungehorsam als massenhafte Selbstermächtigung oder die Basisorganisierung als Aufbau von quantitativer Gegenmacht sind die in der radikalen Linken meistdiskutierten Praxisformen. Doch führt nur ein Weg nach Rom? Statt unsere Praxisformen ideologisch überhöht in einen Widerspruch zu stellen, müssen wir uns erneut die Frage stellen, was wir unter linksradikaler Praxis als eine antagonistische verstehen – zunächst erstmal unabhängig von ihrer möglichen konkreten Form. Denn der Zivile Ungehorsam ist inzwischen ritualisiert und die postautonome Linke tritt oftmals darin als ein Ordnungsfaktor auf. Zur Befriedung antagonistischer Konflikte aber gibt es die Zivilgesellschaft und wir sind inzwischen Teil dieser Zivilgesellschaft geworden. Die Linearität von Alltagskämpfen, Basisorganisierung, Mehrheitswerdung zum kommunistischen Ereignis bleibt – auch linksradikal gedacht – überholte sozialdemokratische Utopie. Die Propaganda der Tat bleibt, trotz ihrer aus der Zukunft begründeten Legitimität, gesellschaftlich isoliert und belässt den Aufstand als exklusives Erlebnis bei den ausführenden Subjekten. Wie könnte also eine antagonistische Praxis im 21. Jahrhundert angesichts der Apokalypse aussehen, die weder ihre Gesellschaftlichkeit aufgibt, noch ihre Unversöhnlichkeit mit den Verhältnissen (auch in und gegen die Mosaiklinke) verliert?

Linksradikale Praxis für das 21. Jahrhundert? Für eine antagonistische Perspektive

Von Thomas und Olli

Einleitung und Begriffskritik

Wenn wir über Praxis reden, wollen wir nicht über die Formen und die darin versteckten ideologischen Implikationen diskutieren, sondern von der Frage aus »Was bedeutet für uns antagonistische Politik«. Dennoch ist diese Dichotomie der Praxisformen eine reale, deswegen kommen wir nicht herum, sie zum Zwecke der Kritik zumindest anzureißen. Unser Eindruck ist, dass es in unseren Diskussionen meist drei übergeordnete Praxisformen gibt, in denen wir uns linke Politik vorstellen: 1) Basisorganisierung, darunter fallen z.B. die Kiezkommunen-Ansätze, gewerkschafts- bzw. betriebsunterstützende Arbeit oder Mieter*innen-Initiativen. 2) Massenhafter Ziviler Ungehorsam und Events, darunter fallen z.B. Ende Gelände, Blockupy oder Unteilbar. 3) Und schlussendlich das, was man wahlweise Aufstand, Insurrektionalismus oder Propaganda der Tat nennen könnte, wobei diese Begriffe nicht deckungsgleich sind, aber auf die unbedingte praktische Negation verweisen.

Die Gründe dieser Trennung der Formen liegen unserer Meinung nach in der Ideologisierung der in den Formen enthaltenen Politikansätze. Ideologisierung meint, dass in der Verbindung des jeweiligen Politikansatzes mit ihrer vermeintlich entsprechenden Form eine kohärente und Kontingenz schließende Weltanschauung/Perspektive auf die Gesellschaft produziert wird; das Gegenteil von Materialismus. Allein der Fakt, dass keine der Formen in der Geschichte ihren Führungsanspruch geltend machen konnte, verweist auf diesen Umstand. Methodisch wird im Folgenden versucht, Unzulänglichkeiten der Formen zu identifizieren. Wobei der Zivile Ungehorsam am meisten Raum einnimmt, da dieser unsere eigene Praxis darstellt.

Basisorganisierung

Wir gehen beim Begriff der Basisorganisierung von einer Praxisform aus, die versucht im Alltag der Menschen anzuknüpfen. Das bedeutet sowohl praktische Formen zu finden, die in den Alltag integrierbar sind und – damit zusammenhängend – eine physische Präsenz im Alltag der Menschen (meistens die Nachbarschaft, aber auch der Betrieb usw.), als auch eine inhaltliches Anknüpfen an ein unmittelbares Interesse (Miete, autofreie Straße, bessere Arbeitsbedingungen etc.) suchen. Das unmittelbare Anknüpfen an den Alltag auf seinen drei oben erwähnten Ebenen (politisch, örtlich und sozial) ist stark affirmativ, weil es sich von Anfang an einen bereits vorhandenen Rahmen setzt: Den Alltag mit all seiner kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Durchdringung, in dem das praktische und theoretische Überschreiten des herrschenden Systems so weit weg scheint wie nirgends sonst.

Militante Politik

Unter militanter Politik verstehen wir im Rahmen dieser Diskussion eine Praxisform, die mit Hilfe von Gewalt sich verteidigt oder Institutionen oder Personen des herrschenden Systems direkt (ohne Vermittlungsebene) angreift. Dabei geht es nicht um das Ringen um politische Macht, sondern um die Destitution von Macht, sie ist Anti-Politik, weil sie sich nicht auf irgendwelche Regeln des Politischen einlässt. Darüber hinaus ist militante Politik die unmittelbare Artikulation der Interessen der beteiligten Personen. Durch die gesellschaftlichen Bedingungen und auch die damit verbundene Klandestinität ist eine offensive politische Vermittlung schwieriger. Zudem existiert kein großes Interesse an Vermittlung, im Sinne der Anknüpfungsfähigkeit und des Werbens um Verständnis. Hier kann heute nicht mehr auf präsente Erfahrungen von Revolten zurückgegriffen werden. Militante Politik schafft Momente der Selbstbefreiung und Punkte der Unterbrechung, die sich aber auf Grund der gesellschaftlichen Bedingungen und der Marginalisierung nur bedingt verstetigen lassen. Zudem fällt militante Politik auch der Geschichtslosigkeit der Linken zum Opfer, weil es kaum noch Erfahrungsschätze und Wissen um Praxisformen gibt.

Ziviler Ungehorsam

Wir wollen nicht Zivilgesellschaft sein

In den letzten Jahren war die Zivilgesellschaft häufig ein positiver Bezugspunkt von uns – taktisch um Bündnisse gegen die erstarkenden Rechten zu schmieden oder um linken Bündnissen mehr Legitimität zu organisieren, aber auch strategisch, um Grundrechte zu verteidigen. Hierbei wird jedoch die herrschaftsstabilisierende Funktion der Zivilgesellschaft nicht gesehen oder mindestens unterschätzt. Herrschaft im allgemeinen Sinne setzt sich – Gramsci folgend – aus direkter Herrschaft (Gewalt, Zwang) und kultureller Führung (gesellschaftlicher Konsens) zusammen. Die Zivilgesellschaft, das Ensemble der gemeinhin privat genannten Organismen, ist der Ort des gesellschaftlichen Konsenses – der Ort der Hegemonie.



Am Rande der Demo gegen G8, Rostock 2007

Wenn man sich auf diesen funktionalen Kern konzentriert, wird sichtbar, warum Gramsci entsprechend notiert: »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang« (Gefängnishefte, S. 783). Er führt aus: »Die ›normale‹ Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt, sondern im Gegenteil sogar versucht wird, zu erreichen, dass der Zwang auf den Konsens der Mehrheit gestützt scheint, wie er von den sogenannten Organen der öffentlichen Meinung – Zeitung und Verbände – ausgedrückt wird, die deshalb in gewissen Situationen künstlich vervielfacht werden.« (Gefängnishefte, S. 1610)

Die Zivilgesellschaft wird zum Teil des Staates. Und Hegemonie wird zur Technologie, durch welche die herrschende Klasse versucht, einen gesellschaftlichen Konsens zu organisieren. Bestenfalls kann so eine starke kulturelle Führung organisiert werden, dass kein Zwang mehr nötig ist. Mehr noch, wenn die Gesellschaft gewissermaßen so stark erzogen wurde, dass weder ein Konsens organisiert werden muss, noch dass Zwang nötig ist, wird sie zu einer regulierten Gesellschaft. Es entsteht quasi eine reine Form der Zivilgesellschaft, der Konsens entsteht von alleine und die Gesellschaft reguliert sich von selbst. Wenn unsere Bündnispartner*innen gerade an der grünen Modernisierung des Bestehenden mitarbeiten – sie werden also nicht gegen ihren Willen absorbiert, sondern unterstützen mehr oder wenig aktiv diese Politik –, müssen wir uns neu orientieren und die staatliche Funktion der Zivilgesellschaft verschärft sich. Wenn neben uns eine Zivilgesellschaft konstituiert wird, müssen wir dagegen arbeiten.

Reduzierung von Gegenmacht auf Hegemonieprojekt

Der Aufbau von Gegenmacht wird zudem oftmals als Hegemoniepolitik mit Durchsetzungsperspektive verstanden. Wenn Gegenmacht als Hegemonieprojekt verstanden wird, liegt dahinter eine Idee, dass Positionen mehrheitsfähig werden können. Auch die Vorstellung, wir könnten momentan im Bestehenden Forderungen umsetzen, hat diese Idee des Mehrheitsfähig-Werdens. Das gilt auch schon für einfache Forderungen nach den Erhalt von Grundrechten und Verbesserung unserer Kampfbedingungen. Dies ist eine falsche Annahme: In den gegenwärtigen Verhältnissen können wir nur Minderheit sein, es gibt keine Aus-

sicht mit linksradikalen Positionen mehrheitsfähig zu werden. Durch Hegemoniepolitik gehen wir auf die Mehrheit zu, statt dass wir die Mehrheit nach links verschieben. Zudem laufen wir dadurch Gefahr, die grüne Modernisierung zu stabilisieren, statt einen Widerspruch zu ihr zu formulieren.

Sich der Diskursintervention verweigern

Anknüpfend stellt sich die Frage nach Diskursintervention. Unsere Aktionen wurden zum Medienspektakel und der Erfolg bestimmt sich mehr und mehr durch die erreichte Aufmerksamkeit. Es kommt eine Logik der medialen Anschlussfähigkeit auf, die unsere Aktionen befriedet und einen zivilgesellschaftlichen Diskurs stärkt. Dies ist die logische Folge von Hegemoniepolitik und Zivilgesellschaft. Wir wollen gesellschaftlich relevante Politik machen, daher befinden wir uns zwangsläufig in der Gefahr, aufgesogen zu werden und stabilisierend zu sein. Wir sollten die Vermittlung unserer Aktionen aber nicht als den Kampf um mehr öffentliche Aufmerksamkeit, um Schützengräben im Kampf um Hegemonie verstehen. Sondern die Vermittlung unserer Aktionen sollten als Ziel Aufklärung und das Schaffen von Bewusstsein haben. Das meint, Widersprüche aufzudecken und sichtbar zu machen, sowie Räume zu öffnen, in denen Sachen neu verhandelt und gedacht werden. Ein wichtiger Unterschied hierbei ist, dass das Scheitern eine größere Gewichtung haben sollte: Statt den schon vorgeschriebenen Erfolg zu feiern, sollten wir auf Verletzte, Nicht Erreichtes und kritische Reflexion eingehen.

Neoliberale Selbstermächtigung

Unser Ziviler Ungehorsam (ZU) ist deeskalierend und mehr und mehr zu einem Ordnungsfaktor geworden. Häufig sind ZU-Aktionen detailliert vorgeplant, die Abläufe, die Ziele und die Bilder. Es gibt keinen Raum für Autonomie und Spontanität. Wenn die Bullen den geplanten Ablauf angreifen (z.B. Anreise oder Camp), gibt es keine andere Antwort als die juristische Verhandlung und das Einigen auf Kompromisse. Das Aktionsziel, das am Ende steht und meist nicht mehr als Symbolik ist (das Bild der Blockade oder auf dem Bagger), muss unbedingt erreicht werden. Dafür wird auf den Weg jeder Kompromiss in Kauf genommen.

Selbstermächtigung ist bei uns neoliberal verkümmert. Im Sinne einer linken Reproduktion neoliberaler Subjektivität bedeutet Selbstermächtigung heute Skill-Sharing und Selbstständigkeit (wobei es meist um Selbstverantwortung geht), also die Aneignung von Faktenwissen und die individuelle Anwendung dieses Wissens. Wir sollten diese aber viel mehr als Selbstbefreiung verstehen. Es geht darum, eine militante Subjektivität (wieder) zu finden. Das entschlossene Entgegenstellen bei einer Räumung – welche nicht durch juristische Verhandlungen oder Kompromisse mit den Bullen verhindert wird, sondern nur durch die eigene kollektive Handlungsmacht – schafft nachhaltiger Bewusstsein, als zehn medienwirksame Aktionen. Und das auch, wenn es fünf Anläufe braucht, um eine Räumung verhindern zu können. Außerdem sollten wir wieder anfangen, eine Ernsthaftigkeit vermitteln zu wollen, wirklich etwas wagen zu wollen, bereit zu sein, ein Risiko einzugehen und auf Sicherheit zu verzichten. Denn Sicherheit für alle gibt es nicht, sie ist ein Privileg von manchen auf Kosten der globalen Ausbeutungsverhältnisse (des Menschen und der Natur).

Wie weiter?

Abschließend und zugleich als Anfang wollen wir versuchen, folgende Kategorien unsere Praxis neu zu definieren und dadurch die Dichotomien hinter uns lassen. Nicht, weil wir die grundsätzliche Notwendigkeit und/oder Legitimität von Krawall und empowernder Sozialarbeit in Frage stellen, sondern weil uns daran gelegen ist, den spezifisch linksradikalen Einsatz in der Gesellschaft zu diskutieren. Praxis ist für uns dabei praktische Theorie und theoretische Praxis. Dabei gehen wir nicht davon aus, dass es Aktionen oder allgemeiner gesprochen Praxen geben wird, die diesen Kategorien in Reinform entsprechen. Uns geht es vielmehr darum, in all unseren Praxen als radikale Linke, die Elemente antagonistischer Politik einzubringen, zu fördern bzw. die Flanken dorthin aufzuhalten. Selbst wenn konkrete Praxen manchmal antagonistische Politik nicht hergeben, sollten wir sie in ein offensives Verhältnis zu solcher Politik setzen, die außerhalb dieser Praxis stattfindet.

Antagonismus

Die radikale Linke muss den Antagonismus/die Negation/den Widerspruch wieder lernen und kultivieren. Dabei geht es nicht darum, einfach nur das NEIN zu den herrschenden Verhältnissen, im Sinne eines »aber, aber, aber«, zu artikulieren, sondern darum, die konkreten Widersprüche im herrschenden System *aufzuspüren* und sie zu *bearbeiten*. Bearbeiten meint hier im dialektischen Sinne den Widerspruch auf einer neuen

Ebene aufzulösen. Das gilt nicht nur auf einer aktionistischen Ebene, sondern auch auf einer inhaltlichen. Aufspüren meint hier, dass es um eine konkrete Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche geht und nicht um die allgemeinen Widersprüche des Systems. Aus der praktischen Negation können neue Erkenntnisse entstehen, denn erst mit der Negation verlässt man das Alte. Konkret könnte dies angesichts des neuen grünen Akkumulationsregimes heißen: Anti-Politik, Anti-Zivilgesellschaft, Antidiskurs.

Selbstermächtigung

Selbstermächtigung sollte neu als die Schaffung von Räumen verstanden werden, in denen wir ansatzweise die Erfahrung einer möglichen anderen Gesellschaft machen. In dieser Erfahrung entsteht über das Bestehende hinaus eine Selbstermächtigung, die den Willen und Einsatz fördert, für diese andere Gesellschaft etwas in die Waagschale zu werfen und andere Wege zu gehen. Selbstermächtigung ist nicht gleich Selbstständigkeit oder Eigenverantwortung, noch die Ermächtigung über alle anderen, sondern das Bewusstsein, meine eigene Subjektivität in Abhängigkeit zu anderen zu denken und zu wissen, dass diese Beziehungsweise nur in Ansätzen und punktuell möglich ist. Selbstermächtigung muss immer auch gegen die neoliberale Subjektivität gedacht werden. Als Ermächtigung gegen die Prinzipien der neoliberalen Bildung. Wir brauchen Körperlichkeit, Dissens, Verletzlichkeit statt Verletzungsvermeidung und letztendlich Selbstbildung statt Skill-Sharing. Meine eigene Subjektivität in Abhängigkeit zu anderen zu denken bedeutet auch mit offenem Visier zu sprechen und zu handeln, wenn wir nicht von Anfang an unsere Beziehungen korrumpieren wollen. Die Angst vor dieser Abhängigkeit entfremdet uns von den Menschen, nicht unsere akademische Sprache, nicht unser Verbalradikalismus oder ähnliches.

Kollektive Transzendenzerfahrung

Kollektive Transzendenzerfahrung beschreibt die Erfahrung in unserer Politik, die wir als Subjekte mit anderen Subjekten machen, in der wir im Kopf und im Herzen (psychisch und physisch) die Wirklichkeit überschreiten. Die radikale Linke muss der kollektiven Transzendenzerfahrung treu bleiben. »Treu bleiben« deshalb, weil sie diese Erfahrung nicht selbst herstellen kann, maximal Möglichkeiten für diese schaffen kann. Treu bleiben bedeutet daher auch Autonomie zuzulassen, um den Raum für diese Erfahrung offen zu halten. »Treu bleiben« bedeutet auch die kollektive Transzendenzerfahrung nicht in konkreten Utopien zu banalisieren und die Überschreitung der Wirklichkeit in Selbstverwaltungsübungen auf Inseln im Bestehenden zu reduzieren. »Die Phantasie an die Macht« könnte einen Hinweis zur Methode hierfür geben.

Avantgarde

Die radikale Linke muss wieder den Mut finden, Avantgarde sein zu wollen, den Mut haben, gesellschaftliche Entwicklungen zu antizipieren und sie vorwegnehmen. Allerdings entwickelt sich das Vermögen, Avantgarde zu sein, nicht aus uns selbst heraus als Individuen. Wir brauchen Theorie- und Geschichtsbewusstsein, um auf diesem Erfahrungsschatz aufzubauen. Darüber hinaus darf die radikale Linke Avantgarde nur »sein wollen« und nicht denken, sie sei Avantgarde (keine Partei bilden, sondern antreten, um sich wieder aufzulösen). Ob Akteure Avantgarde sind, zeigen die gesellschaftlichen Entwicklungen und die Geschichte. Wer es von sich selbst behauptet, landet im ZK, der Partei oder im akademischen Elfenbeinturm. Avantgarde bedeutet, den Mut aufzubringen, trotz der eigenen Unvollkommenheit, die von uns gewünschten Entwicklungen vorwegzunehmen und zu praktizieren; den Aufstand, die revolutionäre Bewusstseinswerdung, die Aufhebung zwischen Politik und Alltag etc. Politik findet immer in einem machtdurchsetzten Raum statt, der selbst Resultat sozialer Kämpfe ist. Avantgarde tritt nicht mit dem Anspruch an, an den politischen Auseinandersetzungen teilzunehmen und sie zu gewinnen, sondern die Bedingungen der Politik selbst zu ändern.

Programm Sonntag, 4. Juli 2021

Zwischen Verwaltung, Selbstbeschäftigung und Stellvertreter*innen-Politik: Krise der Organisierung

Die radikale Linke ist in der Krise und wir mittendrin. Dabei hatte es aus unserer Perspektive mal ganz gut angefangen. Vor über 20 Jahren ist die IL aus Restbeständen der radikalen Linken entstanden. Wir wollten eine Organisierung neuen Typs schaffen; jenseits von K-Gruppen und Autonomen. Allerdings wird die IL mittlerweile zum Gegenstand ihrer eigenen Kritik. Sie findet keine gemeinsamen Antworten mehr auf die Frage, wie radikal linke Politik heute auszusehen hat. Doch diese Krise trifft auch Andere, vielleicht auch in anderer Form. Wo es an politischer Bestimmung fehlt, wo nicht mehr darüber gesprochen wird, was wir wirklich wollen, was wir begehren, wo sich Aktionsformen ritualisieren, da erstarren und bürokratisieren auch die Organisierungsformen und die vorhandene Politik wird verwaltet, wird damit zur Nicht-Politik. Die Orientierungslosigkeit wird externalisiert und das Heil in »den Anderen« gesucht. Wo der Horizont verschwindet, rückt die Bewahrung der Wahrheit ins Zentrum. Diversität und Differenz verkommen zum formalen Dogma oder werden auf eine zwischenmenschliche Ebene gehoben, und Streit und Uneinigkeit werden lieber methodisch gekonnt plattmoderiert als politisch ausdiskutiert. Wie kann ein neuer Anlauf einer Organisierung neuen Typs aussehen, der verbindlicher ist in dem Bemühen nach gemeinsamer strategischer Bestimmung und offener für die Vielfalt linksradikaler Praxen und gesellschaftlicher Dynamiken? Eine Organisierung, die sich vervielfältigen kann in viele Organisierungen, die eigene Wege gehen und trotzdem in die gleiche Richtung. Wie sähe eine Organisierung des Bandentums, der revolutionären Verpflichtung und mit Sympathie für alle anderen Unvollkommenen aus?

iL-Organisierung: Nach Heiligendamm ist vor Heiligendamm

Von Michael

Beginnen wir mit einem Blick zurück auf den Beginn der iL. Also eigentlich nicht auf den Beginn von 1999 im Beratungstreffen, sondern auf die Zeit um Heiligendamm. Denn ganz am Anfang unserer gemeinsamen Politik stand der Rückblick auf die dunklen neunziger Jahre und die Hoffnung auf das, was mit uns und ums uns geschah. Irgendwo in einem Orgapapier schrieben wir:

a) »Es rührt sich wieder was. Weltweit: in der Welle der ›globalisierungskritischen‹ Bewegungen seit Seattle. Fern von uns: in dem, was in Lateinamerika vor sich geht, was man gerüchteweise aus China und Indien hört…« Und weiter:

b) »Bei uns und für uns reicht es, an Heiligendamm zu erinnern: da darf einiges erwartet werden. Dazu gehören wir selbst, die iL. ›Wir‹, dass sind die G8-xtra (eine Massenzeitschrift der iL zu den G8-Protesten), dass sind die, die den Make-capitalism-history-Block in Rostock und die Blockaden und die Camps und noch einiges anderes mehr (mit) auf die Beine gestellt haben – allem voran: eine für Linksradikale in Deutschland bisher ziemlich einzigartige ›Bündnispolitik‹.«

Wir stellten damals fest: »Wir haben keine Massenbasis und sind darauf vielleicht gar nicht aus, und – so stehts im Diskussionspapier von 2004 –, sind deshalb zur ›Kaderpolitik‹ genötigt. Wir wollen die aber nicht ›marxistisch-leninistisch‹ verstehen. Wollen andererseits keine ›Autonomen‹ und überhaupt gar keine ›Antideutschen‹ sein. … ›Wir‹ wollen eine Organisierung neuen Typs sein: keine Partei, keine Szene, kein Bündnis - aber was dann?«

Oder, wie wir vom Hamburger Innensenat damals zutreffend zitiert wurden: »›Wir haben alle eingeladen und alle sind gekommen: Umweltschützer, Friedensaktivisten, Anarchisten, Pazifisten, Gewerkschafter und selbstverständlich auch Autonome.‹ Wir waren wirklich ein ›Projekt in Bewegung, das sich durch Intervention in praktische Kämpfe entwickeln will.‹ Damit verbunden war immer ein Vorrang der praktischen Politik, der Bündnispolitik. Wir haben die Frage danach, in welcher Welt wir eigentlich leben, immer zugunsten der Frage nach den Aktionsformen, der Zustimmungsfähigkeit etc. zurückgestellt. Das hat sich eigentlich ziemlich früh gerächt, vielleicht ohne das wir das insgesamt in seiner Tragweite bemerkt hätten. Wir haben es versäumt, unsere eigenen Grundannahmen und die Voraussetzungen unserer Politik, wie strategische Bündnisorientierung, Aktionsformen wie ziviler Ungehorsam oder ganz einfach den Wunsch immer mehr zu werden, kritisch zu bedenken.«

So hat sich die iL spätestens seit dem Zwischenstandspapier 2014 immer mehr zu einer revisionistischen Flügelorganisation der Linkspartei entwickelt. Damit ist nicht gemeint, dass die iL der Partei der Linken anhängt. Gemeint ist damit der Versuch in einer konventionellen, geradezu parteiförmigen Organisierung unter dem Label von Antikapitalismus auf der Straße sozialdemokratische Politik voranzubringen. Auch wenn die iL sich immer noch als post-autonome Organisation bezeichnet, kann sie kaum verbergen, dass sie ganz gegen ihren eigenen Anspruch intransparente und autonom und ohne Mandat agierende Strukturen entwickelt hat, die ihrer eigenen historischen Kritik an Partei- und ML-Politik in keinster Weise gerecht wird.

Der wachsende bürokratische Apparat

Das gegenwärtige Verhältnis von Ortsgruppen, Koordinierendem Gremium (KoGre), diversen Telefonkonferenzen, Signalgruppen etc. ist jedenfalls meilenweit von einer basisdemokratischen Organisierung, die von autonomen Ortsgruppen getragen wird, entfernt. Politische Herrschaft existiert in unterschiedlicher Hinsicht, ohne sich als solche erkennen zu geben. Die Strukturen der iL erinnern erheblich an die expansive Entstehung einer eigendynamischen Bürokratie, für die es gar keine politischen Probleme, sondern nur noch Befindlichkeits- und Konfliktbearbeitungsnotwendigkeiten gibt:

- Aus dem KoGre als Impulsgeber und Organisator für strategische Debatten wird ein Gremium, dass den »Laden zusammenhält«, Checklisten und Verhaltens-

handreichungen für allerlei Probleme produziert, sich als Schiedsgericht gebart, wenn es nur aus der Lokalität angerufen wird.

- Die Mitglieder der Ortsgruppen (früher waren wir AktivistInnen der iL und haben uns im Lokalen einen Rahmen gesucht, um in der Gesamt-iL Politik zu machen, nicht andersherum) fordern Delegiertenschlüssel, sozialistische Programmatiken, interne Ausschüsse, Kommissionen oder Unterstützungsfonds, während eine handvoll von Menschen sich überhaupt um die iL als Gesamtes kümmert.
- Partei, massenkompatible Politik und ein schlechter Avantgardeanspruch in »breiten Bündnissen« tauchen bei uns wieder auf: Der Erfolg unserer Aktionen wird an der Menge der Menschen und am Diskurs gemessen (nach dem Motto: Wie viele folgen uns), zunehmend inhaltsleere und auf schlichte Reichweite fokussierte Öffentlichkeitsarbeit ist mit dem Wohlgefallen verbunden, dass die iL in der Bewegungslinken hegemonial ist und wir nehmen jeden auf, der einverstanden mit unserem P***buch (Zwischenstandspapier) ist. Vielen GenossInnen scheint die Angst der Frage von 2004, die mit den Anti-Deutschen verknüpft war: »Wie verhindern wir, dass die immer wieder sich einstellende Erfahrung, in der Minderheit zu sein, in elitistische Identitätspolitik umschlägt ...?« immer noch so im Nacken zu sitzen, dass sie lieber breite Bündnispolitik machen, als in einer Minderheitenposition leben zu müssen. Aus den AktivistInnen der iL auf dem Gesamttreffen werden Delegierte ihrer Ortssektionen. Aus den Gesamttreffen werden Sitzungen, in denen sich die unterschiedlichen Fraktionen austauschen und Kompromisse entwickeln.



Am Rande der Demo gegen G8, Rostock 2007

Wie konnte es dazu kommen? Nun, unseres Erachtens gab es die zentristischen Positionen in der iL (Zwischenstandspapier als Parteiprogramm, breite Bündnisse und »Ziviler Ungehorsam« als einziger Form praktischer, revolutionärer Politik) schon immer, die Frage danach, was eigentlich linksradikal zu sein und linksradikal zu handeln bedeutet, war viel zu lange schon nicht gestellt. Aber erst mit der unbearbeiteten Niederlage von Blockupy geriet die iL ernsthaft in eine Situation, in der die Treue zum Ereignis (zu seiner Möglichkeit) und zu seinem »Stattgefundenhaben« organisiert werden musste, um es einmal mit dem französischen Kommunisten Badiou zu formulieren. Mit »Niederlage von Blockupy« meinen wir übrigens nicht, dass die rebellische, praktische Intervention gegen die europäische Austeritätspolitik an diesem Punkt gescheitert gewesen wäre. Vielmehr ist damit gemeint, dass Blockupy im Nachhinein, mit der unbeantworteten Unterwerfung Syrizas gescheitert ist. Was aber bedeutete das eigentlich? Der großartige Erfolg einer stabilen, interventionsorientierten, »undogmatischen« linksradikalen Organisierung in der BRD stand plötzlich auf dem Spiel. Heiligendamm lag ebenso wie Blockupy hinter uns. Wie also weiter? Auch, wenn es viele vielleicht gar nicht bemerkt haben, ging es in der iL seitdem darum, wie man der Erfahrung von Heiligendamm etc. treu bleiben kann, obwohl zugleich deutlich war, dass diese Erfahrung hinter uns lag und eine solche ähnliche, zukünftige Erfahrung (Ereignis) gar nicht zu erwarten war.

Die Möglichkeit eines Ereignisses

Wir leben seitdem nicht im Moment des Ereignisses. Ein Ereignis ist mit Badiou ein politischer Moment, der jedes Gesetz unterbricht, die Wahrheit aus einem

kommunitären, partikularen Raum herausbricht und damit eine Gleichheitsprozedur ermöglicht. Vielleicht etwas einfacher formuliert: »Emanzipatorische Politik wird immer jenseits der Identität gemacht, indem sie beweist, dass sie für alle Identitäten funktioniert!« Nebenbei also: Aufgabe einer Linken wäre die Organisation der Unterbrechung des Gesetzes, das genau das verunmöglicht.[39] Wir leben als iL, als radikale Linke sicherlich in einer Zeit, die das Ereignis im Rücken hat, und in der sich kaum etwas Neues abzeichnet, bzw. noch nicht sichtbar ist. Oder in der das Neue maximal eine neue Ordnung, sei sie Schwarz-Grün oder Rot-(Gelb-)Grün, aber keine Ermöglichung von Gleichheit sein wird.

In einer solchen Zeit – und das ist nichts Neues für eine Linke – geht es eben darum, sich so zu organisieren, dass die Hoffnung auf ein zukünftiges Ereignis (möglicherweise sogar die Revolution) bewahrt bleibt. Wir jedenfalls leben in einer Zeit, in der die Treue zum Ereignis (zu seiner Möglichkeit) und zu seinem »Stattgefundenhaben« organisiert werden muss. Das erklärt die Frage, warum es richtig ist, sich zu organisieren.

Es gibt in der Geschichte der kommunistischen Kämpfe (und vielleicht darüber hinaus) verschiedene Gründe, sich zu organisieren: weil man sich im Kampf befindet (Guerilla); weil man den Sieg organisieren muss (Bolschewiki); weil man in einer Situation des politischen Unterlegen-Seins die Möglichkeit des Sieges bewahren muss (iL).

Wir leben in einer Situation, in der die Erinnerung an die Möglichkeit eines Ereignisses und die Hoffnung darauf, das wiederum ein Ereignis stattfinden kann, bewahrt, tradiert und organisiert werden muss. Badiou nennt das mit einem schönen alten Begriff »Treue«. Aber wie geht das eigentlich, die Treue im Modus ihrer Krise, die Treue im Modus ihrer Erschöpfung zu organisieren? Dort, wo doch eigentlich erst ihre Bewährung aussteht, weil kein kommendes Ereignis den Horizont erhellt?[40] Wir haben darauf nicht wirklich eine Antwort. Aber zwei Dinge sind offensichtlich:

Ich glaube erstens, dass der iL das Bewußtsein für ihre eigene historische Situation verloren gegangen ist. Das sie keine Einsicht darin hat, wo sie sich im Verlauf der Kämpfe befindet. Ja, ich befürchte sogar, dass viele gar keine Einsicht mehr haben, dass sie überhaupt in einer Geschichte leben, und deshalb auch das Bewusstsein von der Wahrheit der Möglichkeit eines Ereignisses (Revolution, Intervention, Unterbrechung des Gesetzes etc.) verloren hat. Die Verwaltung und Bewahrung einer Wahrheit aber in einer Situation, in der die Wahrheit längst verloren und aufgegeben ist, ist überflüssige »Kackscheiße«, um einmal einen großmäuligen Spruch von uns gegen uns zu wenden.

Und zweitens habe ich den Eindruck, dass sich die iL in einem fast notwendigen Widerspruch befindet, und damit das Schicksal vieler kommunistischer Parteien teilt, denen sie doch eine »Partei neuen Typs« entgegenstellen wollte. Die iL verkommt zu einer parteiförmigen Organisation, die ihre Aufgabe fast nur noch in der Verwaltung der Wahrheit im Moment der politischen Stagnation, der Krise und des Rückschritts sieht. Die »Verwaltung der Wahrheit« kann durchaus ihren Sinn haben. Letztens wurde ich gefragt: »Wie stehts bei euch in der iL?« und musste zugeben, dass ich die Situation für nicht allzu gut hielte. Die Antwort: »Oh Gott, jetzt ihr nicht auch noch!«

Die fehlende Reflexion und Bearbeitung

Aber wenn nur noch verwaltet wird? Die iL hat längst einen Anspruch auf Wahrheit verloren und droht im Moment an der nackten Verwaltung daran zu scheitern, wo vor ihr eben auch schon viele andere kommunistischen Parteien und Bewegungen gescheitert sind. Badiou nennt das den schon fast notwendigen inneren Verrat. Er sagt das im Bild der Entwicklung der Kirche: »Eine Heiligkeit kann sich nur schützen, wenn sie aus sich in aller erforderlichen Härte eine Kirche schafft. Aber diese Kirche macht aus der Heiligkeit ein Priestertum: Der Schutz vor der Korruption durch die Geschichte wird selbst zum Verrat an der Heiligkeit: die fast notwendige innere Bewegung des Verrats.«

Will sagen: Wir versuchen, unsere Organisation zu schützen und zu stärken und verfallen in den Aufbau eines wie oben beschriebenen Apparates mit Zentralkomitee, noch schlimmer mit informellen Hierarchien, mit Formalismen, mit Schlichtungskomitees, mit dogmatischen »Eine-Gruppe-vor-Ort-Gesetzen«, die uns das scheinbare Gefühl von Sicherheit und Ordnung suggerieren. Wir verfallen in den Fehler des Aufbaus einer Kirche, einer Partei, die selbst zum Verrat an der Sache wird. Nur mit dem Effekt eines zunehmenden Zerfallsprozesses, der nicht 2000 Jahre wie in den Kir-

39 Badiou, Alain: Paulus. Die Begründung des Universalismus, S.46.
40 Rene: Interview with Alain Badiou, http://www.16beavergroup.org/mtarchive/archives/002075.php

chen, nicht 200 Jahre wie bei der Kommunistischen Partei, sondern gerade einmal 20 Jahre währt. Dieser notwendige Widerspruch bzw. Prozess an sich ist nicht das Problem, sondern wird erst zum Problem, wenn er nicht reflektiert und bearbeitet wird. Dann erst tritt der aktuelle Zerfallsprozess ein.

Nach Heiligendamm ist vor Heilgendamm. Oder anders herum: Wir haben damals die Frage nach der Organisierung Neuen Typs nicht beantworten können. Und weil sie auch in den letzten Jahren nicht gestellt, bzw. im Sinne des »fast notwendigen Verrats« von Badiou beantwortet wurde, ist die iL Geschichte. Was nicht heißt, das sie verschwinden wird. Aber dass sie vielleicht immer weiter zu einer NGO, zu einer Event- und Politikberatungsagentur oder zu einem rosaroten Campact mutieren wird.

Ritualisierung, Fragmentierung und Überstrukturierung in der Linken

Von Tini

Auf der Tagung »iL und radikale Linke in der Krise« im Sommer 2021 durfte ich Gedanken, Erfahrungen und Problemanalysen zum Thema Organisationspolitik beitragen. Nachfolgender Text ist die Verschriftlichung des damaligen Beitrags. Zentrales Argument war die Analyse, dass die iL (Berlin) und zum Teil auch die radikale Linke vor drei zentralen Herausforderungen steht, die ich als *Ritualisierung*, *Fragmentierung* und *Überstrukturierung* benenne. Auf der Tagung war es mir wichtig, in die empirische Spurensuche zu gehen, d.h. konkrete Beispiele aus der Gruppe zu benennen und auch die Pendelbewegung nachzuzeichnen: Warum haben wir was gemacht und was waren die Folgen davon? Aus Gründen möglicher Repression sind diese Beispiele nicht im nachfolgenden Beitrag zu finden.

Erstens, die *Ritualisierung* von politischen Prozessen und Aktionsformen. Aus ihr erwächst Ideenlosigkeit, sie führt zur Kurzsichtigkeit und schwächt unser kommunistisches Begehren. Es mag das sein, was einige der Genoss*innen, die die Konferenz organisiert haben, als sozialdemokratisch bezeichnen. Soziologisch könnte man auch ganz trocken von einer organisationalen Pfadabhängigkeit sprechen.

Die Kritik einer Ritualisierung kam mir beim Lesen von Jodi Deans Buch »Kommunistischer Horizont«. Sie argumentiert, dass die Linke durch den bzw. nach dem Kalten Krieg in einem Triebkreislauf verharrt ist, stets dasselbe zu tun, darin Befriedigung findet und im System angekommen ist.[41] Dadurch habe sie das kommunistische Begehren aufgegeben.

Auch wir tun stets dasselbe. Wir sind »Kampagnenmaschinen« geworden, unbezahlte Campaigner*innen: Dresden Nazifrei, Castor Schottern, Blockupy, Ende Gelände, G20, DW Enteignen, Seebrücke – um nur die Kampagnen-Leuchttürme zu nennen, wobei auch in der Basisarbeit vieles stets derselben Logik folgt. Es ist klar, was wir zu tun haben. Wir leiern immer dasselbe Programm runter: Bündnisaufbau, Demo, Aktion, Aufrufe, Socialmedia.

So wichtig und richtig viele diese Kampagnen waren und sind, so richtig und wichtig all die Gründe sind, aus denen wir das tun, müssen wir eingespielte Formen und Praktiken nach ihrer Sinnhaftigkeit hinterfragen und dürfen Dinge nicht primär deshalb ausführen, weil wir sie können. Dean schreibt, dass in der ständigen Wiederholung eine Befriedigung liegt. Es mag sein, dass Rituale Sicherheit geben. Sie können aber auch eine Bürde für die Psyche von Aktivist*innen sein, denn sie rauben Spaß und Freude am Kämpfen. Wir und diejenigen, die wir mit uns nehmen, verlernen, dass man Dinge auch anders machen kann. Ritualisierung bringt Kreativitätsverlust, Verlust von Denkvermögen nach Alternativen, zügelt spontane Emotionen, führt zur Unsicherheit in ungewohnten Formen und Gefilden, und damit zwangsläufig zu einer Einhegung in das Bekannte und damit auch Institutionalisierte und Gezähmte. Ich sehe zudem die Gefahr, dass – im Sinne von Jodi Deans Argument der kurzzeitigen Befriedigung – die Kampagnen und Formen, wie wir sie ausüben, zu kurzen Erfolgsmomenten verleiten. Es kommt zu einem kleinen Schnuppern an Macht und Relevanz, wenn wir in der Tagesschau landen. Dieser Moment aus der Ohnmacht heraus, das Gefühl der Wirkmächtigkeit, der kollektiven Stärke, ist wichtig um unsere revolutionäre Hoffnung und Stärke zu spüren. Doch das Gefühl darf sich nicht umkehren darin, dass es uns im Triebkreislauf dieser Kampagnen und kühler, strategischer Riesenbündnisse hält, in denen unsere Positionen, unsere Wut und Sehnsüchte befriedet werden.

Die Kritik ist sicherlich überzeichnet und ein Stück weit »Jammern auf hohem Niveau«. Vieles an unseren Politik- und Aktionsformen war bzw. ist gut und richtig – und ist historisch in den damaligen Zustand der radikalen Linken mit ihrer Zersplitterung und Isolation einzuordnen. Die iL war und ist wichtig, hat eine wichtige Form der wirkmächtigen, sichtbaren, offensiven und offenen Politik angestoßen, die nun

41 Sie bezieht sich dabei auf eine psychoanalytische Argumentation.

erreicht wurde. Jede Party, die man zum 100. Mal feiert, nutzt sich irgendwann ab. Dies soll also kein Plädoyer dafür sein, nie wieder Kampagnen nach bekanntem Muster zu machen. Nicht alles, was man (im Sinne der gesamtideellen Aktivist*in, des organischen Kollektivs) lernt und irgendwann kann, ist schlecht. Ich bin mir der Ambivalenz des Geschriebenen im Klaren. Die Gedanken, die die Analyse von Dean auf meine Erfahrungen der letzten zehn Jahre in der radikalen Linken legt, sollen als Anregung dienen, den Blick zu weiten, was im Kleinklein der alltäglichen Politarbeit schwer ist – ein Plädoyer dafür, dass wir uns wieder antrainieren, stets auch den Horizont zu fokussieren.

Wir kommen kaum noch zusammen

Zweitens, die *Fragmentierung* unserer Kämpfe und damit einhergehend Gefahr von Realpolitik. Die Fragmentierung ist ein Charakteristikum der neoliberalen Gesellschaft und prägt die Arbeitswelt, unsere sozialen Beziehungen und auch unsere Politik – denn natürlich sind wir auch Teil der Gesellschaft und können ihre Widersprüche nicht in unserem Mikrokosmos auflösen.



Revolutionärer 1. Mai, Berlin 2018

Die iL ist fragmentiert in diverse, stets ausdifferenzierte AGs, Kampagnen, Projekte, Kommissionen. Um das alles wieder einzufangen werden Querverbindungen geschaffen, die weitere Strukturen mit sich bringen. Natürlich haben wir das aus gutem Grund gemacht. Feste Strukturen wie z.B. AG-Arbeit ermöglichen eine langfristige inhaltliche Politik (beispielsweise in stadtpolitischer Arbeit, im Gesundheits- oder Klimabereich). Organisatorisch sind sie zentral zur Einbindung von Genoss*innen und Widerstandsfähigkeit über Bewegungszyklen hinaus (siehe z.B. in der Corona-Pandemie). Außerdem wären die einzelnen Aktivist*innen überfordert, wenn alle alles machen müssten. Dann wären wir auf uns als Individuen zurückgeworfen. Welch eine unendliche Einsamkeit. Strukturen ermöglichen also auch eine Verkollektivierung der Verantwortung, die ein kommunistisches Begehren mit sich bringt. Das Kollektiv entlastet, ist im besten Fall eine solidarische Arbeitsteilung.

Dem gegenüber steht jedoch die Gefahr der Zergliederung, so dass schließlich alles nebeneinander steht und nicht mehr zusammenkommt. Das größte Problem darin: Daraus resultieren Praktiken, die alleine in der Realpolitik verhaftet sind und kaum einen utopischen Überschuss generieren können. Ziel und Zweck vertauschen sich und die Hegemonietheorie (die als Anleiter*in für unsere Politik auf der Tagung durchaus kritisch diskutiert wurde) verliert sich in der Praxis. Es war sicherlich richtig, die Finger auszustrecken und aufzubauen, eine starke Klimabewegung und stadtpolitische Bewegung aufzubauen, die Kämpfe im Gesundheitssektor, von Migrant*innen und Geflüchteten oder auch gegen Rassismus zu unterstützen. Doch wir müssen die Finger auch wieder zur Faust zusammenbringen können. Unser Denkhorizont ist auf fragmentierte, kurzfristige und realpolitische Teilerfolge begrenzt, anstatt dass die kleinen Teilschritte in eine größere Strategie auf dem Weg zur Revolution eingebettet sind. Es gibt natürlich keinen Fahrplan zu Revolution; worum es mir geht, ist der Verlust dieses Denkvermögens, woraus die zuvor beschriebene Ritualisierung entsteht.

Drittens, ist die iL (und Teile der radikalen Linke) gleichzeitig von einer *Überstrukturierung* charakterisiert, die die Organisation in Bewegung gefährdet und Erstarrung riskiert. Auch hier ist die Pendelbewegung wichtig zu betonen: Wir haben uns Strukturen gegeben, wollten und wollen eine starke widerstandsfähige und basisdemokratische Organisation aufbauen, die hält und politische Zyklen überdauert. Ein*e jede*r von uns muss darin austauschbar sein. Unsere Individualität ist wichtig, aber es geht nicht um das Individuum. Hierin liegt wieder eine kollektive Verteilung der emotionalen Bürde von Revolutionär*innen. Adhoc-Arbeitsgruppen, spontane Mobilisierungen, haben Genoss*innen oftmals ausgebrannt zurückgelassen, denn die Notwendigkeit, für alles verantwortlich zu sein, kann nur überfordern. Strukturen sind wichtig, um Kader*innen aufzubauen und ihnen Positionen zu ermöglichen, in denen sie als Teil des Kollektivs nützlich sein können, stark und schwach sein können, ohne dass alles zusammenbricht.

Dies wäre idealtypisch die Funktionsweise von Strukturen. In der Praxis kann zu viel Struktur die einzelnen Aktivist*innen ebenso überfordern wie gar keine. Diese Diagnose stelle ich für die iL Berlin, ohne konkrete Beispiele nennen zu können. So viel kann gesagt werden: Nur wenige können sich die mittlerweile sehr komplexen Rhythmen der Treffen von Struktureinheiten merken. Klar, auch die einzelnen Strukturen haben wir nicht ohne Grund eingeführt. Alle waren stets ein Versuch, der Fragmentierung aufgrund der stets steigenden Gruppengröße und Ausdifferenzierung in verschiedene Teilbereichskämpfe entgegenzuwirken und wieder in die gemeinsame strategische Debatte zu kommen. Alle sind sich also der Notwendigkeit gemeinsamer strategischer Debatte bewusst – doch gibt es kein Rezept. Und so mussten wir probieren… Und haben an verschiedenen, eher formalistischen Stellschrauben in der Struktur unserer Organisierung herumprobiert.

Eine weitere Folge von Überstrukturierung in Organisationen ist die, dass alles in strukturpassende Formen und Inhalte gegossen wird. Für linksradikale Gruppen kann das zur Erstarrung, Verlust der Spontanität, Kreativität und Radikalität (z.B. durch Kompromissfindung, Abwägen von Risiken) führen.

Der Widerspruch treibt uns kaum mehr an

Zusammenfassend sehe ich drei zentrale Probleme, vor denen die iL (Berlin) und Teile der radikalen Linken stehen: die Ritualisierung, Fragmentierung und Überstrukturierung. Sie sind auch organisational, d.h. inhärente Probleme von wachsenden Gruppen, die sich zu konsolidieren versuchen. Der »Organisation in Bewegung« liegt unweigerlich ein Widerspruch zugrunde. Das wussten wir. Lange hat der Widerspruch uns angetrieben, nun scheint er uns zu hemmen. Was wir an Bewegung haben, ist uns in den letzten Jahren zunehmend schwerer gefallen zu organisieren im Sinne eines langfristigen kommunistischen Horizonts. In unserer Organisation wiederum ist uns in den letzten Jahren Bewegung verloren gegangen im Sinne von Spontanität, Kreativität und Mut.

Ist dies der Moment für eine schöpferische Zerstörung? Braucht es Mut, den Strukturfetisch zu überwinden? Können wir alles neu und anders machen? Ich denke, dass das eine Illusion ist. Nicht nur, weil die iL immer noch ein verdammt guter und wichtiger Laden ist, um den es sich zu kämpfen lohnt; dessen Aktivist*innen selbstkritischer als viele andere Zusammenhänge Probleme sehen, daraus aber noch lange keine (unmittelbaren) Antworten resultieren. Darüber hinaus bin ich mir ziemlich sicher, dass neue Versuche schnell an ähnliche Punkte kommen und in ähnliche Muster verfallen würden, sobald sie die Größe und das Alter der iL erreichen. Das soll nicht bedeuten, dass die politischen Dissense und Enttäuschungen bei Einzelnen so stark sein können, dass sich die Wege trennen. Die iL mag in der Krise sein, aber noch lange nicht am Ende. Nach einer Phase des Aufbruchs müssen wir nun beweisen, dass wir uns bewegen können; dass wir uns nicht auf der Reinheit der Kritik ausruhen, sondern aus Selbstkritik neue Stärke aufbauen können, dass wir uns streiten und neu erfinden können. Ich hoffe noch, dass dies aus uns selbst gelingen kann (natürlich mit den vielen Genoss*innen, die nicht in der iL organisiert sind). Ein*e Genoss*in aus Kolumbien spricht von der revolutionären Geduld und einem Bewusstsein der Kämpfenden, dass es ein Kampf von 100 Jahren sein könnte. Lasst uns mehr revolutionäre Ungeduld haben, aber lasst uns nicht vorschnell abreißen, was wir aufgebaut haben.

Reflexion und Rückmeldungen

Schlaglichter: Wortmeldungen, Beiträge und Schlussfolgerungen

*Von Teilnehmer*innen*

*Über 70 Genoss*innen hatten sich zur Tagung angemeldet, außerdem schrieben uns weitere Interessierte, die terminlich keine Zeit zur Teilnahme in Berlin hatten. Gefühlt alle, die kamen, hatten den vorbereitenden Reader gelesen. Die Einladung und die Tagung wurden also ernstgenommen. Und noch etwas war spürbar: Es gab ein großes Bedürfnis nach Austausch. Es gab Redebedarf und Redelust, viele wurden aus einem Diskussionsloch abgeholt. Immerhin war die Tagung das erste größere Zusammentreffen von IL-Aktiven in Präsenz seit Pandemiebeginn. Es gab gute Diskussionen, mit vielen Bezügen zu bereits (teils am Vortag) Gesagtem. Nachfolgend haben wir versucht, Wortbeiträge aus den Diskussionen und vor allem vom sonntäglichen Abschlussplenum aus unseren Erinnerungen und Protokollnotizen zusammenzustellen. Auch wenn manche Beiträge in direkter Rede formuliert sind, so entsprechen sie nicht unbedingt dem genauen Wortlaut.*

* In der 1999 gestarteten Initiative, aus der die IL hervorgegangen ist, sind Leute zusammengekommen, die sich in den 1970ern mit dem Arsch nicht angeguckt hätten. Wir haben uns getroffen, um als radikale Linke aus der Bedeutungslosigkeit herauszukommen. Die Breite, die Differenzen und die Vielfalt derjenigen, die da zusammenkamen, waren etwas Außergewöhnliches. Noch heute sind sie ein Garant dafür, nicht in die Bedeutungslosigkeit zurückzufallen. Nach etwa fünf Jahren haben wir uns Mitte der 2000er Jahre getreu dem Motto »Theorie ist spaltend, Praxis vereint« nicht für eine Grundsatzdiskussion entschieden, sondern für Heiligendamm, wo 2007 der G8-Gipfel stattfinden sollte. Eine Zuspitzung des massenhaften Ungehorsams in Richtung Sabotage kam danach mit Castor Schottern. Warum haben wir da nicht weitergemacht?

* Über 20 Jahre linksradikale Organisierung haben einen Wert und eine Bedeutung. Etwas Vergleichbares hat es in der Bundesrepublik zuvor noch nicht gegeben. Die IL organisiert jedoch keine Riots. Das kann sie gar nicht, weil Riots spontan entstehen. Aber wir haben wiederholt Momente geschaffen, in denen Riots entstehen konnten, und wo auch organisierte Militanz einen Platz hatte.

* Heute gibt es in der IL keine eigenständigen Initiativen und Gruppen sowie auch keine Einzelpersonen mehr, sondern nur noch IL-Ortsgruppen. Dieses Prinzip ist ein Parteienprinzip. Hinzu sind teils autoritäre Phantasien im Koordinierenden Gremium (KoGre) wahrnehmbar, wie beispielsweise die, eine Ortsgruppe einzustampfen und dafür in der Stadt eine neue aufzumachen. Das gleicht einem autoritären Zentralkomitee (ZK). Gleichzeitig kann das KoGre seinem Anspruch, ZK zu sein, gar nicht genügen.

* Die IL ist in Formalismus und Realpolitik verfangen und hat keinen utopischen Überschuss mehr. Innerhalb der IL gibt es auch eine Fragmentierung in themenfeldbezogene Projekte. Diese Kritik würden 80 Prozent in der IL teilen. Darüber braucht es dringend Austausch und Verständigung, ebenso wie über das Kriseln und Bröckeln in der gesamten radikalen Linken sowie die Tendenz zu neuen »Roten Gruppen«, die eher eine Parteistruktur anstreben als ein Forum, die sich mehr der Klassenpolitik zuwenden und weniger dem Kampf gegen Multiple Oppression. Wer radikal neu denken will, wie es die Organisator*innen der Tagung anregen, braucht zunächst eine Analyse: Wo sehen wir das Problem? Dann können wir uns in einen Prozess und eine Diskussion begeben, mit Lust am Streit und mit Neugier an der Sicht des Anderen. Dann erst ist es frühestens möglich, einen Vorschlag auszuarbeiten.

* Ich bin ein Kind der IL. Meine politische Zeit habe ich fast ausschließlich in der IL verbracht – und das seit etwa 2004. Ich kenne die Empfindungen, keine Hoffnung mehr und Frust zu haben oder sich alleingelassen zu fühlen. Ich empfinde große Dankbarkeit gegenüber der Tagungsvorbereitung. Toll fand ich vor allem drei Dinge: 1. Das zweckfreie Reden habe ich als Befreiung empfunden. Für zweckfreies Reden gibt

es in unserem Organisierungsalltag meist weder die Zeit noch die Orte. Dieses Treffen dagegen lief auf nichts hinaus: kein Ergebnis, keine Entscheidung, keine neue Kampagne. 2. Die inhaltliche Vertiefung war der Oberhammer, insbesondere die Beiträge am Samstag zu Subjektivierung. Toll, dass die Referentinnen Bücher gelesen und sich eingefuchst haben, dass sie eigene Gedanken dazu entwickelt haben und mich an diesem Wissen haben teilhaben lassen. 3. Die Eigeninitiative der Tagungsorganisatoren, sich einfach selbst einen Raum zu nehmen, dürfen wir nicht als Bedrohung empfinden, sondern als Bereicherung. Im offiziellen IL-Rahmen wäre das Wochenende ganz anders geworden. Wir müssen uns selbst viel mehr Räume aneignen und damit der eigenen Struktur einen hohen Dienst leisten, was in der normalen Routine nicht möglich ist. Insofern war dieses Treffen auch ein Aufruf zur Selbstermächtigung: Zeigt Eigeninitiative! Wir müssen nicht um Erlaubnis fragen, um dem Kollektiv etwas beitragen zu können. Und das Ergebnis wird dann zeigen, ob es funktioniert hat. So können kollektive Transzendenzerfahrungen wie an diesem Wochenende entstehen.

* Die IL hat einen Selbstauftrag: Die IL verschiebt irgendwas nach irgendwo. Aber es gibt auch ein revolutionäres Begehren in unserem Leben, trotz dieser düsteren, nicht-revolutionären Zeiten. Der Sprung ins Unbekannte ist noch nicht getan. Wir haben keine kollektive Antwort auf Corona. Wir wurden in den letzten Monaten als IL intern unerträglich. Die Idee für den gemeinsamen Kampf nach außen, so etwas wie es 2007 Heiligendamm war, fehlt.

* Ich bin, um an den Worten meiner Vorrednerin anzuknüpfen, ein Stiefkind der IL. Ich und meine frühere Gruppe waren in der IL, bis wir uns vor einigen Jahren trennten und wir schließlich eigene Wege gingen. Die Fragen dieses Wochenendes sind auch unsere Fragen, sie stellen sich ganz konkret auch uns. Aber ehrlich gesagt ist unsere Lage noch viel katastrophaler als die der IL. Mit meinem Blick von außen habe ich den Eindruck: Keiner kann die IL leiden, aber alle sind froh, dass es sie gibt. Manchmal frage ich mich, wo die IL mit ihrer Scharnierfunktion in bestimmten Kämpfen zu finden ist, beispielsweise bei der Rigaer Straße in Berlin. Ich wünsche mir, dass diese Tagung ein Anfang eines Prozesses ist, der politische Arbeitszusammenhänge ohne Eitelkeiten und ohne Ausgrenzungen entstehen lässt. Denn wir brauchen Mut zum Wagnis, Mut zur Zusammenarbeit und letztlich auch Mut zum Scheitern.

* Der Ausgangspunkt der IL war: Die Linke ist in einer Krise, da wollen wir sie rausholen. Die IL hat ihren Zweck nicht erfüllt, das zeigt das politisch-strategische Scheitern der Linken. Keine*r auf der Welt glaubt uns, dass wir es ernst meinen. Wie wird Revolution und unser Kampf um Kommunismus glaubwürdig? Das sollte unsere Frage sein. Lokal und nur entlang eines Themas werden wir es nicht schaffen. Die metropolitane Linke, das ist unsere Grundlage, ist korrupt, rassistisch, sexistisch, nationalistisch. Und das ist sie bis zum Beweis des Gegenteils. Wir brauchen einen Blick auf die Welt, nicht auf Berlin. Wir müssen Gegenmacht schaffen und sichern! Die IL macht jedoch Bürgerrechtsarbeit, eine notwendige sozialdemokratische Arbeit, die niemand mehr sonst macht und die die IL gelernt hat zu machen und inzwischen zur Aufgabe der IL geworden ist. Das heißt auch, radikale Arbeit macht niemand mehr. Das aber wäre Aufgabe der IL. Ich war noch nie zuvor in einer so mittelständischen, akademischen Organisation wie der IL. Selbst die Guerilla ist tausendmal proletarischer gewesen als die IL.

* Das Wochenende war aufwühlend. Für mich waren die Analysen und das Ringen um Antagonismus ein Gewinn, auch um an der Organisationsfrage weiterzukommen.

* Die Tagung hat einen Raum geschaffen, auch für ehemalige IL-Mitglieder, die wiederkamen, weil sie Interesse an einem strategischem Austausch hatten, aber sich die Kultur der diversen wöchentlichen Treffen mit oft langwierigen Berichten aus Bündnissen nicht mehr antun wollen oder können. Viele Beiträge dieser Ehemaligen waren bereichernd, die IL täte gut daran, diese Genoss*innen in irgendeiner praktikablen Form einzubinden. Wir brauchen sie. Und wir brauchen dafür mehr solcher Debattenräume, damit Menschen dabeibleiben, sich angesprochen fühlen und intellektuell herausgefordert werden, gerade wenn es ihre Lebensumstände nicht erlauben, drei abendliche Treffen pro Woche zu besuchen. Die Tagung hat verschiedenste Menschen zusammengebracht. Das war anregend und erkenntnisgewinnbringend für alt und jung, für ehemalige und aktuelle IL-Aktivist*innen, für Menschen,

die ihr gesamtes politisches Leben in der IL verbracht haben und für Menschen, die zweifeln, ob die IL weiter ihr politischer Ort ist.

* Die Tagung hat einen temporären Zusammenhang hergestellt. Das hat gut geklappt. Neben der Kleingruppenphase waren es vor allem die Pausen, in denen die Teilnehmer*innen sich angeregt austauschen konnten. Ich frage mich allerdings: Geht das bei den offensichtlichen Unterschieden in der IL noch zusammen?

* Die Unzufriedenheit konnte ausgesprochen und verstanden werden. In der Analyse sind wir uns weitgehend einig, in den Konsequenzen und Schlussfolgerungen nicht. Deshalb müssen wir weiterreden!

* Der Praxisteil der Tagung, am späten Samstagabend in Kreuzberg, hat gezeigt, dass wir optimistisch in die Zukunft blicken können. Noch vor genau 50 Jahren, am Abend des 3. Juli 1971, es war auch ein Samstag, besetzten über 100 Schüler*innen und Lehrlinge nach einem Ton-Steine-Scherben-Konzert ein leerstehendes Fabrikgebäude in der Berliner Mariannenstraße, um dort ein Jugend- und Lehrlingszentrum einzurichten. Die Bullen kamen, räumten die besetzen Etagen und verhafteten zwischen 50 und 80 Jugendliche. 50 Jahre später, wir waren dabei, gab es ein Konzert auf dem Kreuzberger Mariannenplatz. Als es zu Ende war, kamen die Bullen und wollten den Platz räumen. Aber die Leute zeigten sich unbeeindruckt und blieben. Die Bullen zogen unverrichteter Dinge wieder ab. Die Party ging noch bis spät in die Nacht. Von wegen früher war alles besser!

»Weiter so!« und »Hört endlich auf!«

Von einem Teilnehmer

Da auch wir, die wir nicht IL sind, zu der Konferenz eingeladen und nun auch angefragt wurden, Feedback zum Treffen zu geben, hier einige Gedanken. Tatsächlich hatte ich andere Erwartungen gehabt nach der Einladung und war einigermaßen überrascht, dass der Fokus sehr gruppenintern ausgerichtet war und ich habe mich entsprechend eher als Zuschauer gefühlt. Dies aber mit viel Interesse und auch mit Gewinn, denn die Fragestellungen und Inputreferate waren z.T. sehr spannend und anregend. Die Diskussion war positiverweise sehr engagiert und breit aufgestellt, alle haben was gesagt, allen war anzumerken, dass es um was geht, viele kluge Köpfe – und das ist heutzutage an sich schon selten.

Der Fokus in den Konferenzdiskussionen auf die Organisationsstruktur und die entschiedene Verteidigung der Leistungen und Erfolge der Gruppe durch einige empfand ich allerdings als Engführung und hatte für mich auf den Kern der Problematik dieser Form der Organisierung verwiesen, in der es m.E. um ein Regulieren der multiplen Krisen geht, das sich am Maßstab des Erfolges misst – und das hat seinen politischen Preis. Dies mir nochmal anzuhören hatte bei mir die jahrelang hitzig geführte alte Heinz-Schenk-Debatte um den Autonomie-Kongress Mitte der 1990er Jahre wieder hochkommen lassen. Im Grunde sind die Probleme und Dissense heute immer noch dieselben und die Dilemmata zwischen tradeunionistischer und institutionell vermittelter (und verwalteter) linker Intervention und der Notwendigkeit, mit den herrschenden Logiken und der herrschenden Ratio zu brechen, scheinbar immer noch unlösbar. Das ist auch der Grund, warum ich die Einladung, auf dem Podium zur Organisierungsfrage zu sprechen, abgelehnt hatte, denn die wenigen und verstreuten gelungenen autonomen Organisierungsversuche der letzten Jahre (die sich erfolgreich den Zugriffen von IL und UG erwehren konnten), wie etwa zum NSU-Komplex, hatten nur in Ansätzen Bewegungspotential evoziert oder dauerhafte Strukturen geschaffen.

Dennoch, so bitter notwendig und großartig die erfolgreichen Kampagnen der IL in den letzten Jahren waren, so sehr ging entlang dieser Politiken jedes Mal aufs Neue der Möglichkeitshorizont eines radikalen Bruchs, die Fantasie eines anderen Lebens und die Emanzipation der Subjekte zur Autonomie verloren. Stattdessen zeigten sich in den Prozessen entlang der Kampagnen, da, wo ich sie mitbekommen hatte (z.T. bei Seebrücke, bei #unteilbar, bei G8 ...), stets Konturen einer autoritären Ordnungspolitik, die im Zweifelsfall mit den vielen Aufbrüchen (hierzulande und weltweit) wenig anfangen konnten und diesen »fremd« gegenüberstanden. Konkret wurde mir das auf der Konferenz am stärksten sichtbar in dem synthetischen Sprechen zu den Kämpfen der Migration (im Gegensatz zu einer organischen Position), deren Subjekte zwar in jedem zweiten Beitrag als Referenzpunkt aufgerufen wurden (DWE, Seebrücke, Solidarity Cities, G8...), aber eben nur als Objekt (von Solidarität als Fürsorge) für die jeweiligen Kampagnen Bedeutung besaßen, und nicht als transformatorische Kraft, aus der sowas wie solidarische Subjektivierungsprozesse, transnationale Bezugnahme und schließlich eine revolutionäre Politik überhaupt erst ihren Ausgang nehmen können. Das hatte sich am meisten zugespitzt in dem Reden von der »nicht-signifikanten Surplus Bevölkerung« (und es ist total egal ob das ein zitierter marxscher Analyse-Begriff ist), noch mehr allerdings im Schweigen zu diesen Kämpfen und es hat sich auch gezeigt in der weitgehenden Homogenität der Aktivist*innen vor Ort.

Man möchte der IL zurufen, »weiter so« und »viel Glück« und gleichzeitig, »hört endlich auf«.

Wenn das Undenkbare eintritt

Von einer Teilnehmerin

Ich denke, es wäre hilfreich, folgende Beobachtungen zu überprüfen und zu versuchen, zu verstehen, was da passiert:

1. Es gibt eine Verschiebung der Blickrichtung weg von »Was ist nötig?«, im Sinn von ethisch notwendig und menschlich geboten, hin zu »Was können wir wollen?«, nicht mehr im Sinn eines utopischen Projekts o.ä., sondern im Sinn von Ergebnisorientierung, Erfolgskriterium und (auch emotionalem) Einsatz vs. Outcome.
Um diese sind wir bereits zu Blockupy-Zeiten gekreist, mindestens in den Berliner Debatten recht deutlich, und sie hatte sich dann zur Frage verzogen, ob lokale oder globale Prozesse wichtig seien, in der sich meinem Gefühl nach ein ähnliches Problem verbirgt. Bereits damals hatte sich ein weitreichendes Unverständnis voneinander breitgemacht, wobei der Seite, die sich damals mit den konkreten europaweiten Krisenfolgen »vor Ort« auseinandergesetzt hatte und sich um Ideen wie die Commune of Europe gruppierte, wahlweise Unmachbarkeit oder Überforderung der Genoss*innen vorgehalten wurde oder dass eine transnationale Perspektive die Kämpfe »vor Ort« übersehe, womit dezidiert lokale Projekte in den Städten und Kommunen der Gruppen selbst gemeint waren.

Der Horizont der Frage, »Was ist nötig?« lautet ja ausbuchstabiert: Was ist notwendig, um »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx, 1843/1844) – und was ist geboten i.S. einer »Humanität, die ihren Maßstab an den Erniedrigten nimmt« (Ramminger/Segbers 2018). ... Auf der Konferenz hatte ich jenen Eindruck einer Verschiebung in Bezug auf das Beispiel von Genoss*innen eingebracht, die irgendwo mal laut überlegt hatten, dass »wir« doch, wenn wir uns die Entwicklung der Arabischen Rebellion von ihrem »Ergebnis« her ansähen, fragen müssten, ob dann ein solcher Aufbruch überhaupt wünschenswert sein könne – und uns, so hatte ich ihren Einwand verstanden, ggf. dagegen aussprechen müssten.

Die Frage, woher wir die Zuversicht nehmen sollen, ist nachvollziehbar bei all den blutig niedergeschlagenen Aufbrüchen weltweit und historisch auch in Hinsicht auf die eigenen schlecht verarbeiteten Traumata der radikalen Linken in Deutschland – das (potentielle) Ergebnis, »es« dann lieber nicht versuchen zu wollen, aber nicht. Ich halte es für den Ausdruck einer extremen inneren Niederlage, denn sie übernimmt quasi organisch und im Kern defätistisch eine politische Doktrin der Alternativlosigkeit, die sich vermeintlich »realpolitisch« gibt und – im Blick auf »die Anderen« – schlicht zynisch ist. Zugleich kann natürlich eine Antwort nicht darin bestehen, ebenfalls zynisch auf ein »notwendiges Übel« zu rekurrieren. Die ethische Problemstellung, die sich darin verhandelt, ist ja eine alte (und wichtige). Sie erinnert an eine kleine Passage in den Roten Matrosen, die ich unten mal einfüge, obwohl ich glaube, dass sie in unserem Fall auch die Züge einer Art von »Überbau« zu einer Problemstellung trägt, die mit der politischen Haltung selbst zu tun hat, die sich breit zu machen scheint und die sich u.a. darin ausdrückt, sich von den Aufbrüchen und Niederschlagungen unserer Zeit nicht mehr so recht affizieren lassen zu können und in eine verwalterische oder unternehmerische Rolle schlüpfen zu wollen (die unter der Hand mit der Rolle Deutschlands in der Welt und gegenüber seinen Staatsbürger*innen zu korrespondieren scheint, aber das führt jetzt zu weit, vielleicht ahnt ihr, woran ich denke). Sie müsste m.E. auch hinsichtlich transgenerationaler Weitergaben innerer kollektiver Ein- und Verstellungen genauer angeschaut werden.

2. Ad hoc lassen sich daran in meinen Augen mindestens drei »Fehlstellungen« identifizieren: Erstens eine problematische Haltung dazu, dass alles so bleiben könne, wie es ist. Zweitens eine problematische Haltung dazu, wer »wir« seien und welche Weisungen und Ratschläge an andere in unseren Überlegungen stecken. Drittens eine problematische Haltung dazu, dass und wie politische Prozesse/Bewegungen/Aufbrüche zu BEWERTEN seien.

Der erste Punkt ließ mich an jene kleine Passage in den Roten Matrosen denken, in der der Leierkastenspieler Oswin und Helle diskutieren. Oswin sagt zu Helle:

»Die Frage ist aber nicht, was wir wollen, sondern was draus wird. Hört sich vielleicht toll an: Sein Leben im Kampf gegen das Unrecht geopfert! Doch lohnt sich das? Und begehe ich mit der Waffe in der Hand nicht auch ein Unrecht? Folgt auf das eine Unrecht nicht immer wieder ein anderes? Ist die ganze Weltgeschichte nicht eine einzige Folge von Unrechten? … Bin unsicher geworden, ob all diese Opfer was bringen … Bin mir nicht sicher, ob es überhaupt einen Sinn hat, etwas schnell verändern zu wollen. Deshalb bin ich gegen jede Art von Hauruck-Aktionen und Blutvergießen. Dem Unrecht kommt man nur langsam bei, und schon gar nicht mit Waffen. … – Gefällt Dir nicht, was?«

»Nein«, sagt Helle ehrlich. »Denn wenn das stimmt, … müsste man immer alles so lassen, wie es ist; dann müsste man mit allem zufrieden sein, so groß die Not auch ist.«

Die Frage »was können wir wollen?« wird, wie es auf der Konferenz auch diskutiert und kritisiert wurde, gern als Frage gestellt, »was ist erfolgversprechend?« – wobei jene Orientierung auf Erfolg nicht nur per se einer neoliberalen Subjektivierung zu entspringen scheint, das ist irgendwie »geschenkt«, sondern innerhalb der Jahre, in denen ich dazugekommen bin, insbesondere als Frage der gelingenden »Anschlussfähigkeit« aufgeworfen wurde. Deshalb würde ich zweitens die Haltung des »wir« in der Frage kritisieren wollen, die sich in den letzten Jahren auch darin spiegelt, wem die Genoss*innen denken, nahe zu stehen und wer für sie als die Schmuddelkinder gilt und welche Prozesse überhaupt als relevante für »uns« gesehen werden (Jugendliche auf der Schanze, das Komitee, Autonome, die Zapatistas, BLM, die Gefangen, etc.). Da sehe ich eine immer wieder absurde Verdrehung, weg von denen, die uns angehen (sollten) und hin zur Anbiederung ans Bestehende, die keine Kritik der Macht und schon gar keine Herrschaftskritik mehr zu kennen scheint und stattdessen z.B. Gramsci so durch die Gegend wendet, dass hinterher eine Aufforderung rauskommt, die IL müsse eine Massenorganisierung werden, in der alles Dissidente zu stören scheint und die Vorstellung vorherrscht, jede Radikalität würde Menschen (v)erschrecken, für die unsere Projekte doch »attraktiv« sein sollen.

Warum ich daran denken muss, ist vermutlich, dass ich den Eindruck habe, dass es darin mindestens zwei zentrale Momente gibt: Zum einen eine sicher auch der aktuellen Zeit und ihren Zumutungen an die Subjekte geschuldete Wut auf alles (vermeintlich) Destruktive, die Ordnung Störende, die einer Angst vor Chaos zu entspringen scheint, die teils auch auf der Konferenz relativ offen gesprochen wurde und mich zum nächsten Punkt führt, und zum anderen das daraus resultierende Abwenden von einer notwendigen Orientierung auf Bruch und Kommunismus als Bewegung bei zeitgleich »bester Lage«, eine solche breit nach vorne zu bringen, wofür es keine Sehnsucht zu geben scheint und keine Bereitschaft, da mit »gutem Beispiel« voran zu gehen.

3. Die vermeintliche Lösung des Konflikts zwischen autonomer Politik und hegemoniekritischer Großgruppe mündet heute in einen ordnungspolitischen Impetus und in ein Desinteresse, bzw. ein Sich-Verschließen gegen Andere(s), sodass der Erfahrungshorizont, aus dem wir schöpfen, und die Mannigfaltigkeit derer, um die wir wissen, immer kümmerlicher zu werden droht.

Die Aufgabe einer radikalen Linken vom Format einer Großgruppe sei es, so wurde es von einigen auf der Konferenz vertreten (die nicht unbedingt zu Zero-Covid gehörten), regulatorisch in die aktuellen Krisenreaktionen einzugreifen. Dazu gehöre es auch, destruktive Tendenzen (Verdächtige und verdächtige Praktiken) in Bezug auf den Umgang mit der Pandemie aufzuspüren, zu sanktionieren und zu unterbinden (Stichwort »Coronaleugner«), indem »wir« auf einen gesellschaftlichen »Konsens« hinarbeiten würden, der in der Krise den großen Knall, der sich ja tatsächlich durch allerlei unterdrückte Bedürfnisse und Unrechtsverhältnisse androht, verhindert, bzw. ihn von vorne herein in die richtigen Bahnen lenkt.

(Ein Praxisbeispiel aus der Zeit davor, das einen ähnlichen Zug trägt, obwohl sich die jeweiligen Träger*innen der Auffassungen deutlich unterscheiden: In Berlin sprach ein ausgewachsener Genosse nach dem Gipfel in Hamburg davon, dass dieser eine Katastrophe gewesen sei, was er gar nicht erst vor Ort hatte begutachten müssen, weil er bereits im Vorfeld abgeraten hatte, hinzufahren, »weil wir die Sicherheit der Teilnehmenden und den Ablauf der Aktionen nicht gewähren konnten« – und sich nun mit anderen zusammen anhand von Beispielen aus der bürgerlichen Berichterstattung und mit Blick auf die »Anschluss-

fähigkeit« in dieser Haltung bestätigt sah. Obwohl ich die eigene Choreographie auch nicht überzeugend fand, machte sich in Teilen der Gruppe danach das Gefühl breit, man hätte die »Kontrolle über die Situation« verloren und neben der nahezu völligen Abwesenheit bei der Soli zum Knast, zeigt sich auch da m.E. eine narzisstische Überhöhung der eigenen Rolle und Missachtung/Desinteresse, was die Leute wirklich umtreibt und gegenüber ihrer teils auch spontanen Weise, dies auszudrücken, auch ein Mangel an Neugierde ...)

4. Es scheint eine Orientierung auf den Bruch und eine Praxis aufgegeben, die diesen antizipiert, innerhalb welcher der Horizont der großen gesellschaftlichen Problemstellung ebenso sichtbar wie ein utopischer Überhang ins mögliche Andere erfahrbar werden könnte.

Wenn wir auf die Ressourcen, Verbindungen, Projekte, Freundschaften usw. schauen, wurde ja tatsächlich sehr viel aufgebaut, vieles sehr liebevoll gepflegt und mit viel Streit und Reibung zusammengebracht – sodass jene Abkehr auch unter dem Primat zu stehen scheint, nicht die ohnehin immer prekärer erscheinenden Sicherheiten gefährden zu wollen, die so mühsam errichtet wurden, sich nicht durch waghalsige Manöver vereinzeln und ggf. sogar schuldig machen zu wollen. Dies klingt in der Frage an, welchen Wert es hatte, wenn es »schief« gegangen ist, auch in der Sehnsucht nach »Kriterien des Erfolgs«, die mindestens in Berlin als Checkliste herumgeistern (auch hier erscheint es zunächst sinnig, nicht x Projekte zu verfolgen, die gar keine Veränderungsperspektive haben und einander an einer geteilten Haltung und Strategie zu messen – so es diese gibt. Diese aber qua Fragebogen prognostizieren und ausloten zu wollen, trägt erneut die Handschrift eines Facilitation-Managements, das am Ende des Tages Gefahr läuft, die eigentlichen, großen Widersprüche zu überspringen, indem sie vermeintlich prozessierbar gemacht sind). Was mir fehlt und hinten herunter zu fallen scheint, vielleicht gerade weil es keinen echten (auch emotionalen) Kontakt mehr dazu gibt, ist die Perspektive darauf, dass es natürlich einen radikalen Unterschied macht, einen Unterschied ums Ganze, ob es die Erfahrung des Aufbegehrens in der Welt gibt oder nicht. Von der Bewegung der Plätze in die Parlamente bis zu jenem Beispiel in Bezug auf den arabischen Aufbruch lassen sich diese von ihrem »Ergebnis« aus anschauen, was eine Distanznahme bedeutet, aber auch eine Reduktion auf letztlich kausale Interpretationen der Geschichte – oder sie lassen sich in Hinsicht auf ihre unmittelbaren und langfristigen Resonanzen hin begreifen, sodass die weltverändernde praktische Dimension, das, was sich alltäglich verschiebt, wenn die Leute anfangen, aufzubegehren, in den Blick und ins Bewusstsein gerät.

Die Sehnsucht, das Interesse und die Neugierde auf die kleinsten wie die weitreichendsten Ausdrücke von so etwas wie einem radikalen Widerspruch zum Bestehenden – die Momente, in denen das praktisch wird, was »undenkbar« geheißen wird – scheint verschüttet oder aber die, mit denen wir sie teilen, sind andernorts. Das ist auch eine Frage, die uns schon länger begleitet, die sich auch im »hohl« gewordenen Bündnis von Hamburg gezeigt hat, und die sich offenbar zugespitzt hat.

Kein Hausverbot

Von Markus, November 2021

Ein Genosse und Freund, den ich vor mehr als 20 Jahren auf einem der Grenzcamps kennen- und schätzengelernt habe, sprach mich darauf an, ob ich nicht Lust dazu hätte, an einer Art Generaltalk über die Perspektiven der IL teilzunehmen. Das traf sich gut. Einerseits hatte ich als Autonomer zeit meines tätigen politischen Lebens mit der IL organisatorisch nie etwas zu tun. Insofern trage ich auch nicht die geringste Schuld daran, wenn sie etwas falsch gemacht hat oder manche in der IL gerade von dem Gefühl beschlichen werden, Pleite zu machen. Anderseits bin ich sowieso kontinuierlich auf der Suche nach Perspektiven eines noch schöneren Lebens.

Und wenn mir auch Diskussionen von Leuten helfen können, die sich der IL zurechnen, ja warum denn nicht? Eine Reihe von Fragen aus dem vorher dazu verteilten Reader klangen doch interessant, gut und anregend: »Was haben wir zu autoritärem Neoliberalismus, Klimakatastrophe, Grüner Modernisierung und Zoonosen zu sagen? Stehen wir nach Ende der Sozialdemokratie auf der Seite der Streiks oder der Riots? (...) Und was sagen uns die immer wieder aufflammenden Rebellionen rund um den Globus, während es in der BRD so ruhig ist wie eh und je?«

Nun ist es schon ein paar Monate her, dass dieses Meeting Anfang Juli 2021 stattfand. Mitschriften vom Verlauf der Referate und den sich daraus einwickelnden Diskussionen oder Gesprächen habe ich nicht angefertigt. Aber aus der Erinnerung kann ich etwas von dem nachtragen, was bei mir im Verlauf der drei Diskussionstage angekommen ist.

So referierte eine IL-Genossin über die Konfiguration von Gruppen, die aus Leuten bestehen, die gerne linksradikal sein wollen. Sie warf dabei die Frage auf, inwieweit hier angebliche Effizienz- und Erfolgskriterien aus den neoliberalen Bildungs- und Arbeitsregimen durch Teile der radikalen Linken »unkritisch übernommen« werden, wie sie formulierte. Als das an mein Ohr plätscherte, lief es mir heiß und kalt über den Rücken. Damit konnte ich eine Menge anfangen. Da, wo ich in den Jahren ab 2016 bundesweit politisch organisiert war, wurde eigentlich stets, wenn's mal knallte, Pardon: ein Konflikt auftauchte – man hat gehört, dass so etwas bei einer politischen Organisierung mal vorkommen kann – sofort nach einer »Moderation, Moderation« gerufen. Noch Ende der 1970er Jahre bin ich mit dem Glauben aufgewachsen, dass sich Konflikte führen lassen, dass Konflikte geführt werden müssen, irgendwie jedenfalls. Da dachte ich immer in individualisierender Perspektive zuerst: »Meine Güte, sind die Leute zart besaitet und empfindlich!«

Nach dem schönen Referat der IL-Kopfrockerin ist mir nunmehr eine politische Interpretation des eigentümlichen Phänomens möglich: Da, wo uns der stumme wie herrschende Zwang der Verhältnisse im Neoliberalismus beständig aufeinander hetzt, um uns tot zu konkurrieren, transformiert sich die Konfiguration linker politischer Gruppen in so etwas wie eine »Sicherheits- und Wohlfühlinsel« gegen die schlechte Welt da draußen. Und siehe da: Bricht auf einmal der fiese Konflikt in diese fabelhafte Welt ein, besteht die erste hegemonial spontane Reaktion darin: »Wie schlimm ist das denn?« und »Besorg' mal die Telefonnummer der Moderatorin aus'm Telefonbuch!« auszurufen. So sieht die Praxis einer neoliberal verkümmerten Sehnsucht nach Befreiung aus. So »tickt« das linke Subjekt erstmal im Neoliberalismus. Mehr als die Gewährleistung von ein bisschen »Sicherheit« ist selbst in linksradikalen Gruppen oder Zusammenhängen aktuell wohl nicht mehr denkbar. Das finde ich schlimm. Dazu, sprich zu dieser vertrackten, sich hintergründig vollziehenden autoritären Formierung, haben Ramminger und Lis einen instruktiven Beitrag: »Der verweltlichte Pietismus. Die Linke wendet den Selbstoptimierungszwang gegen sich selbst«, in »neues deutschland« (»nd«) vom 19. Februar 2021 veröffentlicht. Danke dafür. Ihn zu lesen, noch besser: zu durchdenken macht niemanden dümmer, ganz im Gegenteil.

Die IL und der Riot

Ein weiteres Referat, an das ich mich noch gut erinnern kann, handelte von der Bedeutung der Form »Riots« für den Kampf und die Resistenz der Subalternen gegen die Zumutungen des Kapitalismus. Da hat der IL-Genosse auch unter aufmerksamer Lektüre der Überlegungen von Joshua Clover: »Riot, Strike, Riot

– The new Era of Uprisings« ein paar instruktive Beschreibungen referiert. Folgt man hier dem Referenten, so sieht Clover den Riot als »eine wiederkehrende, dominante Form der kommenden Klassenauseinandersetzungen, aber er will sie nicht verabsolutieren, sondern über sie hinausgehen«. Über irgendwas »Hinausgehen« ist immer eine feine Sache und sie mündete durch den exzellent informierten Referenten ganz zurecht in die Überlegung, welchen genauen Standort die IL eigentlich in Zukunft gegenüber den zukünftigen Riots einnehmen wird. Er fragte: »Wird die IL in Zukunft inmitten der Riots oder lediglich an deren Seite stehen?« Super Frage! Da habe ich mich gleich gemeldet und danach gefragt, wo die IL eigentlich genau bei dem Miniriot in der Hamburger Schanze im Sommer 2017 gestanden hat. Da haben erst mal alle gelacht. Wobei mir auch klar war, dass sich das dann so einfach natürlich nicht beantworten lässt. Klar ist hier im Grunde nur, wenn die IL nach dem Miniriot von der Schanze in einer ordnungsgemäßen Pressemitteilung erklärt hätte, wie viel politische Hoffnung ihr das bisschen Verwüstung der Schanze gemacht hat, dass eben das bei den mit hoher Wahrscheinlichkeit mitlesenden Sicherheitsbehörden den Gedanken hervorgekitzelt hätte, die IL als eine ja auch formal bestehende Organisation im politischen Leben unserer Republik auszustreichen. Und das ist auch nicht schön.

In dem Panel zur Krise der Organisierung, die doch auch die IL als Gesamtorganisation beutelt, wurden unter anderem ein paar Gedanken des französischen Maoisten Alain Badiou vorgetragen. Er hatte sie in Bezug auf den Apostel Paulus, auf die Idee des Kommunismus als eine Wahrheit und auf die Kirche ventiliert. Da kam die schlichte Frage gegen die herrschenden Formen von Zwangsindividualismus und Uniformierung auf, wie sie Philipp Geitzhaus in seinem einschlägigen Buch stellte: »Ist die Realisierung von Gleichheit entgegen aller berechenbaren Wahrscheinlichkeit angesichts kapitalistischer Verhältnisse denkbar, und lohnt es sich deshalb daran festzuhalten?«

Ja, kann es denn sein, dass wir als autonome Kommunisten uns nun in so etwas wie eine Kirche flüchten sollen? Was ist, wenn aktuell mehr nicht geht? Oder anders gefragt: Habe denn ich mit meiner Organisierung im Tribunal »NSU-Komplex auflösen« in den letzten Jahren eigentlich etwas wesentlich anderes gemacht?

Mit den drei NSU-Tribunalen von Köln, Mannheim und Chemnitz haben wir eine Plattform mit dem Ziel geschaffen, dass die in diesem Land leider zahlreichen Opfer von nazistischer und rassistischer Gewalt dort sprechen können und wir ihnen zuhören. So schlicht, denn zuhören ist hier politisch. Wenn es denn manchmal so ist, dass die Verhältnisse so sind, dass man da draußen soviel nicht rocken kann, dann nutzt man eben die Zeit, sich in einen Raum zu setzen, um die Toten zu beweinen – und auch um zu singen. Danach kann man dann immer noch aus der Kirche herausgehen, vielleicht um diejenigen anzuklagen, die man für das Unglück verantwortlich macht.

Zum Schluss

Ich war so frei, der Einladung zu folgen und zu diesem IL-Meeting zu kommen. Danach war ich auch frei wieder zu gehen. Im Grunde ist das ein gutes, ein autonomes Organisierungsprinzip, was will man mehr? Die OrganisatorInnen haben sich wirklich durch eine Reihe von beeindruckenden Referaten darum bemüht, Probleme allgemeinen Interesses – wie sie formulierten – »besprechbar« zu machen. Das ist gut gelungen.

Besonders gefallen hat mir im Verlauf der drei Diskussionstage, dass ich zu keinem Zeitpunkt den Eindruck gewinnen konnte, ich würde mit dem, was ich zu den im Plenum gestellten Fragen zu sagen hatte, von einem Hausverbot bedroht werden. Das sagt sich so leicht, ist aber nicht selbstverständlich. Ein paar Wochen später, Ende August, sah das schon anders aus. Ein Aktivist der Hamburger Ortsgruppe der IL nutzte eine Gelegenheit, mir – auch auf Geheiß einer Referentin, die sich durch meine Präsenz einfach »gestört« fühlte –, ausgerechnet im öffentlich zugänglichen Arrivati-Park, ein »Hausverbot« vor Beginn einer geplanten Veranstaltung zum Thema »Klasse oder Identität« zu erteilen. Die Entscheidung, mir keine Befugnis mehr einräumen, zu diesem doch spannenden Thema mitzudiskutieren, verknüpfte sich so mit einem Sieg der Hamburger IL-Gruppe über mich. Die mit Händen greifbare Uneinigkeit und der Streit wurden mitnichten methodisch plattmoderiert, geschweige denn politisch ausdiskutiert. Er wurde schlicht abgewürgt. Viele Worte wurden in dieser vielfältig peinlichen Situation von keiner Seite mehr gemacht. Tja, auch so gehen die Organisationserfolge.

P.S.: Quasi nach Redaktionsschluss fiel mir die Austrittserklärung der Ortsgruppe der IL Münster aus ihrer Massenorganisation in die Hände (EXiL: Nichts bleibt, wie es war – 10 Jahre sind genug / Erklärung der iL Münster: Warum wir nicht mehr in der inter-

ventionistischen Linken Politik machen wollen). Ein Teil der dort vorgetragenen Begründungen zirkulierten auch auf dem Berliner Meeting. Sie gibt hier kund, dass man versucht habe, ein paar Fragen in die Organisation zu tragen, doch man sei »in ihr und an ihren inneren Strukturen immer wieder gescheitert«. Die IL Münster kritisiert dabei, dass man »den Zivilen Ungehorsam professionalisiert und ritualisiert« habe, doch dadurch »statt zum Motor der Kämpfe« selber zu einem Ordnungsfaktor eben dieser geworden sei. Und ansonsten seien es auch sie gewesen, die »die neo-liberale Subjektivierung und damit z.B. den Ersatz von Politik durch Moral ins Innere unserer eigenen Organisation geholt« habe. Au man, das ist kein schöner Befund. Aber gut, dass die Münsteraner Combo daraus nicht den falschen Schluss zieht aufzuhören, sondern versuchen will ihre Arbeit fortzusetzen.

Kollektivität und Individualismus

Von Thomas

Auf der Tagung wurden immer wieder die Vorteile von Organisierung, also Kollektivität aufgeworfen: Gegenseitige Hilfe in prekären Lebenslagen, Fördern von Gemeinschaft gegen den Neoliberalismus, Erreichen von politischen Zielen. Verallgemeinert könnte man das folgendermaßen zusammenfassen: Das Kollektiv ist klüger und stärker als ich alleine und ermöglicht mir mehr Freiheit/Individualismus als ich alleine habe. Diese Position wird in Stellung gebracht gegen die kapitalistische Gemeinschaft, die aus Vereinheitlichung, Uniformierung und Nivellierung besteht und damit Individualismus zerstört. Diese Zerstörung von individueller Freiheit macht in einem hohen Maße abhängig von dieser Gemeinschaft, denn in der vereinheitlichten, uniformierten und nivellierten Gemeinschaft hat man zumindest Etwas; besser als gar nichts. Zudem zerstört der Kapitalismus nicht nur Individualismus sondern gleichzeitig auch die Kollektive, auf die er abzielt, wie ist sonst die allgemeine Angst vor Vereinsamung zu verstehen? Es scheint erst mal paradox zu klingen, dass der Kapitalismus keinen Individualismus zulässt und die Menschen gleichzeitig Angst vor Einsamkeit haben. Daran anschließend wäre die Frage, ob Einsamkeit nicht eine positive Bezugsgröße gegen die kapitalistische Kollektivierung und Zerstörung von Individualismus für KommunistInnen sein könnte? (»Lasst mich alle in Ruhe mit dieser Scheißgesellschaft. Ich will einfach nur Ich sein.«)

Meinem Eindruck nach wird mit dem propagierten linken Kollektiv aber nur die kapitalistische Vergemeinschaftung als kommunistische Parodie weitergeführt. Die Weiterführung besteht darin, dass das eine Kollektiv nur durch ein anderes Kollektiv ersetzt wird. Der einzige Unterschied ist, dass das linke Kollektiv die Befreiung des Ichs verspricht (das wäre der Kommunismus). Die Parodie besteht darin, dass die Befreiung des Ichs ausschließlich dem Kollektiv aufgebürdet und in dieses aufgelöst wird. Letztendlich bleibt die individuelle Freiheit wieder auf der Strecke.

Das, finde ich, lässt sich zum Beispiel sehr deutlich an dem extrem hohen Anspruch und der Selbstverständlichkeit von GenossInnen erkennen, wenn sie einfordern, dass das Kollektiv ihnen Fragen zur Familienplanung, Jobperspektive, Geldmangel, emotionaler Einsamkeit, Zeitmangel, schlussendlich zur allgemeinen Überforderung und der spezifisch kapitalistischen Überforderung des Lebens, beantworten soll. Damit reduziert sich die Verbesserung der eigenen Lebensumstände auf gegenseitige *Hilfe*, die zusätzlich nur auf einer abstrakten politischen Verabredung basiert, ohne Freundschaft, soziale Nähe und linksradikale *Politik*. Mir geht es nicht darum, dass in einem Kollektiv nicht Platz für solche Fragen und Probleme sein sollte, sondern um die Erwartungshaltung der Menschen, dass ein Kollektiv ihre Probleme lösen kann und muss. Muss! Für diese Erwartungshaltung wird dann auch gern freiwillig der Preis der kollektiven Zwänge, die sich in jedem Kollektiv herstellen, bezahlt. Die Dialektik, dass der Befreiung der politische Kampf um andere Bedingungen des Lebensvollzugs UND die individuelle Entscheidung zu Grunde liegt, geht dabei verloren.

Nach dem bisher geschriebenen wäre die Antwort auf folgendes Zitat »Frage nicht, was die Partei für dich tun kann, sondern frage, was du für die Partei tun kannst« womöglich die Zusammenführung mit der Umkehrung des Zitats (»Frage nicht, was du für die Partei tun kannst, sondern frage, was die Partei für dich tun kann.«): »Die Partei soll alles für mich tun und ich tue alles für die Partei.« Das wäre also die allzu leichte Aufhebung des real existierenden Widerspruchs, den dieses Zitat deutlich macht.

Wie könnte ein Kollektiv/eine Gemeinschaft/eine Commune aussehen, die die individuelle Freiheit und Entfaltung des Einzelnen ermöglicht und damit die kommunistische Parodie aufhebt? Ein Kollektiv, das durch die Einzelnen sich selbst überflügelt und wiederum die Einzelnen beflügelt?

Epilog

Was uns zusammenbrachte, war die von uns wahrgenommene Krise der IL und der radikalen Linken. Mit der Tagung wollten wir unsere Gedanken, Fragen und Thesen unseren Genoss*innen zur Disposition und zur Debatte stellen. Und wir haben den Eindruck gewonnen, in der Diskussion mit den Comp@s einen kleinen Schritt vorangekommen zu sein. Vielen Dank!

Trotzdem hat sich diese Krise unserer Ansicht nach verschärft und liegt nun offen auf dem Tisch: Mittlerweile sind die Ortsgruppen München und Münster aus der IL ausgetreten, die Gruppe A.L.I. aus Göttingen wurde ausgeschlossen und nur noch ein paar von uns sind weiterhin Mitglied in der IL. Auch die nun anlaufenden Debatten zur zukünftigen strategischen Ausrichtung und die Reflexionen über radikale linke Politik können unserer Meinung nach nicht darüber hinwegtäuschen, dass die IL sich in Richtung einer sozialistischen Organisation der Massen bewegt, während sie in Bezug auf eine der größten Krisen der Moderne, allgemein bekannt als Coronapandemie, weiter im Hamsterrad schleicht.

Was also bedeutet radikal linke Politik auf Höhe der Zeit? Oder gewagter formuliert: Was bedeutet linke Politik, die weiterhin von Antagonismus und Kommunismus sprechen will, angesichts der unausweichlichen (Zivilisations-)Katastrophe? Wir alle haben darauf noch keine Antwort; wie auch, sind wir doch Teil der Krise.

Als Vorbereitungskreis der Tagung haben wir uns deshalb entschlossen unsere Reise weiterzuführen, ohne zu wissen wohin sie uns führt, obwohl wir meinen zu wissen, dass sie uns zunächst nicht umstandslos in einen neuen Organisierungsprozess deutscher Provenienz führen wird. Auf dem Weg freuen wir uns auf weitere Wegbegleiter*innen.

Auf all den unterschiedlichen Pfaden, die wir und unsere teils alten, teils neuen Begleiter*innen beschreiten, wünschen wir allen aufgeklarte Luft zum Atmen, um mit Tatendrang in die Zukunft sehen zu können. Vielleicht gelingt es uns dann einen Schritt weiter zu gehen, als die Vernunft uns rät.

Abschließen möchten wir diese Tagungsdokumentation mit etwas abgeänderten Worten aus der Einladung: Alles auf Anfang. Wir laden alle ein, die sich von unseren Gedanken angesprochen fühlen und mit uns frank und frei die radikale Linke neu denken wollen, mit uns in Kontakt zu treten. Im Sinne der Freien Assoziation freuen wir uns über alle, deren Wege sich mit unseren immer wieder kreuzen werden.

Gefragt, was denn den Zweifeln eine Grenze setze, sagte Do: Der Wunsch zu handeln.

Anhang

Von Dazwischengehen zu Hinausgehen

Mit dem Ende der Ortsgruppen Ruhr, Heilbronn, Kassel, Wien, Graz und denen, die 2021 die IL verlassen haben, hat die IL in den vergangenen Jahren insgesamt neun Ortsgruppen verloren – daneben auch mehrere Einzelpersonen – aus ganz unterschiedlichen Gründen. Die Ortsgruppen Freiburg, München, Münster und ALI Göttingen, die – teilweise unter anderem Namen – weitermachen werden, haben sich dazu erklärt. Ihre Worte dokumentieren wir nachfolgend.

Alles auf den Kopf gestellt. Austrittserklärung der IL Freiburg

Von Antifaschistische Linke Freiburg, Mai 2021

Liebe Freund_innen, Genoss_innen und Unterstützer_innen,

für einige ist es nicht neu und für andere eventuell überraschend, deswegen teilen wir es euch hier noch einmal ganz offiziell mit: wir treten nach doch einigen Jahren aus der IL aus. Auch wenn unsere damals getroffene, grundlegende strategische Entscheidung in die IL einzutreten nicht an Richtigkeit verloren hat, so ist es aktuell doch für uns falsch, uns nicht auf uns und unsere Arbeit vor Ort zu konzentrieren. In der Zukunft wollen wir weiterhin zuverlässig und mit klarem Klassenstandpunkt in den bestehenden Kämpfen aktiv sein. Dazu gehört auch, die bestehenden Kämpfe mit den Leuten an unserer Seite weiter zu vertiefen und weiterzuentwickeln und genau deswegen braucht es gerade unsere ganze politische Kraft hier vor Ort.

Wir sehen weiterhin die IL als relevantestes Projekt in der »radikalen Linken«. Außerdem fanden und finden wir immer noch den Anspruch gut, als Sammlungsprojekt verschiedene Traditionen aufzunehmen und in der Defensive der Linken Kräfte zu bündeln. Als ALFR (Antifaschistische Linke Freiburg) wollen und müssen wir uns aber jetzt ersteinmal auf uns und unsere Arbeit vor Ort konzentrieren. Eine überregionale Organisierung wird in nicht allzu ferner Zukunft auch wieder für uns in der Diskussion stehen.

Die IL ist Geschichte

Von fortsetzung folgt! München, Oktober 2021

Was bleibt? Viele Genoss*innen und Freund*innen, denen wir in den letzten 22 Jahren begegnet sind. Darüber sind wir dankbar und freuen uns über unsere gemeinsam gelebte Geschichte: Bereits in den Jahren der strategischen Vorbereitung eines Organisierungsprozesses neuen Charakters seit 1999 im Aufbruch der *Bewegung der Bewegungen* seit Seattle und seit 2001 von Genua über Davos bis München bis hin zu *Blockupy* in Frankfurt, bei *Castor schottern*, *Dresden nazifrei*, Gezi und dem gemeinsamen Kampf mit der kurdischen Bewegung, im *Summer of migration* bis zu Aktionen der internationalistischen Klima- und Antikriegsbewegungen. Und wir freuen uns auf neue gemeinsame Aufbrüche in die Zukunft.

Seit der offiziellen Gründung der il 2004 war dieser kreative Prozess einer linksradikalen Organisierung, die inhaltlich und auch personell wichtige Erfahrungen revolutionärer Politik in Deutschland seit den 1968er Revolten in sich trug, eine Chance auf mehr. Viele Begegnungen, Erfahrungen und Aktionen möchten wir nicht missen. Sie haben uns immer wieder bereichert und überrascht (bei allen inhaltlichen und praktischen Mängeln, patriarchalen Leerstellen und Dominanzstrukturen, deren Veränderung oftmals aus dem Fokus geriet). Gemeinsam konnten wir gesellschaftliche Prozesse anstoßen und dadurch uns sowie die herrschenden Verhältnisse immer wieder herausfordern.

Einige von uns waren bereits Teil der Vorbereitungsphase, andere sind erst später dazu gekommen. Es ist seit Jahren kein Geheimnis, dass sich der Organisierungsprozess der il leider in einer tiefen und dynamisch eskalierenden Perspektivlosigkeit befindet. Statt sich mutig und radikal die nötigen strategischen Fragen zu stellen und Entscheidungen zu treffen, hat sich ein lähmender und rückwärtsgewandter Organisations- bzw. Parteibildungsmodus durchgesetzt, der zunehmend die eigene Handlungsunfähigkeit durch Behauptungen und Formalisierungen ersetzt. Diese Form der Stagnation ist der Anfang vom Ende. Die Möglichkeit auf mehr wurde damit aufgegeben.

Bei solch fundamentalen globalen Krisen und historischen Umbrüchen, die wir seit Anfang 2020 erleben, wären Initiative, Verantwortung, strategische Orientierung und Praxis gefragt gewesen: In dieser historischen Situation hat die il schlicht versagt. Die il ist Geschichte. Statt Orientierung zu bieten und sich einzumischen, hat sie sich in die digitale Bedeutungslosigkeit zurückgezogen und sich selbst überflüssig gemacht. Schon lange kann die il ihrer selbstgestellten Aufgabe nicht mehr gerecht werden. Wir können nicht akzeptieren, dass die scheinbaren Mehrheitsströmungen darüber noch nicht einmal sprechen wollen und stattdessen lieber an Ausschluss und Verdrängung störender kritischer Stimmen arbeiten. Diesen Selbstzerstörungsprozess hat die il nicht verdient und wir wollen kein Teil davon sein.

Es geht um Befreiung, um Neues möglich zu machen. Wir werden sicher viele Genoss*innen wieder sehen und vielleicht auch zusammen neue Wege gehen. Ab heute nicht mehr als il München.

Nichts bleibt, wie es war – 10 Jahre sind genug

Von EXiL Münster, November 2021

Erklärung der iL Münster: Warum wir nicht mehr in der interventionistischen Linken Politik machen wollen

Seit den Anfängen der iL waren Genoss*innen aus Münster dabei: bei den Beratungstreffen, in Heiligendamm oder bei »Castor schottern«. 10 Jahre haben wir als iL-Gruppe in Münster Politik gemacht. In all den Jahren haben wir auch Verantwortung für die Gesamtorganisation übernommen. Nach der Krise der radikalen Linken in den 1990er Jahren und in den Aufbrüchen der globalisierungskritischen Bewegung der 2000er war die iL für uns ein linksradikales Projekt, das nach einer Organisierung neuen Typs suchte, aus der Subkultur hinauswollte, eine strategische Bündnisorientierung betrieb und mit neuen Aktionsformen experimentierte. Auf der Straße (oder dem Acker) haben wir durch Interventionen in die Anti-AKW-Bewegung mit »Castor schottern« versucht, den Zivilen Ungehorsam der Sitzblockade massenhaft zu radikalisieren. In einer europäischen Kampagne wie Blockupy haben wir die Brutalität bundesdeutscher Austeritätspolitik offengelegt und Signale internationaler Solidarität gesetzt. Damit wollten wir unter Bewegungs-, Gewerkschafts- oder Parteiaktivist*innen, aber auch unter Leuten, die sich erstmals an solchen Protesten beteiligten, einen Sinn für Militanz wecken, den sie dann für sich selbst fruchtbar machen konnten – in Eigenregie. Das ist uns damals auch gelungen.

Die Idee, aus diesen Kämpfen und Interventionen heraus die Aufgabe einer radikalen Linken weiter zu bestimmen, »auf den Prozess zu setzen«, hat allerdings dazu geführt, dass in der Gesamt-iL Bildungs- und Theoriearbeit nie systematisch betrieben wurde. Und das war zu Anfang auch gewollt. 2004 hatten wir uns in aller Unterschiedlichkeit entschieden, zunächst praktisch zusammenzukommen und von dort aus Gemeinsames und Unterscheidendes zu bestimmen. Wir wollten »Sand im Getriebe« sein, ein »Projekt in Bewegung, das sich durch Intervention in praktische Kämpfe entwickeln will.« (Aufruf zur zweiten Offenen Arbeitskonferenz der IL, Marburg 2008). All das aber hat sich spätestens 2015 gegen uns gewandt. Nach unserer Niederlage im Kampf gegen die Austeritätspolitik der EZB, die sich so dramatisch in Griechenland zeigte, brachten wir keine strategische Bestimmung mehr zustande. Andere sahen das Problem bereits mit dem ersten Zwischenstandspapier aufkommen, in dem – zumindest aus heutiger Perspektive – bereits der bürokratische Verlauf der Organisationsfrage angelegt war.

Das Scheitern der europäischen Linken in der Zeit nach Blockupy, die Perspektivlosigkeit, die sich daraus ergab, konnten wir als iL politisch nicht mehr einholen. Bereits auf den Sommer der Migration und darauf folgend auf den Aufbruch der Klimabewegung, die Proteste gegen die AfD, G20-riots, Black Lives Matter, die feministischen globalen Aufbrüche etc. hat die iL keine überzeugenden Antworten mehr gefunden, die anders gewesen wären als »wir sind dabei«. Nichts an unseren Reaktionen war kreativ und radikal, weder unsere Sprache noch unsere Aktionen.

Zudem konnten wir nicht mehr klar benennen, worin die aktuellen Veränderungen und Anpassungen des Kapitalismus bestehen und worauf sich deshalb unsere Kämpfe beziehen sollten. Vielmehr wurde das Gegenstand unserer Kämpfe, was gerade en vogue war und wo sich, wirklich oder scheinbar, etwas bewegte. Als iL und in der iL haben wir es nicht geschafft unsere politischen Optionen und Annahmen (strategische Bündnisorientiertung, Ziviler Ungehorsam etc.) kritisch zu reflektieren, neu- und weiterzudenken oder auch zu verwerfen und gemeinsam nach linksradikalen Antworten in einem sich verändernden kapitalistischen Akkumulationsregime zu suchen. So haben wir z.B. den Zivilen Ungehorsam professionalisiert und ritualisiert und statt zum Motor der Kämpfe wurde die postautonome Linke zu ihrem Ordnungsfaktor. Die Anschlussfähigkeit der Aktionsformen ersetzte eine weitere Zuspitzung – der Weg der kleinen Schritte durch Alltagskämpfe, Basisorganisierung und Mehrheitswerdung. Konzepte wie »Neue Klassenpolitik« wurden in der iL zu Schlagworten für das politische

Handeln, anstatt sie zu diskutieren und zu überlegen, was und wie sie mit unserem eigenen Politikverständnis zu tun haben. So aber gelangen wir nicht zu einer linksradikalen Praxis, die ihre Unversöhnlichkeit mit den Verhältnissen in diese Gesellschaft trägt!

Wir haben es trotz zahlreicher Versuche nicht geschafft, eine Debatte in der iL auszulösen, die geklärt hätte, warum all das so ist, warum bewährte Konzepte immer weniger funktionieren, warum viele der Antworten heute gar nicht mehr stimmen. Vielmehr hat die iL versucht, die eigene Ratlosigkeit und den Ideenverlust durch eine große, vermeintlich schlagkräftige, nach innen funktionstüchtige Organisation zu ersetzen. Dabei wurde die Parole von der »IL der 5000« unkritisch übernommen und damit auch das quantitative Wachstum nach außen und die innere Konzentration auf den Aufbau von Strukturen. Wir wollten eine Organisierung neuen Typs und haben eine Organisation bekommen, die ihre Politik eher als Verwaltung denn als Suche nach radikalen Antworten versteht.

Indem wir gewachsen sind, sind die gesellschaftlichen Probleme zunehmend auch zu unseren internen Problemen geworden: Wir haben die neo-liberale Subjektivierung und damit z.B. den Ersatz von Politik durch Moral ins Innere unserer eigenen Organisation geholt. So finden wir in diesem Rahmen keine Auswege mehr. So trägt die iL nicht mehr dazu bei, Subjekte linksradikaler Politik hervorzubringen. Stattdessen verfällt sie in einen Kollektivismus, der in einer zu großen Verschiedenheit der Politik- und Organisationsvorstellungen vor allem eine Bedrohung erblickt und der eine abstrakte Loyalität zur Organisation als wichtigste Tugend zu begreifen scheint.

Wir sind unzufrieden mit der Politik, die wir selbst seit Jahren machen. Wir sind unzufrieden mit unserer eigenen Ohnmacht angesichts sich zuspitzender Verhältnisse. Sozialdemokratische Politik wird mit einem linksradikalen Habitus verknüpft und blockiert die Entfaltung strategischer Überlegungen grundsätzlicher Art. Wir wollen aber wissen, wie eine radikale linke Politik heute aussehen müsste. Doch liegen diese Ideen auch außerhalb der iL weder auf der Hand noch auf der Straße – so ist die Krise der iL Teil einer viel umfassenderen Krise radikaler linker Politik in der BRD und darüber hinaus. Corona hat diese Krise und das Versagen der Linken, eine politische Option jenseits des staatlichen Handelns zu formulieren, für ein radikales Leben einzustehen und damit eine Alternative zur Traurigkeit staatlich-kapitalistischer Verwaltung aufzuzeigen, neu in unser Bewusstsein geholt. Wir haben diese Fragen in die iL getragen und sind in ihr und an ihren inneren Strukturen immer wieder gescheitert.

Daher lautet unser vorläufiges Fazit: Gemeinsam kommen wir nicht weiter voran – deswegen trennen wir uns nun als Gruppe von der iL. Wir werden als EXiL weiterhin bundesweit und internationalistisch Politik machen und uns neue Banden suchen, mit denen wir gemeinsam Wege linksradikaler Existenz finden können.

Kontakt: exil@systemausfall.org

Die A.L.I. trennt sich – unser Neustart im Jahr 2021

Von Antifaschistische Linke International ›A.L.I.‹, Dezember 2021

Im letzten Jahr ist viel passiert, was auch an uns als A.L.I. nicht spurlos vorbeigegangen ist. Die radikale Linke in Deutschland verändert sich – und das nicht erst seit Corona, wobei die Vereinzelung und der Rückzug ins Digitale sicherlich viele Prozesse verstärkt und beschleunigt haben. Unsere Gruppe hat sich im März 2021 getrennt. Dies hatte verschiedene Gründe und reiht sich ein in Prozesse auch innerhalb der interventionistischen Linken (iL) und der radikalen Linken insgesamt.

Einerseits hat die Verschärfung der Polizeigesetze, die Militarisierung von rechter Gewalt und die gleichzeitige Normalisierung rechter Politiken unseren klassischen Aktionsformen Wirkmächtigkeit genommen. Uns als Antifa in Göttingen haben in den letzten Jahren die vielfältigen Repressionen hart getroffen. So erlebten wir von Seiten der Polizei und von Neonazis Gewalt, wobei unsere Bündnispartner*innen uns die Solidarität entzogen. Vor diesem Hintergrund fingen wir an, unsere Politiken neu zu diskutieren.

Andererseits fanden überall im Land – auch in Göttingen – große Demonstrationen infolge des Feministischen Streiks, im Kontext von Fridays for Future, Black Lives Matter, oder auch gegen die Verschärfung der Polizeigesetze statt. Viele der Hausprojekte in Göttingen konnten sich nach längeren Verhandlungen und Auseinandersetzungen selbst kaufen. An diesen unterschiedlichen Kämpfen hatten wir Teil. Dies gab uns wieder Auftrieb, hat uns gestärkt und inspiriert. In diesen politischen Kämpfen stellte sich für uns aber auch immer wieder die Frage unserer eigenen Rolle als Antifa darin. Wir stellten uns Fragen: Wie sollten Linksradikale zusammenleben und auftreten? In Folge dessen kauften auch wir Häuser und versuchten uns in Basisarbeit: Die Antifa wird ansprechbar.

Aber immer, wenn es zu inhaltlichen Auseinandersetzungen kam, knallte es zwischen uns. Konfliktlinien taten sich immer wieder auf, weil einige Genoss*innen auf Haupt- und Nebenwidersprüche und auf Massen und Populismus setzten, was bis in Auseinandersetzungen über positive Bezugnahmen auf Volk und Nation mündete. Dies steht unserem Ansatz als Antifa in Deutschland jedoch diametral entgegen. In der Folge bremste dies unsere gemeinsame politische Praxis aus. Nicht zuletzt brachte uns die In-Frage-Stellung und Nicht-Einhaltung einer für unsere Gruppe seit der Gründung zentralen feministischen Grundhaltung und darauf basierender feministischer Standards zu dem Punkt, nicht mehr gemeinsam Politik machen zu können.

Wir sind diejenigen, die in diesen Konflikten und Blockaden einen Bruch zu unserer Gruppenpolitik sehen. Wir sind und bleiben die Antifaschistische Linke International. Seit unserer Gruppengründung im Jahr 2004 sind wir eine feministische und internationalistische Antifagruppe aus Göttingen. Wir verorten uns innerhalb der undogmatischen radikalen Linken und kommen aus der autonomen Antifabewegung. Das ist unser Fundament. Wir wissen, woher wir kommen und von da aus schauen wir in die Zukunft. Wir wollten nie (Teil der) Mehrheit sein. Vielmehr sind wir die, die vom Rand aus kämpfen. Nur vom Rand können wir den Überblick gewinnen und Analysen über die Gesellschaft aufbauen. Nur da können wir auch nach dem Angriffshebel suchen. Wir wollen keine gleichförmigen Massen. Wir wollen Menschen, die zu kämpfenden, selbstbestimmten Subjekten werden und haben daher auch einen positiven Bezug zu Queerfeminismus. Wir legen unser Augenmerk auf persönlichen Austausch und wollen mit diesen Beziehungen aktiv werden. Wir stoßen gerne Themen an und machen gern unser Ding. Wenn etwas einmal nicht klappt, ist es nicht schlimm, dann geht es in eine andere Richtung weiter. Durch die Praxis schreiten wir voran.

Die Differenzen in unserer Gruppe ließen sich nicht mehr in gemeinsame Praxis überführen. Daher haben wir uns getrennt. Der seit einigen Jahren in der interventionistischen Linken (iL) fortschreitende Formalismus, der zum Beispiel vorschreibt, dass es nicht mehr als eine iL-Gruppe pro Stadt geben soll – als ob das je so gewesen wäre – wurde daraufhin genutzt, um uns aus der iL zu schmeißen.

Ab jetzt nicht mehr in der iL organisiert

Wir waren seit 2004/2005, also der ganz frühen Phase, in der iL dabei, weil wir den Austausch mit Genoss*innen in anderen Städten suchen und schätzen, und weil wir nach Orientierungen, Anstößen und Organisierung über unseren lokalen Rahmen hinaus suchen. Dabei sind wir immer wieder in kontroverse Auseinandersetzungen über verschiedene Ausrichtungen gegangen, z.B. zu Organisierung oder auch unserem positiven Verhältnis zu Militanz. Diese Auseinandersetzungen in der iL endeten teils in produktiven Kompromissen oder in der Feststellung der Unterschiedlichkeiten, die wir aushalten müssen und wollen.

In der iL haben sich jedoch in den letzten Jahren Tendenzen verstärkt, die eine parteiförmige Organisation aufbauen wollen und in der strittige Fragen durch Abstimmungsstatuten oder ausgelagerte Kleingruppen mehr verwaltet als produktiv diskutiert werden. Unser Rausschmiss ist die Konsequenz dessen. Seit den Diskussionen zum Zwischenstandspapier gehörten wir – mit anderen Gruppen zusammen – zu jenen Kräften in der iL, die diesen Formalismus als Primat vor der Entwicklung gemeinsamer Praxen kritisierten. Wir wollten nie eine Organisation, deren strukturelle Form auf dem Papier festlegt, was ist und was (nicht) sein darf.

Unser Organisierungsverständnis ist nun nicht mehr mit den aufgebauten Abstimmungsmodi in der iL vereinbar. Unser Politikstil findet in der iL keinen Platz mehr. Wir werden also in Zukunft nicht mehr innerhalb der iL organisiert sein, stehen jedoch weiterhin auch mit vertrauten Genoss*innen innerhalb der iL im Austausch über Fragen der Neuausrichtung der radikalen Linken.

Die radikale Linke in Bewegung

Wir beobachten beunruhigt, dass grundlegende Positionen der undogmatischen (radikalen) Linken in Teilen der heutigen Linken in Vergessenheit zu geraten drohen. Der Verlust des Wissens, aus welchen Bewegungen wir kommen und in welchen Debatten, Abgrenzungen und Neuausrichtungen sich die radikale Linke in Deutschland immer wieder weiterentwickelt hat, führt zu Stagnation und Ideenlosigkeit.

So sehen wir in Teilen der (radikalen) Linken, insbesondere bei jüngeren Genoss*innen, dass die Suche nach dogmatischen Anleitungen wieder zunimmt, die mit einer revolutionären Rhetorik Handlungsunfähigkeit zu überspielen versucht. Dass die Organisation wächst, scheint das einzige Ziel zu sein, wofür sie kämpfen. Wir würden sagen, dass es eine neue Tendenz innerhalb der Linken gibt, die eine Reorientierung auf Haupt- und Nebenwidersprüche vorantreibt. Diese Ideen bieten unserer Meinung nach jedoch keine Antworten auf die aktuellen Verhältnisse. Sie kippen um in Ausspielungen politischer Kämpfe gegen Unterdrückungen gegeneinander, anstatt diese zusammen zu bringen. Für uns bleibt feministische, antirassistische und antikapitalistische Politik zentral, die das jeweilige Wissen aus den einzelnen Kämpfen anerkennt und Bündnisse mit denjenigen sucht, die gegen Herrschaft und Unterdrückung kämpfen.

Die radikale Linke hat sich in all den Jahren immer weiter entwickelt und neue Antworten auf neue und alte Probleme gefunden. Das sollten wir wieder angehen, anstatt immer wieder zu versuchen die gleichen Aktionen ohne neue Analysen auf neue Politikbereiche anzuwenden. So werden wir Teil des ritualisierten Spiels. So sind wir nicht in der Lage, die herrschenden Verhältnisse radikal in Frage zu stellen, wir laufen immer wieder Gefahr von ihnen eingehegt und vereinnahmt zu werden. Wie kommen wir da raus? Fragen, auf die wir auch keine abschließenden Antworten haben; Kritiken, die auch uns treffen.

Wir haben weiterhin viele Fragen, die wir hoffen in den nächsten Jahren in neuen Konstellationen weiterzuentwickeln. In diesem Sinne möchten wir Teil einer dynamischen radikalen Linken bleiben, in der wir gemeinsame Fragen, Analysen und Praxen diskutieren, reflektieren und erproben können. Wir sind weiter auf der Suche nach Austausch über analytische und strategische Orientierungen über unsere lokalen Rahmen hinaus, die wir in Zukunft gemeinsam mit neuen und alten Genoss*innen angehen werden. Wir wollen weiterhin mit lokalen und überregionalen Genoss*innen politische Praxis gestalten.

Wo wir als A.L.I. heute stehen und wie wir weiter machen

Seit unserer Gruppengründung betonen wir, dass wir aus der Antifa-Bewegung kommen und die antifaschistische Grundhaltung, also das Verständnis, in der Gesellschaft der Täter*innen des deutschen Faschismus zu leben, der Dreh- und Angelpunkt unserer Politik bleibt. Dabei sind wir stetig auf der Suche nach Anpassungen unserer konkreten politischen Praxen an die sich wandelnden Herausforderungen unserer Zeit. Interventionistische Politik und die reale Auseinander-

setzung mit den progressiven Kräften unserer Gesellschaft sind und bleiben dabei Kernpunkt unserer Politik. Wir suchen nach Verankerung in den aktuellen Kämpfen vor Ort und international.

Gerade in der Antifa-Bewegung herrscht noch immer Ratlosigkeit, wie mit den zunehmenden rechten Morden, den rechten Untergrundnetzwerken und der Faschisierung der Gesellschaft umzugehen ist. Derzeit sind es insbesondere neu gegründete Migrantifa-Gruppen oder zivilgesellschaftliche Initiativen der Angehörigen und Überlebenden rund um die Tatorte, die Perspektiven gegen Faschismus und rechten Terror aufzeigen. Wir wissen, dass wir als Antifa nicht stumm daneben stehen dürfen oder jedem Kleinst-Neonaziaufmarsch hinterherfahren können. Wir wissen, dass es innerhalb der Antifa-Bewegung großes Wissen über organisierte Neonazis gibt und dass es immer wieder Antifaschist*innen sind, die mit relevanten Informationen über Neonazis aufwarten können und in der Lage sind, diese gesellschaftlich zu isolieren. Wir sehen aber auch, dass sich rechte Politiken viel zu weit normalisiert haben. Darüber hinaus haben wir in diesem Jahr versucht, eine Debatte anzustoßen über einen neuen Täter-Typus von rechten Gesinnungsmördern, mit dem wir uns als Antifa-Bewegung weiter auseinander setzen müssen, da dieser Täter-Typus anders funktioniert als die klassischen Neonazis. Lasst uns gemeinsam nach neuen politischen Ansatzpunkten suchen!

Ein zentraler Ansatz von uns gegen den gesamtgesellschaftlichen, normalisierten Rassismus, der die Mörder hervorbringt, ist dabei auch mit grundlegenderen Positionen in das »Wir alle gegen Nazis« hinein zu intervenieren. Dazu gehörte in den Jahren 2015 bis 2017 beispielsweise die Zusammenarbeit gegen konkrete Neonazis in der Region. Dabei konnten wir auf Kundgebungen immer wieder selbstorganisierte Geflüchtete für Redebeiträge gewinnen. So wurde deutlich, dass Kräfte wie die SPD, die sich zwar gegen Neonazis engagieren, zeitgleich für rassistische Grenzschließungen an Europas Außengrenzen und im Inneren verantwortlich sind. Diese institutionellen rassistischen Ausschlüsse heizen ein rassistisches Klima weiter an. Dieses Jahr konnten wir im Sommer 2021 mit der Kampagne »Die Bürokratie des Bösen. Niemand muss Ausländerbehörde sein« ebenso wie mit der Kampagne »Wer stoppt die Faschisten?« im Herbst 2021 daran anknüpfen. Wir haben uns dafür erstens als wichtigste Grundlage mit zentralen Akteur*innen der Antira-Bewegung und antirassistischen Selbstorganisierungen in Göttingen ebenso vernetzt, wie mit jüdischen Antifaschist*innen in Göttingen. So wollten wir durch den Austausch einerseits unsere antifaschistische Politiken durch neue Anstöße weiter entwickeln und andererseits Bündnisse und Allianzen schmieden. Zweitens wollten wir Perspektiven gegen den gesamtgesellschaftlichen Rassismus und Antisemitismus in Spektren tragen, die sich gegen Neonazis engagieren. Mit der Kampagne »Die Bürokratie des Bösen« intervenierten wir auch in einen Stadtdiskurs, der nach einem Brandanschlag auf die Göttinger Ausländerbehörde in Links-Rechts-Gleichsetzungen driftete und die Mitarbeitenden der Ausländerbehörde als Opfer darstellte. Mit einer inhaltlichen Benennung der Täter*innen, die für Abschiebungen verantwortlich sind, als »Bürokratie des Bösen« intervenierten wir in die Inszenierung dieser Behörden und Mitarbeitende als nüchterne, neutrale Vollzugskräfte. Durch unsere Position als Antifa konnten wir auch historische Kontinuitäten dieses staatlichen, institutionalisierten Rassismus angreifen.

Mit der Kampagne »Wer stoppt die Faschisten?« im Herbst 2021 knüpften wir daran an, Antifaschismus mit einem Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus Seite an Seite mit Jüd*innen, Migrantisierten und Roma zu verbinden. Dabei haben wir immer wieder auf die historische Verantwortung hingewiesen, im Land der Täter*innen des deutschen Faschismus zu leben. Wir konnten deutlich machen, dass das staatliche Gedenken zu einem inhaltsleeren Ritual zu verkommen droht. Damit inszeniert sich die deutsche Mehrheitsgesellschaft als geläuterte Nation, anstatt wirklich Schlussfolgerungen für das Heute zu ziehen. Innerhalb der Kampagne riefen wir zusammen mit dem Roma Antidiscrimination Network und dem Verband jüdischer Studierender Nord Göttingen zu einem Mahngang am 9. November 2021 auf, nachdem jüdische und andere Antifas zum 9. Oktober 2021 eine Tür in Gedenken an den Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 in der Innenstadt installiert hatten. So konnten wir die rassistische, antisemitische Gegenwart mit der Vergangenheit verknüpfen und konnten dem institutionalisierten, ritualisierten Gedenken einen Antifaschismus hinzufügen, der Schlussfolgerungen für das Heute zieht und dazu aufruft, nicht nur zu Gedenken, sondern sich auch heute gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus einzusetzen.

Interventionistische Politik gehört nicht nur in der Anti-Nazi-Arbeit zu unserem Kern-Ansatz. Wir sind

in den letzten Jahren auch immer wieder in Kämpfe gegen Kapitalismus und unmenschliche Arbeitsbedingungen involviert gewesen. Dabei stehen wir z.B. im »Care Workers Unite«-Bündnis im engen Austausch mit Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen, deren Arbeitskampf wir z.B. 2015 mit kreativen Aktionen und einer breit angelegten Demo unterstützen. Zuletzt konnten wir in die in Göttingen längst zum inhaltslosen Ritual verkommene 1.Mai-Demo intervenieren. Mit einem eigenen Bündnis mit der FAU und dem »Care Workers Unite«-Bündnis mobilisierten wir im Jahr 2021 zu einem linksradikalen Block mit feministisch-klassenkämpferischen Positionen in der DGB-Demo. Neben vermummten Antifas liefen auch ganz selbstverständlich Eltern mit Kindern und verschiedene Berufsgruppen wie Kindergärtner*innen, Uni-Bedienstete, Künstler*innen und Krankenpfleger*innen mit, die ihrem Ärger über die sich seit der Corona-Pandemie verschärften Lebens- und Arbeitsbedingungen in kreativ-künstlerischen Redebeiträgen Luft machten. Viele beschrieben im Anschluss, sich auch durch diese Demo in ihren aktuellen Kämpfen und Auseinandersetzungen ermutigt zu fühlen. Auch in diesen Kämpfen suchen wir vor allem Bündnisse mit all jenen, die sich in ihrem Alltagsleben gegen Herrschaft und Unterdrückung wehren, um aus realen Konflikten und Auseinandersetzung heraus Seite an Seite zu kämpfen.

Interventionistische Politik in konkreten Kämpfen mit realen Menschen gehört neben aktivistischen Aktionen im Kern zu unserer Art, in Göttingen Politik zu machen. Dazu gehörte für uns in den letzten Jahren auch immer wieder, mit längeren oder kürzeren Statements und Broschüren Debatten und Inhalte in der radikalen Linken in Deutschland und bundesweit diskutierbar zu machen. Wir bauen langfristige Bündnisse und Allianzen zu verschiedenen gesellschaftlichen Kräften auf und greifen verschiedene Themen in unserer Politik immer wieder auf. So versuchen wir seit vielen Jahren eine antifaschistische Gegenhegemonie auszubauen. Diese basiert auf gesellschaftlichen Allianzen, einer aktiven Präsenz und immer wieder auch eigenen kulturellen Formaten, die unsere Perspektive hörbar machen, gesellschaftliche Gegenentwürfe im konkreten Alltag miteinander spürbar werden lassen und dabei auch Verständnis für militante Aktionen vermitteln.

Auch wenn wir unsere Politik in Göttingen in Zukunft nicht mehr als iL-Gruppe machen, sind wir weiterhin auf der Suche nach Austausch und Anstößen über unseren lokalen Rahmen hinaus. Dabei bleiben für uns viele Bündnisse und Kontakte bestehen. Wir freuen uns über alle innerhalb und außerhalb der iL, die mit uns vernetzt und im Austausch bleiben wollen. Lasst uns die anstehenden Debatten über die Neuausrichtungen innerhalb der radikalen Linken führen!

Kontakt: ali@inventati.org, www.inventati.org/ali

Linksammlung: Ausgewählte Texte zur Geschichte der IL und ihrer Debatten

IL, Sommer 2004: Eine Linke, die dazwischen geht. https://interventionistische-linke.org/beitrag/eine-linke-die-dazwischen-geht

IL, Dezember 2006: Make Capitalism History. https://interventionistische-linke.org/beitrag/make-capitalism-history

IL, August 2007: Wenn der Staub sich legt oder Der richtige Zeitpunkt ist entscheidend. https://interventionistische-linke.org/beitrag/wenn-der-staub-sich-legt-oder-der-richtige-zeitpunkt-ist-entscheidend

analyse & kritik, November 2014: Die Interventionistische Linke entwickelt sich einfach weiter. Vier AktivistInnen geben Auskunft über die »IL im Aufbruch«. https://interventionistische-linke.org/beitrag/die-interventionistische-linke-entwickelt-sich-einfach-weiter

Michael Ramminger und Julia Lis, Februar 2021: Der verweltlichte Pietismus. https://www.nd-aktuell.de/artikel/1148506.gesellschaftliche-linke-der-verweltlichte-pietismus.html



»Wir wollten einen Impuls setzen, einen Anstoß geben, an dem man sich reiben konnte, eine intensive Debatte in Gang setzen, für die wir uns Zeit nehmen wollten.«

»Das zweckfreie Reden habe ich als Befreiung empfunden. Für zweckfreies Reden gibt es in unserem Organisierungsalltag meist weder die Zeit noch die Orte. Dieses Treffen dagegen lief auf nichts hinaus: kein Ergebnis, keine Entscheidung, keine neue Kampagne.«